

# Sachsen-Anhalt-Monitor

## 2009



### Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch

**Everhard Holtmann • Tobias Jaeck • Kerstin Völkl**



Institut für Politikwissenschaft und Japanologie  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

# **Untersuchungsanlage**

**Grundgesamtheit:** Wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

**Stichprobe:** Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe

**Erhebungsverfahren:** Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

**Fallzahl:** 1.000 Befragte

**Erhebungszeitraum:** 11. Juni bis 12. Juli 2009

**Institut:** Infratest dimap/[www.infratest-dimap.de](http://www.infratest-dimap.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

Untersuchungsanlage.....	2
Inhaltsverzeichnis .....	3
Abbildungsverzeichnis .....	4
Tabellenverzeichnis .....	6
Kurzfassung wichtiger Ergebnisse .....	8
1 Sachsen-Anhalt und seine Bürgerinnen und Bürger .....	12
2 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage.....	16
3 Wertorientierungen.....	22
4 Sich Einlassen auf Politik (politische Involvierung).....	32
5 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems und der persönlichen Bedeutung politischer Entscheidungen.....	43
6 Politische Partizipation .....	48
7 Einstellungen zur Demokratie .....	53
8 Funktionieren der Demokratie.....	63
9 Die DDR: ein Unrechtsstaat mit menschlicher Wärme?.....	74
10 Vertrauen in Institutionen.....	85
11 Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen .....	91
12 Fragebogen .....	105
13 Autoren .....	115

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf .....	12
Abb. 2	Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Alter .....	13
Abb. 3	Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Bildung.....	14
Abb. 4	Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt nach Regionen .....	15
Abb. 5	Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt, Thüringen, NRW und Deutschland im Zeitverlauf .....	16
Abb. 6	Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt nach Regionen.....	17
Abb. 7	Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Alter, Bildung und Erwerbsstatus .....	18
Abb. 8	Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Einkommen .....	19
Abb. 9	Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt .....	20
Abb. 10	Optimistische Zukunftsaussichten (Persönlich).....	20
Abb. 11	Optimistische Zukunftsaussichten für Sachsen-Anhalt .....	21
Abb. 12	Wichtigkeit von Wertetypen .....	23
Abb. 13	Wertetypen im Überblick.....	27
Abb. 14	Charakteristische Merkmale der Wertetypen .....	30
Abb. 15	Politisches Interesse .....	34
Abb. 16	Politische Diskussionshäufigkeit .....	36
Abb. 17	Politisches Kompetenzgefühl .....	39
Abb. 18	Hauptinformationsquelle für politisches Geschehen .....	41
Abb. 19	Politisches Responsivitätsgefühl.....	44
Abb. 20	Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen.....	46
Abb. 21	Wahlbeteiligungsabsicht bei Landtagswahl.....	49
Abb. 22	Politische Partizipation .....	51
Abb. 23	Demokratieabträgliche Einstellungen.....	58
Abb. 24	Demokratieverträgliche Einstellungen .....	59
Abb. 25	Freiheit vs. Gleichheit.....	60
Abb. 26	Freiheit vs. Sicherheit .....	61

Abb. 27	Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz.....	65
Abb. 28	Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland.....	67
Abb. 29	Welches Ereignis verbinden Sie mit dem 3. Oktober 1990.....	74
Abb. 30	Hoffnungen in Wende erfüllt.....	75
Abb. 31	Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland.....	76
Abb. 32	Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung (Persönlich).....	77
Abb. 33	Systemvergleich DDR/Bundesrepublik.....	79
Abb. 34	Institutionenvertrauen.....	85
Abb. 35	Institutionenvertrauen in Sachsen-Anhalt.....	87
Abb. 36	Mittelwertvergleich der Vertrauensskala.....	88
Abb. 37	Mittelwertvergleich der Autoritarismuskala.....	94
Abb. 38	Autoritäre Einstellungen im Deutschlandvergleich.....	95
Abb. 39	Mittelwertvergleich der Ausländerfeindlichkeitsskala.....	98
Abb. 40	Einstellungen gegenüber Ausländern im Deutschlandvergleich.....	99
Abb. 41	Mittelwertvergleich der Antisemitismuskala.....	101
Abb. 42	Antisemitische Einstellungen im Deutschlandvergleich.....	102
Abb. 43	Zusammenhang von Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Einstellungen zu rechtsextremen Parteien.....	104

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Wertorientierungen: Vergleich Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 mit Wertesurvey 1997.....	25
Tab. 2	Politische Diskussionshäufigkeit nach Parteianhängerschaft .....	36
Tab. 3	Historisches Ereignis am 3. Oktober 1990 nach Alter, Schulabschluss und politischem Interesse .....	37
Tab. 4	Subjektives politisches Kompetenzgefühl nach politischem Interesse, Bildung, Geschlecht und Familienstand.....	39
Tab. 5	Politisches Kompetenzgefühl nach Beruf und Tätigkeit .....	40
Tab. 6	Politisches Kompetenzgefühl nach Parteianhängerschaft .....	40
Tab. 7	Hauptinformationsquellen für politisches Geschehen nach Alter, Tätigkeit und Familienstand.....	42
Tab. 8	Politisches Responsivitätsgefühl nach Parteianhängerschaft .....	44
Tab. 9	Politisches Responsivitätsgefühl nach Alter, Schulabschluss und Dauer der Arbeitslosigkeit .....	45
Tab. 10	Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen in Deutschland.....	46
Tab. 11	Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen in Sachsen-Anhalt nach politischem Interesse.....	47
Tab. 12	Demokratie als beste Staatsidee.....	53
Tab. 13	Respekt vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen .....	53
Tab. 14	Diktatur als alternative Staatsform .....	53
Tab. 15	Zufriedenheit mit dem politischen System .....	54
Tab. 16	Einstellungen zu verschiedenen Aspekten der Demokratie sowie der Wirtschafts- und Sozialordnung.....	56
Tab. 17	Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteiensympathie .....	61
Tab. 18	Demokratiezufriedenheit nach Alter und Parteiensympathie .....	63
Tab. 19	Problemlösungskompetenz des Staates nach Region .....	66
Tab. 20	Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss .....	68
Tab. 21	Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf und Region .....	68

Tab. 22	Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit und Geschlecht.....	68
Tab. 23	Erhalt von rechtem Anteil nach Alter und Beruf.....	69
Tab. 24	Erhalt von rechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit .....	69
Tab. 25	Ausgewählte Einstellungen nach Stellung im Erwerbsleben .....	71
Tab. 26	Hoffnungen in Wende erfüllt nach Alter .....	75
Tab. 27	Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Alter und Schulabschluss .....	76
Tab. 28	Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Parteiensympathie .....	77
Tab. 29	Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich nach Alter und Schulabschluss .....	77
Tab. 30	Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich nach Stellung im Erwerbsleben und Parteiensympathie.....	78
Tab. 31	Verbesserung und Verschlechterung in bestimmten Bereichen nach der Wende nach Alter.....	80
Tab. 32	Beurteilung der DDR nach Alter .....	82
Tab. 33	Prägung des DDR-Bildes nach Alter .....	83
Tab. 34	Zweitstärkste Prägung des DDR-Bildes nach Alter .....	84
Tab. 35	Einfluss auf politisches Vertrauen .....	90
Tab. 36	Autoritäre Einstellungen nach Alter und Bildung .....	92
Tab. 37	Autoritäre Einstellungen nach Parteiensympathie und Erwerbstätigkeit.....	93
Tab. 38	Einstellungen zu Ausländern nach Alter und Bildung.....	96
Tab. 39	Einstellungen zu Ausländern nach Parteiensympathie und Erwerbstätigkeit .....	97
Tab. 40	Antisemitische Einstellungen nach Alter und Bildung.....	100
Tab. 41	Antisemitische Einstellungen nach Parteiensympathie und Erwerbstätigkeit .....	100
Tab. 42	Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Alter und Bildung .....	102
Tab. 43	Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Parteiensympathie und Erwerbstätigkeit .....	103

## Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

1. Die Verbundenheit mit dem Land hat sich in den letzten 2 Jahren kaum verändert. Etwa zwei Drittel fühlen sich mit Sachsen-Anhalt stark oder sehr stark verbunden. Das sind deutlich mehr als noch 1995.
2. Die andauernde Banken- und Finanzkrise wirkt sich ausgesprochen negativ auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage aus. Allerdings bleiben die Sachsen-Anhalter optimistisch was die zukünftige Entwicklung des Landes betrifft. Auch die eigene Lebenssituation wird überwiegend positiv beurteilt.
3. Am wichtigsten sind den Bürgern in Sachsen-Anhalt Werte, die das unmittelbare persönliche Umfeld von Menschen betreffen: ein vertrauensvoller Partner, ein gutes Familienleben, gute Freunde und ein eigenverantwortliches Leben.
4. Weniger wichtig sind den Sachsen-Anhaltern Werte, die das politische System betreffen: Machtausübung, politisches Engagement und Nationalstolz.
5. Gemäß der hohen Stabilität von Wertorientierungen haben sich die Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter in den letzten 12 Jahren kaum verändert.
6. Inhaltlich lassen sich die 24 erfragten Wertvorstellungen zu 7 „Wertetypen“ zusammenfassen: der Rücksichtsvolle, der Hedonist, der Idealist, der Familientyp, der Ordnungstyp, der Traditionalist und der Materialist. Für jeden Wertetyp sind unterschiedliche Merkmale kennzeichnend.
7. 6 von 10 Befragten interessieren sich stark oder sehr stark für Politik. Lediglich 7 Prozent geben an, sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren.
8. 56 Prozent der Sachsen-Anhalter sprechen täglich oder mehrmals in der Woche innerhalb der Familie bzw. mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Knapp ein Viertel der Befragten gibt an, dies seltener oder nie zu tun.
9. Knapp 80 Prozent der Befragten geben auf die Frage nach dem historischen Ereignis des 3. Oktobers 1990 die richtige Antwort. 21 Prozent beantworten die Frage falsch oder geben an, es nicht zu wissen.
10. Gut die Hälfte der Bürger in Sachsen-Anhalt (57 %) glaubt von sich, aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten am politischen Leben teilnehmen zu können, und sieht sich in der Lage, eigene Anliegen an die Politik heranzutragen.
11. Hauptinformationsquelle für das politische Geschehen ist für 45 Prozent der Bürger in Sachsen-Anhalt das Fernsehen. Auch wenn das Internet lediglich von 14 Prozent als Hauptinformationsquelle genutzt wird, hat sich der Anteil im Vergleich zu 2007 verdoppelt.

12. Die Offenheit der Politik gegenüber ihren Wünschen, Erwartungen und Interessen schätzen die Sachsen-Anhalter ziemlich skeptisch ein. Lediglich ein Viertel der Bevölkerung hat den Eindruck, dass Politiker und Parteien für ihre Anliegen aufgeschlossen sind und diese bei politischen Entscheidungen berücksichtigen.
13. Am wichtigsten sind den Bürgern in Sachsen-Anhalt die Entscheidungen, die im Stadtrat bzw. Gemeinderat getroffen werden. Knapp drei Viertel halten diese für sich persönlich für wichtig. Darauf folgen die Entscheidungen von Bundestag und Landtag, die knapp 70 Prozent für bedeutsam erachten. Die Entscheidungen des Europaparlaments hält dagegen nur jeder zweite Sachsen-Anhalter für sich persönlich für wichtig.
14. An legalen Formen der politischen Partizipation, wie der Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, der Kontaktaufnahme mit einem Politiker, der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder Partei, haben sich zwischen 10 und 29 Prozent der Sachsen-Anhalter schon einmal beteiligt.
15. Illegale Formen, wie die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration oder die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener politischer Ziele, spielen in Sachsen-Anhalt eine untergeordnete Rolle.
16. Die große Mehrheit der Sachsen-Anhalter ist überzeugt, dass die Demokratie die beste aller denkbaren Staatsideen sei. Ebenso überwiegt ganz eindeutig die Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes. Einer Diktatur würde selbst in Notzeiten nur eine kleine Minderheit den Vorzug geben.
17. Damit hat sich in Sachsen-Anhalt die grundsätzliche Befürwortung der demokratischen Herrschaftsordnung innerhalb der letzten zwei Jahre auf hohem Niveau verstetigt. Allerdings hat sich in der nachwachsenden Generation die Demokratiebindung gelockert. Unter den 18- bis 34-Jährigen gibt es eine im Vergleich zu 2007 gewachsene Minderheit, die zur Idee der Demokratie auf Distanz geht.
18. Andererseits zeigt sich auch diese Altersgruppe mehrheitlich zufrieden sowohl mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes als auch mit dem *Funktionieren der Demokratie* hierzulande. Ebenso schätzen die Jüngeren sehr wohl die bürgerlichen Freiheitsrechte. Von daher darf die in dieser Alterskohorte geäußerte gewachsene Abstandshaltung zur demokratischen Idee nicht vorschnell als eine wiederbelebte *anti-demokratische* Denkhaltung gedeutet werden. Eher spiegelt die gemessene Einstellung wohl eine bei Jüngeren verbreitete generelle Skepsis gegenüber ganzheitlichen Systementwürfen.

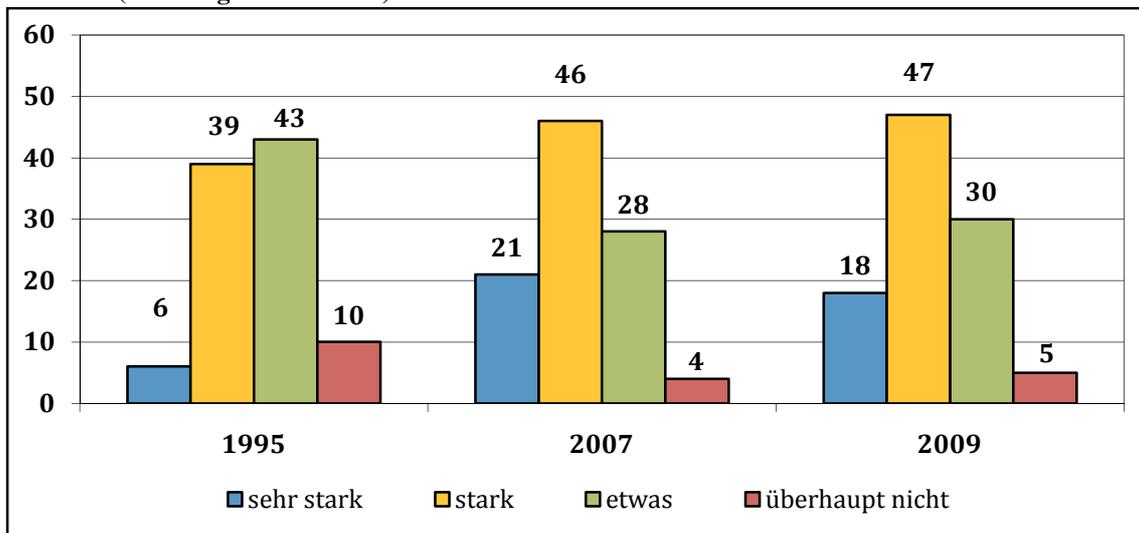
19. Wie schon 2 Jahre zuvor, bejaht eine große Mehrheit der Sachsen-Anhalter wichtige Funktionselemente des existierenden politischen Systems sowie auch Kernprinzipien der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik. Den Bürgerrechten, der pluralistischen Vielfalt von Meinungen und Interessen sowie der Gewähr freier Interessenvermittlung stimmt eine überwältigende Majorität der Bürgerinnen und Bürger des Landes zu.
20. Aber auch die bereits 2007 aufscheinenden Spurenelemente obrigkeitsstaatlichen Denkens sind im landesweit vorherrschenden Meinungsbild weiterhin vorhanden. So wird beispielsweise die Opposition nicht als regierungskritisches Korrektiv, sondern eher als loyale Gehilfin der Regierung angesehen. Andererseits besteht kein Zweifel: Eine Rückkehr „zur sozialistischen Ordnung“ lehnt unverändert eine Dreiviertelmehrheit der Sachsen-Anhalter ab.
21. Freiheit und Gleichheit stehen für zentrale Grundwerte des demokratischen Verfassungsstaates. Vor die – hypothetische – Wahl zwischen beiden Werten gestellt, entscheiden sich 2009 nahezu gleichgroße Mehrheiten wie 2007 für Freiheit (anstelle von Gleichheit) und für Sicherheit (anstelle von Freiheit). Jedoch ist hier einerseits die Generationenscheide markanter geworden. Und andererseits verläuft die Trennlinie zwischen den Präferenzen der Parteianhänger bei dieser Werteabwägung heute anders als 2007. Insgesamt ist auch 20 Jahre nach dem Systemumbruch bei den Sachsen-Anhaltern das Grundbedürfnis nach Sicherheit hoch ausgeprägt.
22. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist in den letzten 2 Jahren im Land gewachsen. Im Juni 2009 äußert sich fast die Hälfte der Befragten ziemlich bzw. sehr zufrieden. Ein markantes Generationengefälle ist bei dieser Frage nicht mehr erkennbar.
23. Die Rangfolge der seitens der Bevölkerung als besonders dringlich betrachteten Probleme im Land hat sich seit 2007 kaum verändert. Dies gilt auch für die Lösungskompetenz, die dem Staat bei diesen Problemen jeweils zugesprochen wird. Allerdings wird ein regionales Gefälle erkennbar: Bewohner ländlicher Regionen Sachsens-Anhalts vertrauen weniger in die staatliche Leistungskraft als Bewohner städtisch geprägter Regionen.
24. Das subjektive Empfinden, dass es alles in allem „gerecht zugeht“, beeinflusst das Ausmaß der Nähe bzw. Distanz zur gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Hier hatten wir 2007 ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsdefizit gemessen. Dieses baut sich, leicht abgeschwächt, auch 2009 wieder auf: 70 Prozent der Sachsen-Anhalter nehmen die gegebenen Verhältnisse als ungerecht wahr. Hier indessen sind es vornehmlich die Jüngeren, welche die äußeren Umstände als gerecht wahrnehmen.

25. Arbeitslose Befragte sind merklich unzufriedener mit ihrer Lebenslage als der Bevölkerungsdurchschnitt im Land. Diese Differenz hat sich in den letzten 2 Jahren nicht grundlegend verändert. Anders aber als noch 2007, unterscheiden sich *Kurzzeit-* und *Langzeitarbeitslose* nicht mehr im Grad der prinzipiellen Unzufriedenheit. Dies liegt daran, dass seit kurzem Arbeitslose sich heute unzufriedener, dauerhaft ausgesteuerte Personen sich hingegen zufriedener äußern.
26. Wie schon 2007, sieht die große Mehrheit der Sachsen-Anhalter das Datum der deutschen Einigung als einen fundamentalen historischen Einschnitt an. Der 3. Oktober 1990 und die daraus entspringenden Folgen werden mehrheitlich als positiv eingeschätzt. Fast zwei Drittel der Befragten sehen die in die neue Ordnung allgemein gesetzten Hoffnungen überwiegend erfüllt. Noch mehr (65 %, und damit exakt so viele wie 2007) haben mit der Einigung auch persönlich gute Erfahrungen gemacht.
27. Für die Mehrheit der Sachsen-Anhalter (52 %) war die DDR in der Rückschau ein Unrechtsstaat. Und noch mehr, nämlich 79 Prozent, haben keine Zweifel am Diktaturcharakter des realsozialistischen Regimes. Doch fast alle Befragten (94 %) meinen, in der DDR sei auch „nicht alles schlecht gewesen“.
28. Der subjektive Systemvergleich zwischen DDR und Bundesrepublik fällt folglich, nicht überraschend, janusköpfig aus. Unverändert weiß eine übergroße Mehrheit der Sachsen-Anhalter den mit der Einigung einhergehenden Zugewinn an Freiheit, bürgerschaftlichen Beteiligungsrechten und individuellen Aufstiegschancen zu schätzen. Zugleich hält sich in der kollektiven Erinnerung ein Bild der DDR, das diese als Diktatur mit sozialen Zügen darstellt. Der Umgang miteinander war, so die überwiegende Meinung menschlicher, man war sozial besser abgesichert, hatte teil an besseren Bildungschancen, besserer Kinderbetreuung und einem leistungsfähigeren Gesundheitswesen und wurde zudem gegen Kriminalität und Verbrechen wirksamer geschützt. Bemerkenswert ist allerdings, dass mit der Zeit die vermeintlich guten Seiten der DDR verblasen.
29. Auch 2009 bleibt für die jüngere Altersgruppe die Familie als Quelle der Information über die DDR die wichtigste Vermittlungsinstanz. Etliches spricht für die Annahme, dass über diesen Weg – wie schon in den Jahren zuvor – eine entpolitisierte Sicht des DDR-Alltags an die nachwachsende Generation weitergegeben wird.
30. Das Vertrauen in die politischen Institutionen auf der Bundesebene hat sich, zumindest in den letzten 2 Jahren, leicht erhöht. Die Institutionen des Landes haben hingegen etwas eingebüßt, während die Organe der Gemeinde weiterhin das überwiegende Vertrauen der Bevölkerung genießen.
31. Fremdenfeindliche Einstellungen haben unter der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt etwas abgenommen. Nur 1,5 % der Befragten gaben an, mit Parteien wie DVU und NPD zu sympathisieren. Fremdenfeindlichkeit wird insgesamt am stärksten durch schulische Bildung beeinflusst. Das heißt, eine schlechtere Schulbildung schlägt sich in einer geringeren Toleranz und höheren Vorurteilsbereitschaft gegenüber Einwanderern nieder.

# 1 Sachsen-Anhalt und seine Bürgerinnen und Bürger<sup>1</sup>

Sachsen-Anhalt wird im Oktober 2009 19 Jahre alt zusammen mit der kurzen Existenz des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg (vom 21. Juli 1947 bis zum 25. Juli 1952) ist es im Verhältnis zu anderen Bundesländern, wie Sachsen und Bayern, ein außerordentlich junges Land. Gerade für ein relativ junges Land, ist eine tiefe Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Land, eine wichtige Voraussetzung für politisches, lokales und bürgerschaftliches Engagement. Zudem lassen sich Regionalmarketing und länderspezifische politische Maßnahmen wesentlich erfolgreicher umsetzen, wenn sich die Bewohner mit dem Land identifizieren. Deshalb spielt eine hohe Landesverbundenheit für die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts eine wichtige Rolle. 5 Jahre nach der Neugründung des Landes (1995) war die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt unter der Bevölkerung nicht sehr stark ausgeprägt, nur 45 % äußerten eine starke bzw. sehr starke Verbundenheit. Dieser Wert ist nun 14 Jahre später um 20 % gestiegen. In den letzten beiden Jahren (2007 und 2009) zeigen sich bei der Landesverbundenheit kaum Veränderungen. Es kann hier somit von einer Verfestigung ausgegangen werden. Nur 5 % der befragten Sachsen-Anhalter äußern überhaupt keine Verbundenheit mit ihrem Bundesland (siehe Abb. 1).

Abb. 1 Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf  
(Nennungen in Prozent)



Quelle: Werte für 1995 aus Infas Politogramm Sachsen-Anhalt September/Oktober 1995

F. 1b: Wie stark fühlen Sie sich mit folgenden Gebieten verbunden?: Fühlen Sie sich mit Sachsen Anhalt sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

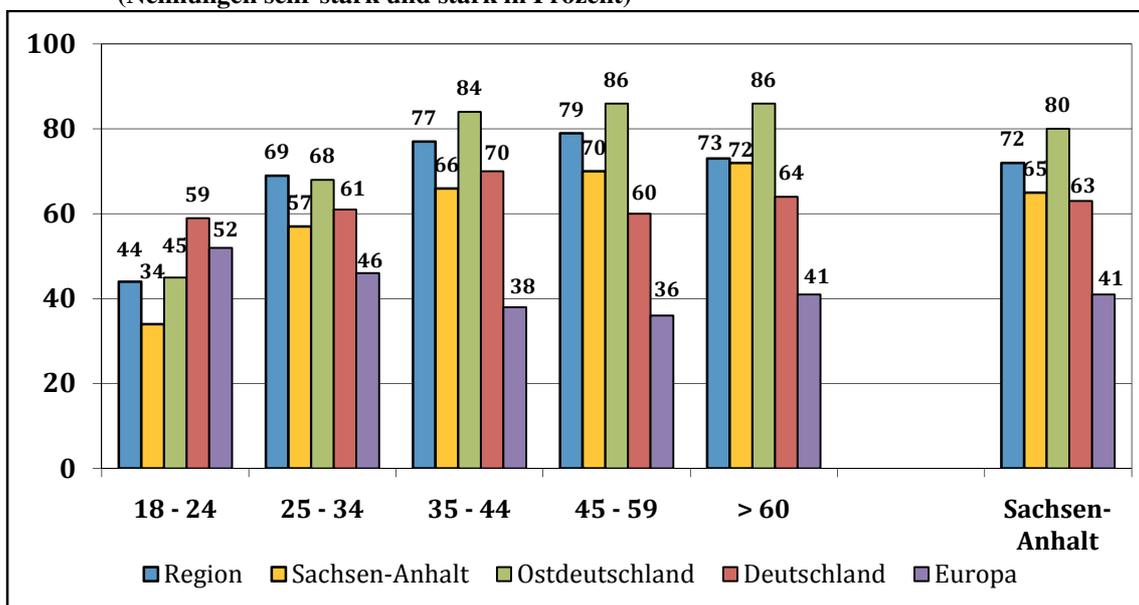
Die Landesverbundenheit wird durch verschiedene demografische Indikatoren, wie Bildung, Erwerbsstatus und Tätigkeit, beeinflusst. Es zeigt sich, dass jüngere Berufsgruppen, wie bei-

1 Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Zugunsten einer besseren Verständlichkeit wird in der Arbeit auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

spielsweise Auszubildende, eine geringere Landesbindung aufweisen als ältere. So äußern nur 32 % der Auszubildenden eine starke oder sehr starke Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt, bei den Erwerbstätigen und Arbeitslosen sind es schon doppelt so viele mit ca. 66 % und bei den Rentnern ist die Landesverbundenheit mit 72 % am höchsten. Da diese Erwerbsgruppen stark durch das Alter bedingt sind, ist von einem Alterseinfluss auf die Landesverbundenheit auszugehen, der im Folgenden untersucht wird.

In diesem Jahr wurden die Sachsen-Anhalter zusätzlich zu ihrer Landverbundenheit gefragt, inwieweit sie sich mit anderen Gebieten, wie zum Beispiel ihrer Region, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa verbunden fühlen. Die Ergebnisse für 2009 sind nach Alter geordnet in folgender Abbildung dargestellt.

**Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Alter<sup>2</sup>**  
(Nennungen sehr stark und stark in Prozent)



F. 1: Wie stark fühlen Sie sich mit folgenden Gebieten verbunden?: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

Am stärksten fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt, nach fast 20 Jahren deutscher Einheit immer noch mit Ostdeutschland (80 %) verbunden. Die tiefe Verwurzelung der Sachsen-Anhalter mit dem Gebiet der ehemaligen DDR liegt damit noch deutlich vor der regionalen Verbundenheit (72 %) und der Landesverbundenheit (65 %). Dies ist eher ungewöhnlich, da gemeinhin die lokale Identifikation mit zunehmender Größe des Bezugsraumes abnimmt. Es wird deutlich, dass sich die Befragten in Sachsen-Anhalt eher als Ostdeutsche fühlen und nicht etwa als Sachsen-Anhalter (Landesebene), Altmärker (Regionalebene) oder Gesamtdeutsche (siehe Abb. 2). Fast zwei Drittel (63 %) bekunden eine Verbundenheit mit Deutschland und 41 % der Befragten fühlen sich mit Europa stark bzw. sehr stark verbunden.

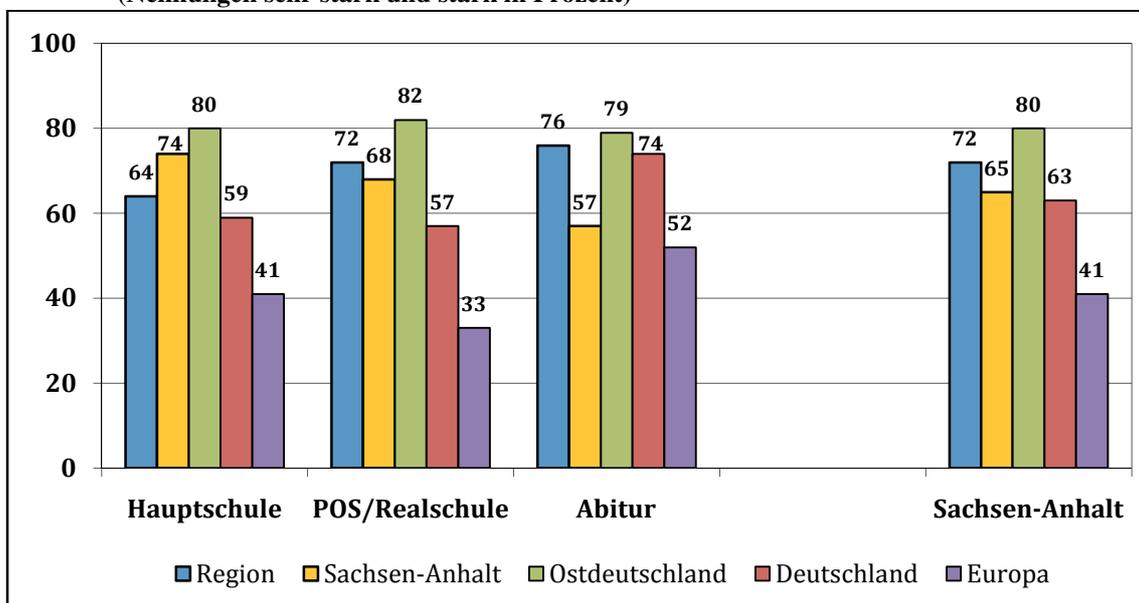
Wie schon angedeutet, zeigt sich Alter als starker Verbundenheitsindikator. Mit zunehmendem Alter steigt sowohl die Verbundenheit mit dem Land, als auch die mit der Region und

2 Überschriften von Tabellen und Abbildungen ohne Jahresangabe beziehen sich immer auf das Untersuchungsjahr 2009.

in besonderem Maße die mit Ostdeutschland stark an (siehe Abb. 2). Ein anderes bzw. gegenläufiges Bild zeigt sich aber für Deutschland und Europa. So nimmt die Verbundenheit mit Europa mit zunehmendem Alter deutlich ab. Mit Deutschland insgesamt zeigen sich vor allem die 35- bis 44-Jährigen stark und sehr stark verbunden (70 %), während sowohl die jüngeren, als auch die älteren Kohorten niedrigere Verbundenheitswerte aufweisen. Vergleicht man die jüngste mit der ältesten Kohorten, zeigen sich starke Unterschiede. Bei der Gruppe der Erst- und Jungwähler fällt das allgemein niedrigere Verbundenheitsniveau auf. Zudem fühlen sich die Jüngeren insbesondere mit größeren Bezugsräumen, wie dem Deutschlands (59 %) und Europas (52 %), stark und sehr stark verbunden. Im Gegensatz dazu fühlen sich die Älteren in erster Linie mit Ostdeutschland (86 %) und in zweiter mit ihrer Region (72 %) verbunden (siehe Abb. 2).

Der starke Einfluss des Alters auf die Verbundenheit lässt sich zu einem Großteil durch die Wohndauer im Land erklären. Das heißt, mit zunehmendem Alter steigt auch die Wahrscheinlichkeit einer längeren Aufenthaltsdauer vor Ort bzw. im Land. Diese fördert die Identifikation mit dem Gebiet durch steigende Kenntnis der Umgebung und durch eine zunehmende Einbettung und Integration in soziale Netzwerke. Die weniger starke Verwurzelung der jüngeren Befragten ist sicherlich auch auf ein höheres „mobiles Bewusstsein“ zurückzuführen, da es mutmaßlich nötig ist, nach Abschluss der Ausbildung Sachsen-Anhalt zu verlassen. Diese höhere Mobilität erklärt auch die stärker ausgeprägte Verbundenheit mit weiträumigeren Gebieten wie Deutschland und Europa.

**Abb. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Bildung (Nennungen sehr stark und stark in Prozent)**



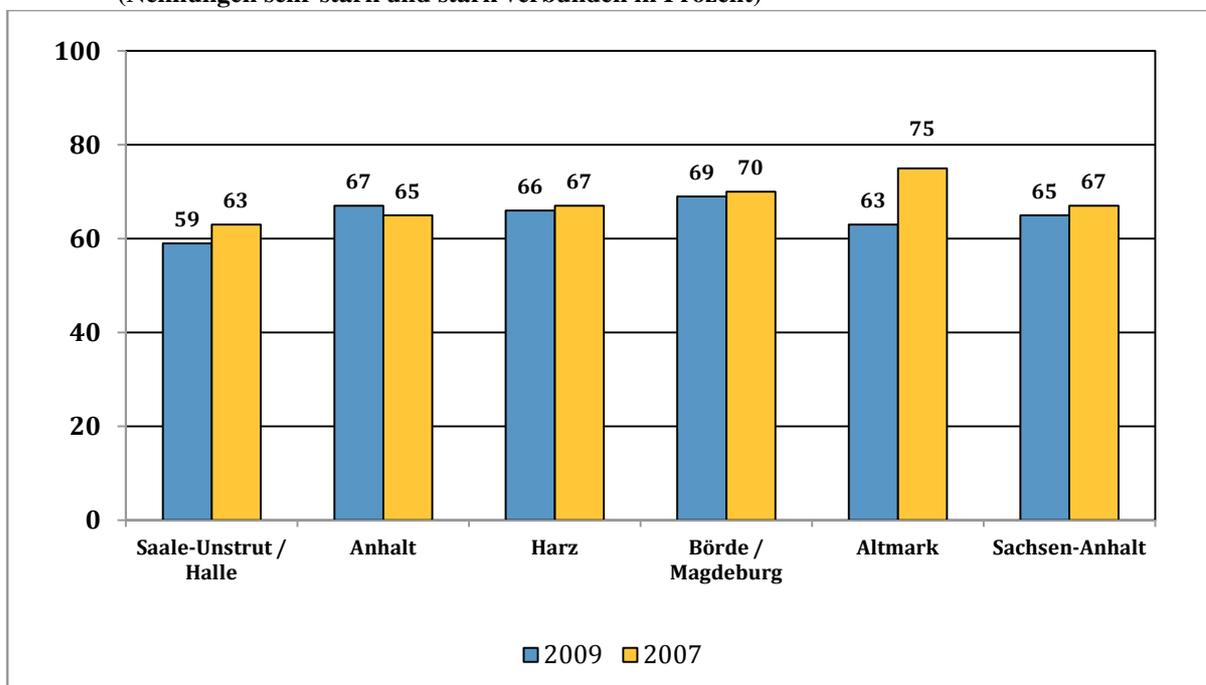
F. 1: Wie stark fühlen Sie sich mit folgenden Gebieten verbunden?: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

Die Bildung zeigt deutlich ambivalenterer Einflüsse auf die Verbundenheit mit den verschiedenen Gebieten als das Alter (siehe Abb. 3). So sind Abiturienten mit der Region stärker, aber mit dem Land weniger stark verbunden. Bei der Identifikation mit dem europäischen Raum und Deutschland erweist sich der Faktor Bildung ebenfalls als Indikator für stärkere

Verbundenheit. Unter den Abiturienten äußern sich gut die Hälfte (52 %) mit Europa und 74 % mit Deutschland verbunden. Bei Personen mit Haupt- und Realschulabschlüssen liegt der Anteil erheblich niedriger. Auch in den höher gebildeten Schichten Sachsen-Anhalts scheint somit ein „mobileres Bewusstsein“ verankert zu sein. Auf die Verbundenheit mit Ostdeutschland hat der Schulabschluss keinen Einfluss (siehe Abb. 3).

In den einzelnen Regionen<sup>3</sup> des Landes sind die Unterschiede geringer. Das Nord-Süd-Gefälle, das sich 2007 abgezeichnet hat, ist weitestgehend verschwunden. Die einzelnen Regionen schwanken mehr oder weniger um den Mittelwert des Landes. In der Altmark ist die Verbundenheit mit dem Land deutlich von 75 %, um über 10 %, auf 63 % gesunken. In der Saale-Unstrut-Region um Halle ist die Verbundenheit wie schon 2007 am geringsten. Sie hat seit 2007 zudem um weitere 4 % abgenommen (siehe Abb. 4).

**Abb. 4** Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt nach Regionen  
(Nennungen sehr stark und stark verbunden in Prozent)



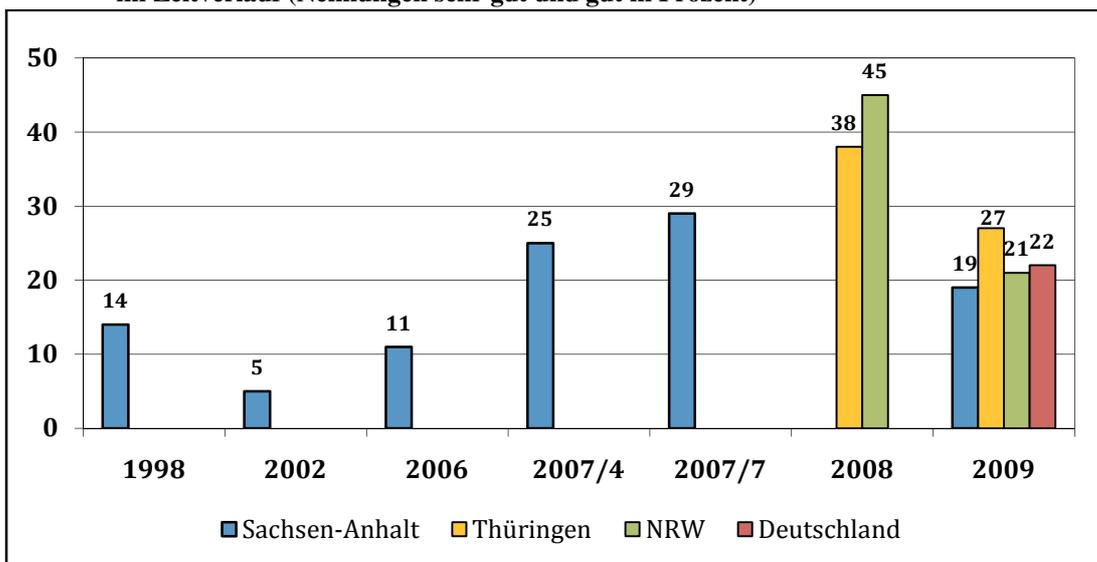
F. 1: Wie stark fühlen Sie sich mit folgenden Gebieten verbunden?: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

3 Die Regionen entsprechen den Planungsregionen der Landesregierung auf Basis der Kreise vor der Kreisgebietsreform zum 1. Juli 2007. Den Regionen sind folgende Kreise zugeordnet: Altmark: LK Stendal, LK Altmarkkreis Salzwedel, Börde: LK Bernburg, SK Magdeburg, LK Aschersleben-Staßfurt, LK Bördekreis, LK Jerichower Land, LK Ohrekreis, LK Schönebeck, Harz: LK Mansfelder Land, LK Sangerhausen, LK Halberstadt, LK Quedlinburg, LK Wernigerode, Anhalt: SK Dessau, LK Anhalt-Zerbst, LK Bitterfeld, LK Köthen, LK Wittenberg, Saale-Unstrut: SK Halle/Saale, LK Burgenlandkreis, LK Merseburg-Querfurt, LK Saalkreis, LK Weißenfels.

## 2 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Bei der Betrachtung der subjektiven wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt ist seit 2007 ein deutlicher Einbruch zu verzeichnen. Dieser lässt sich höchstwahrscheinlich auf die seit einem Jahr andauernde Banken- und Finanzkrise zurückführen. Nur noch 18 % der Befragten halten die gegenwärtige wirtschaftliche Lage für gut und nur 1 % für sehr gut, damit sank der Anteil in 2 Jahren um 10 Prozentpunkte. Mit 22 % liegt der Wert für Gesamtdeutschland nur unmerklich höher (siehe Abb. 5). Dieser Trend lässt sich auch für andere Bundesländer feststellen. In Thüringen bezeichnen nur noch 27 %, von ehemals 38 % (2008), die wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut. In Nordrhein-Westfalen ist der Wert seit März 2008 sogar um 18 Prozentpunkte, von 45 % auf 21 %, gefallen (siehe Abb. 5). Dies deckt sich ebenfalls mit der Tatsache, dass die Banken- und Finanzkrise, sowie die zunehmenden Konkurse von Unternehmen in der Problemrangfolge unter den Befragten Sachsen-Anhalts an zweiter bzw. vierter Stelle, hinter der damit eng verbundenen Arbeitslosigkeit rangieren (siehe Abb. 27).

Abb. 5 Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt, Thüringen, NRW und Deutschland im Zeitverlauf (Nennungen sehr gut und gut in Prozent)

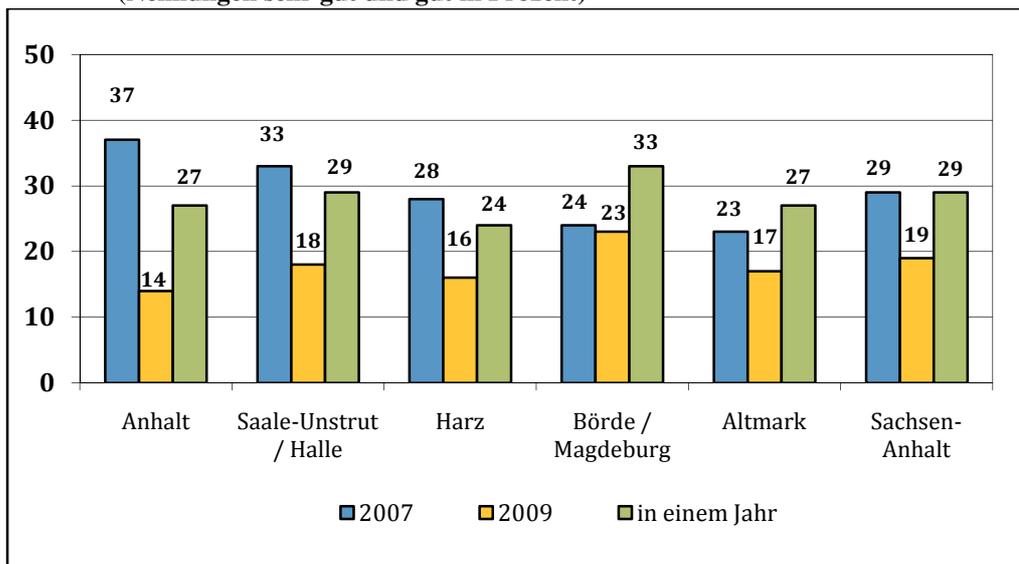


Quelle: Infratest Thüringen/NRW-LänderTREND Februar/Juni 2009)

F. 2: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in ...?

Allerdings zeigen sich die Befragten optimistisch, wenn es um die wirtschaftliche Zukunft des Landes geht. In allen Regionen Sachsen-Anhalts wird die wirtschaftliche Lage in einem Jahr wieder zunehmend besser eingeschätzt. In Sachsen-Anhalt entspricht die zukünftige Einschätzung der wirtschaftlichen Lage mit 29 % wieder dem Wert von 2007 (siehe Abb. 6). Besonders optimistisch wird der wirtschaftlichen Zukunft Gesamtdeutschlands entgegengesehen. 38 % beurteilen die ökonomische Lage in einem Jahr wieder als sehr gut bzw. gut.

**Abb. 6 Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt nach Regionen  
(Nennungen sehr gut und gut in Prozent)**



F. 2: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in ...?

F. 3: Und wie sieht es mit der zukünftigen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr in ... aus?

Betrachten wir die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Regionen, lässt sich für 2009, ähnlich wie bei der Landesverbundenheit, kein Nord-Süd-Gefälle mehr erkennen. Es zeigen sich eher gegenteilige Entwicklungen. Während die Wirtschaft in Anhalt 2007 mit 37 % noch am positivsten eingeschätzt wurde, kann davon mittlerweile keine Rede mehr sein. Mit 14 % (-23) wird die ökonomische Lage in Anhalt am schlechtesten bewertet. In der Börde um die Landeshauptstadt Magdeburg scheint die Krise am wenigsten gravierend wahrgenommen zu werden. Die wirtschaftliche Stimmung unterscheidet sich nur irrelevant von der 2007 und sinkt von 24 auf 23 % und wird somit am positivsten eingeschätzt. Die Regionen Saale-Unstrut, Harz und Altmark zeigen Ergebnisse, die den durchschnittlichen Anteilswerten für Sachsen-Anhalt entsprechen.

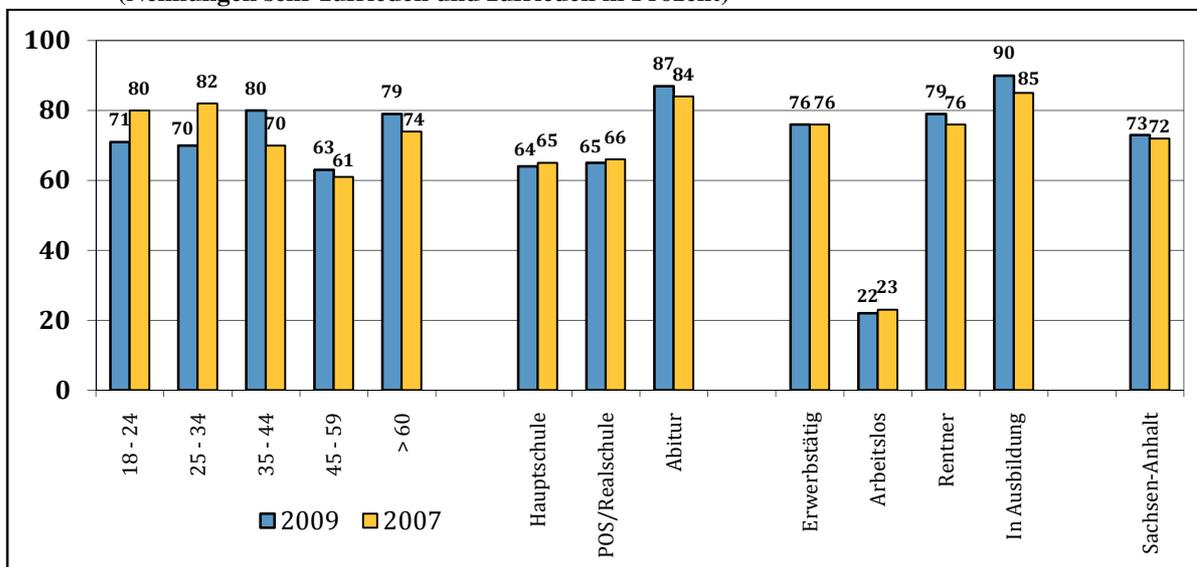
Bildung, Alter und Tätigkeit zeigen sich 2009 gänzlich einflusslos auf die wirtschaftliche Stimmung. Angesichts der fortdauernden Finanzkrise scheinen alle Altersgruppen, alle Bildungsschichten und Tätigkeitsgruppen die wirtschaftliche Lage gleich schlecht zu beurteilen und bewegen sich nur leicht ober- und unterhalb des Mittelwertes. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den demographischen Einflüssen auf die Beurteilung der Wirtschaft in einem Jahr. Eine Ausnahme bildet erwartungsgemäß die Gruppe der Arbeitslosen. Lediglich 7 % beurteilen die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt als gut und 17 % die zukünftige. Damit liegen sie jeweils 12 % unter dem durchschnittlichen Anteilswert für Sachsen-Anhalt (siehe Abb. 6). Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage macht es kaum einen Unterschied, ob es sich bei den Befragten Erwerbslosen um sogenannte Langzeit- (12 Monate und länger ohne Arbeit) oder Kurzzeitarbeitslose (weniger als 12 Monate ohne Arbeit) handelt. Dieser Unterschied war 2007 noch sehr deutlich (SAM 2007, S. 15). Allerdings glauben nur 10 % der Langzeitarbeitslosen an eine gute zukünftige ökonomische Entwicklung im Land. Damit liegen sie 14 Prozentpunkte unter den Kurzzeitarbeitslosen, welche die Entwicklung etwa zu einem Viertel (24 %) als gut beurteilen. Fragen wir die Erwerbstätigen, ob sie ihren Arbeitsplatz für sicher halten, bejahen dies immerhin gut zwei

Drittel (68 %) der Befragten. Das restliche Drittel (32 %) hält seinen Arbeitsplatz für gefährdet.

Im Vergleich zur Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des Landes, wird die eigene Lebenssituation deutlich besser beurteilt. Die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation zeigt sich durch die Wirtschaftskrise kaum beeinflusst. In den letzten 2 Jahren haben sich die Zahlen kaum verändert. So zeigten sich 2007 72 % und 2009 73 % mit ihrer Lebenssituation zufrieden bzw. sehr zufrieden (siehe Abb. 7). Die derzeitige wirtschaftliche Situation wird in der Wahrnehmung der Bürger von der eigenen Lebenssituation unabhängig betrachtet. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass die Folgen der Krise sich noch nicht auf die persönliche Ebene der Bevölkerung Sachsen-Anhalts durchgeschlagen haben.

Zu den zufriedensten Gruppen gehören wie schon 2007 Abiturienten und Auszubildende, die mit einem Anteil von 87 % und 90 % deutlich über dem landesweiten Durchschnitt von 72 % liegen. Der Einfluss von Bildung scheint sich sogar noch verstärkt zu haben. Die sogenannte Prozentsatzdifferenz zwischen den Abiturienten (zufriedenste Gruppe) und den Befragten mit Hauptschulabschluss (unzufriedenste Gruppe) beträgt 23. Der Einfluss des Alters scheint sich eher umgekehrt zu haben, zufriedener zeigen sich, anders als 2007, die 35- bis 44-Jährigen und die Gruppe der Rentner bzw. über 60-Jährigen. Der Anteil derer, die mit ihrem Leben zufrieden und sehr zufrieden sind, ist bei den unter 35-Jährigen um ca. 10 Prozentpunkte gefallen (siehe Abb. 7). Als deutlich unzufriedener erweist sich wie 2007 die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen, also diejenigen, die sich dem Ende des Erwerbslebens nähern.

Abb. 7 Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Alter, Bildung und Erwerbsstatus. (Nennungen sehr zufrieden und zufrieden in Prozent)

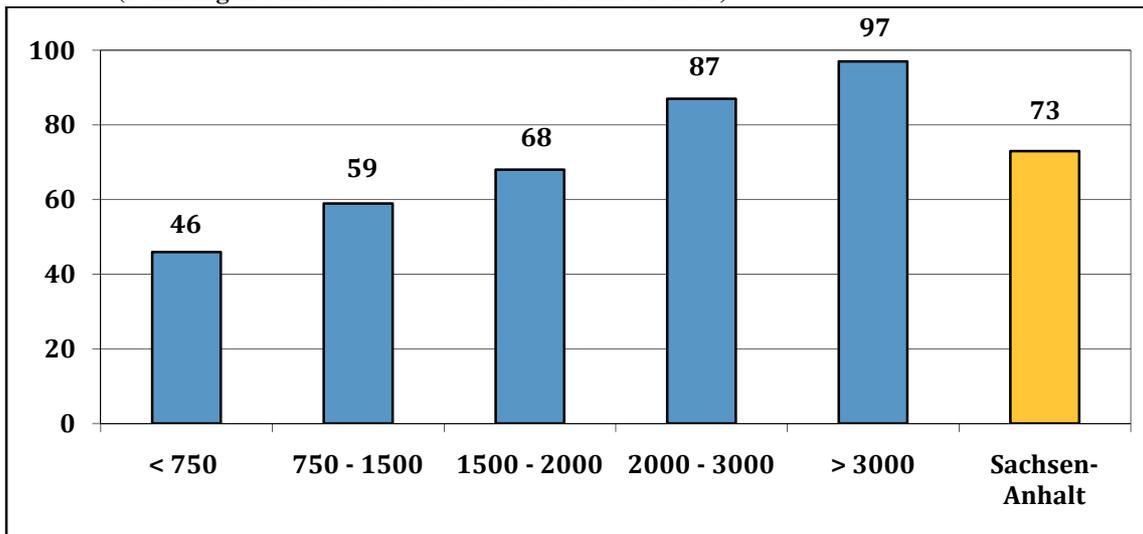


F. 4: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

Am unzufriedensten zeigen sich, wie schon bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, die Arbeitslosen. Nur 21 % sind mit ihrer Lebenssituation zufrieden und lediglich 1 % äußert sich sehr zufrieden. Unterschiede zwischen Langzeit- und Kurzarbeitslosen sind auch in diesem Fall kaum existent. Hier scheint ein starker Zusammenhang zwischen

wirtschaftlicher Situation und persönlicher Situation zu bestehen. Es ist also davon auszugehen, dass Folgen der Erwerbslosigkeit, wie beispielsweise sozialer Ausschluss (Exklusion), sich in allen Lebensbereichen der Betroffenen zeigen und somit ihre Lebenssituation negativ beeinflussen. Die Gruppe der Arbeitslosen zeichnet sich also nicht allein durch wirtschaftliche Unzufriedenheit aus (vgl. u.a. Kapitel 8, insbesondere Tab. 25 und SAM 2007). Dass wirtschaftliche Gesichtspunkte aber nicht der einzige Indikator für Lebenszufriedenheit sind, zeigen auch die nächsten Abbildungen.

**Abb. 8** Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Haushaltseinkommen (in €)  
(Nennungen sehr zufrieden und zufrieden in Prozent)

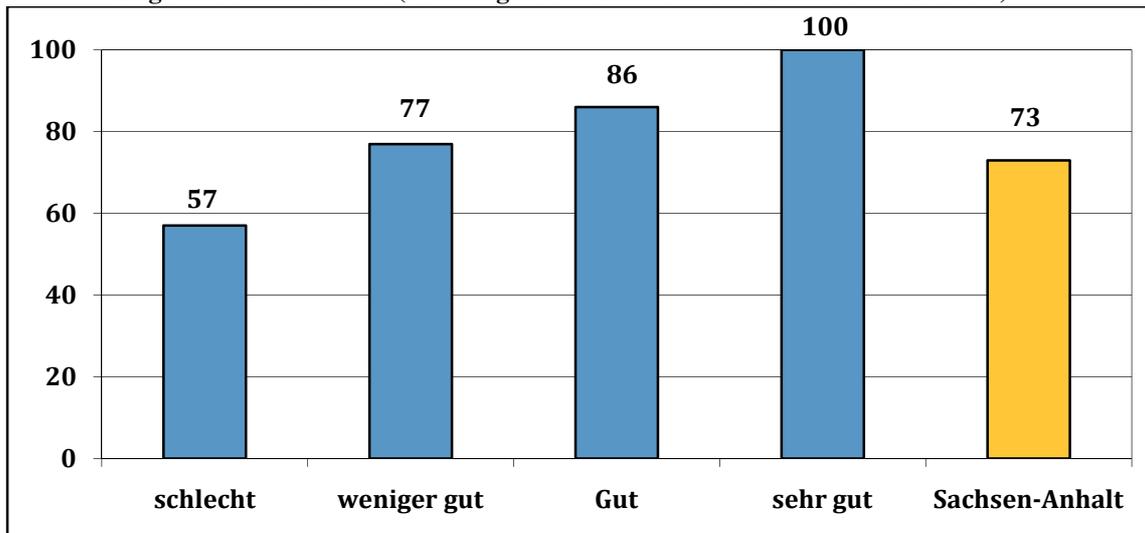


F. 4: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

Es ist deutlich zu erkennen, dass die Zufriedenheit mit der derzeitigen Lebenssituation proportional zum Einkommen steigt. Bei Befragten mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von über 3000 €, gibt es kaum noch Personen (3 %), die sich über ihr Leben unzufrieden äußern (siehe Abb. 8). Interessant ist jedoch, dass bei Personen, die mit einem Haushaltseinkommen von unter 750 € ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, immer noch 46 % sehr zufrieden bzw. zufrieden mit ihrem Leben sind. Damit liegt die Gruppe der Geringverdiener immer noch deutlich über der der Arbeitslosen (vgl. Abb. 7 und Abb. 8).

Ähnlich gestaltet sich auch der Zusammenhang zwischen der Lebenszufriedenheit und der wirtschaftlichen Stimmung im Land. Es lässt sich zwar auch hier ein klarer positiver Zusammenhang erkennen (siehe Abb. 9): Je besser die wirtschaftliche Lage im Land eingeschätzt wird, desto zufriedener ist man auch mit der eigenen Lebenssituation. Dennoch sind auch hier diejenigen, die die Wirtschaftslage im Land schlecht beurteilen, mit ihrem Leben deutlich zufriedener als die Arbeitslosen (vgl. Abb. 7 und Abb. 9).

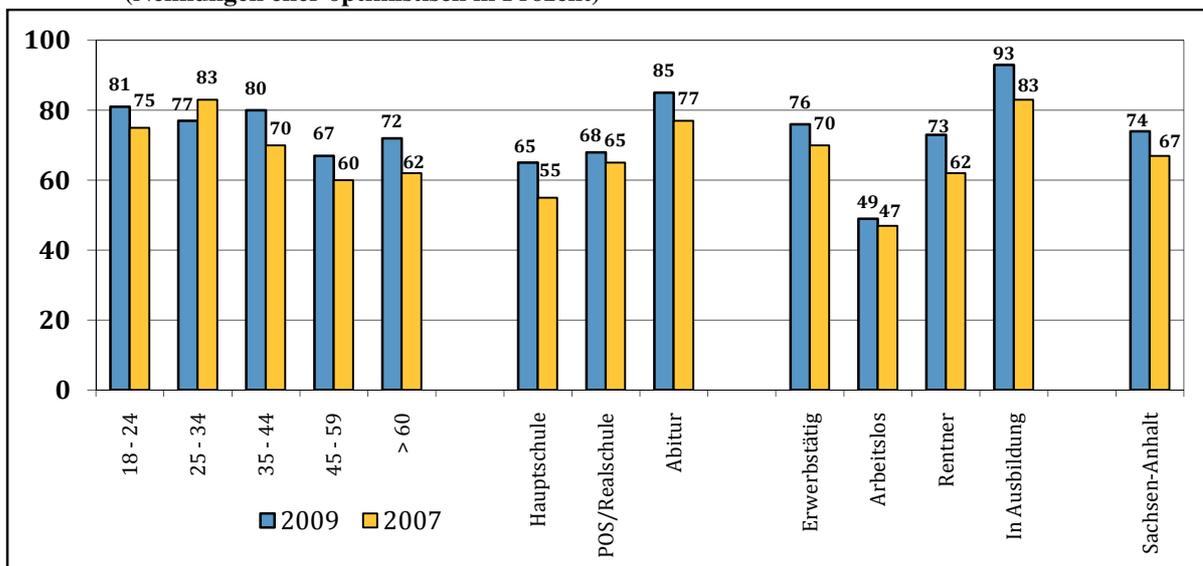
**Abb. 9 Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt (Nennungen sehr zufrieden und zufrieden in Prozent)**



F. 4: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

Der Blick in die persönliche Zukunft bleibt zunehmend optimistisch. Eine deutliche Mehrheit von fast drei Viertel (74 %) der Befragten äußert sich, ihre persönliche Zukunft betreffend, optimistisch. Das entspricht einem Zuwachs an optimistischen Ansichten von 7 Prozentpunkten in den letzten 2 Jahren. Bildung und Erwerbstätigkeit zeigen ähnliche Einflüsse auf die Zukunftsaussichten wie schon bei der Zufriedenheit mit der Lebenssituation. Auch fernerhin zeigt sich die Verteilung der Variablen weitestgehend ähnlich und scheint ebenfalls kaum durch die wirtschaftliche Lage beeinflusst (vgl. Abb. 7 und Abb. 10).

**Abb. 10 Optimistische Zukunftsaussichten (Persönlich) (Nennungen eher optimistisch in Prozent)**



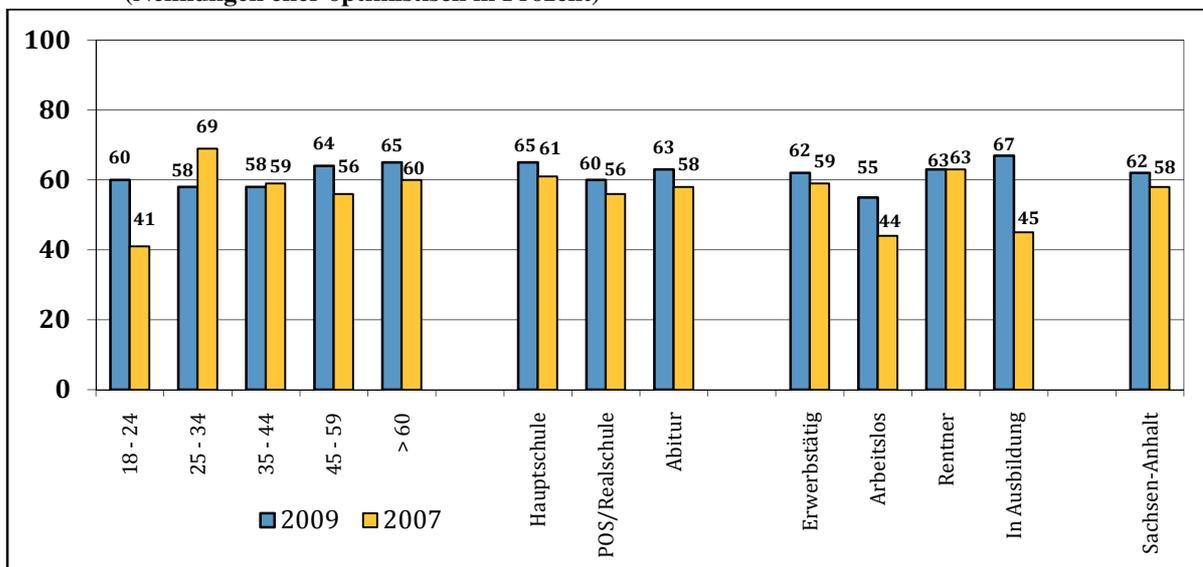
F. 5: Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder pessimistisch entgegen?

Auch in den letzten 2 Jahren haben sich diese Zusammenhänge nicht verändert. Nur in den einzelnen demographischen Kategorien zeigt sich eine allgemeine leichte Niveaueverschiebung nach oben (siehe Abb. 10). Der Einfluss des Alters ist, nicht wie bei der Lebenszufriedenheit,

denheit (siehe Abb. 7), weitestgehend gleich geblieben. Auffallend ist jedoch, dass sich der allgemeine optimistische Zuwachs nicht auf die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen ausgewirkt hat. Diese Gruppe hat als einzige, trotz des allgemeinen Zuwachses an Optimismus, Stimmen eingebüßt (-5). Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, äußern sich auch am optimistischsten, dazu zählen die Abiturienten (85 %) und diejenigen, die sich noch in Ausbildung befinden (93 %). Fast genau die Hälfte der Erwerbslosen (49 %) sieht ihre Zukunft ebenfalls positiv. Die persönliche Zukunft wird unter den Arbeitslosen folglich wesentlich zuversichtlicher bewertet als die wirtschaftliche Lage und die Lebenszufriedenheit. Unterschiede zwischen Langzeit- und Kurzarbeitslosen zeigen sich erneut bedeutungslos (siehe Abb. 10).

Das Bild für Sachsen-Anhalt gestaltet sich wesentlich homogener. Auch hier hat der Anteil der Befragten, welche der Zukunft eher optimistisch entgegenblicken etwas zugenommen (+4, siehe Abb. 11).

**Abb. 11 Optimistische Zukunftsaussichten für Sachsen-Anhalt (Nennungen eher optimistisch in Prozent)**



F. 6: Und wie ist das mit Sachsen-Anhalt: Sehen Sie der Zukunft Sachsen-Anhalts eher optimistisch oder pessimistisch entgegen?

Die demographischen Merkmale der Sachsen-Anhalter zeigen sich im Grunde einflusslos. Alle Bevölkerungsgruppen sehen der Zukunft des Landes überwiegend positiv entgegen (62 %). Dabei unterscheiden sie sich maximal 7 % (Arbeitslose) vom durchschnittlichen Anteil im Land. Im zeitlichen Verlauf gibt es allerdings starke Veränderungen. So äußern sich Jung- und Erstwähler (+19), Arbeitslose (+11) und Personen in Ausbildung (+22) deutlich positiver als noch vor 2 Jahren. Jüngere Befragte, die noch vor dem Erwerbsleben stehen, scheinen trotz andauernder Finanzkrise die Zukunft Sachsen-Anhalts wieder mehrheitlich positiv zu sehen. Als einzige Gruppe mit starken Verlusten fallen erneut die 25- bis 34-Jährigen auf. Trotz allgemeinen Zuwachses sinkt der Anteil der Optimisten um 11 % (siehe Abb. 11).

### 3 Wertorientierungen

Erstmals haben wir im Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 nach den Werthaltungen der Sachsen-Anhalter gefragt. Unter Werten bzw. Wertorientierungen werden in der Sozialforschung „Konzeptionen des Wünschenswerten“<sup>4</sup> verstanden. Das heißt, Werte sind normative Maßstäbe, mit deren Hilfe Menschen die gesellschaftliche Wirklichkeit beurteilen können. Dabei können die Vorstellungen darüber, was gut und erstrebenswert ist, von Gesellschaft zu Gesellschaft variieren. Unter Berücksichtigung der rund 40-jährigen Teilung Ost- und Westdeutschlands wäre es also durchaus vorstellbar, dass sich die Wertvorstellungen von Ost- und Westdeutschen unterscheiden.

Wertorientierungen zeichnen sich durch eine hohe Stabilität aus. Anders als Einstellungen gegenüber Objekten, wie z. B. die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, die sich relativ schnell ändern kann, bleiben Wertorientierungen in der Regel ein Leben lang erhalten. Eine weitere Besonderheit von Wertorientierungen ist, dass sie gewöhnlichen Einstellungen übergeordnet sind und diese auch strukturieren. Wertorientierungen dienen also unter anderem als Hilfsmittel, um neue, unbekannte Einstellungen besser einordnen zu können. In der Politik spielen Wertorientierungen insofern eine Rolle, als sie einen großen Einfluss auf die Bewertung politischer Objekte (z. B. Parteien, Kandidaten) und auf das politische Verhalten (z. B. die Stimmabgabe bei Wahlen) haben.<sup>5</sup>

#### 3.1 Wichtigkeit von Werten

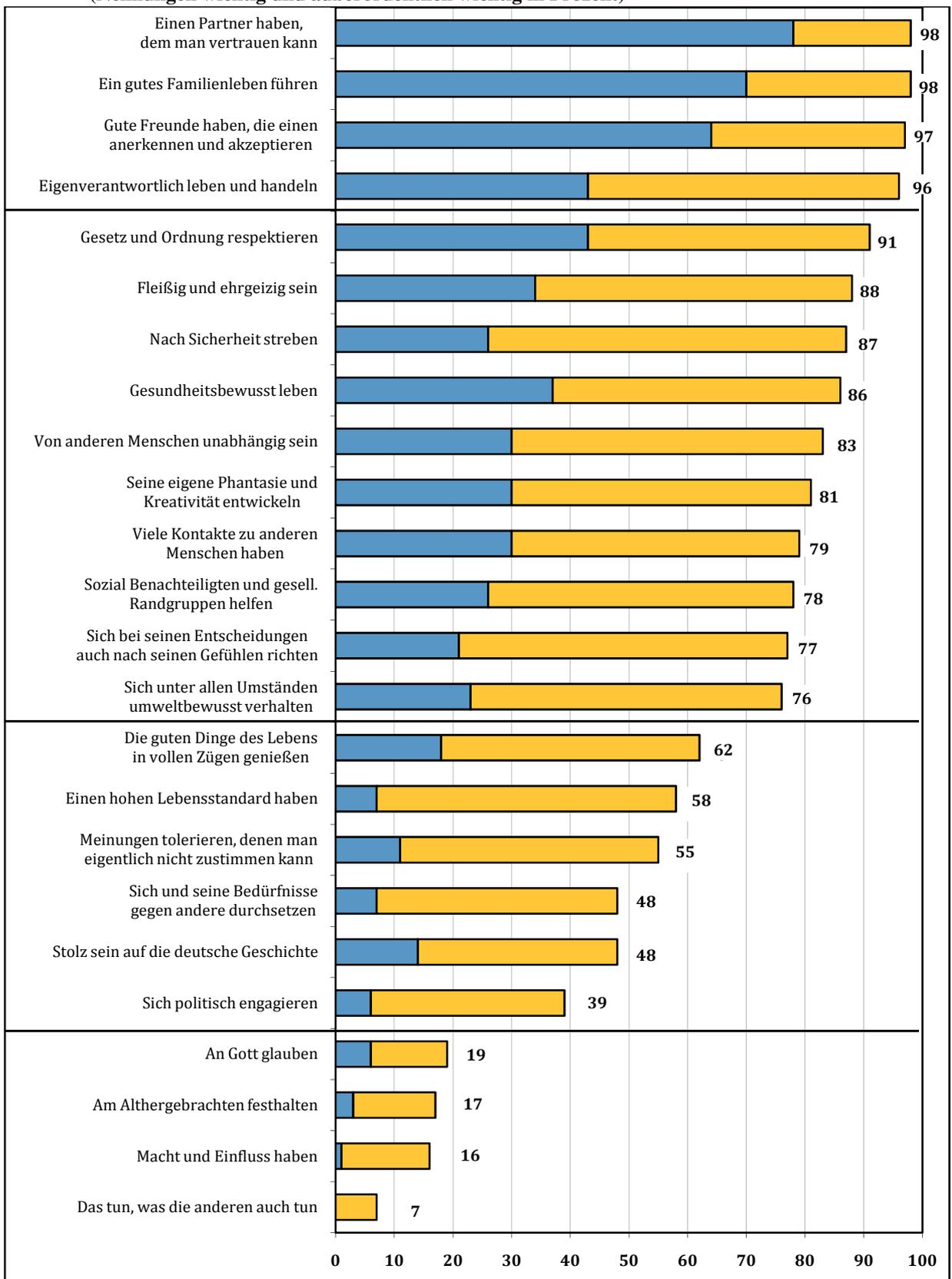
Das folgende Unterkapitel gibt einen Überblick über die Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst die Frage, welche Werte den Bürgern Sachsen-Anhalts sehr wichtig und wichtig sind. Wie aus Abb. 12 hervorgeht, werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die meisten der insgesamt 24 Werte als wichtig erachtet. Lediglich vier Werte werden als weniger wichtig eingestuft. Ferner zeigt sich, dass die Bürger des Landes hinter bestimmten Wertorientierungen mehr oder weniger geschlossen stehen.

---

4 Kluckhohn, C.: 1951. Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification. In: Parsons, T./Shils, Edward A. (eds.): *Toward a General Theory of Action*. Cambridge: Harvard University Press. S. 395.

5 Vgl. Arzheimer, K.: 2005. „Freiheit oder Sozialismus?“ Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich. In: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattinger, H. (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört?* Baden-Baden: Nomos. 285-313.

**Abb. 12 Charakteristische Merkmale der Wertetypen  
(Nennungen wichtig und außerordentlich wichtig in Prozent)**



F. 22a-x: Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen dann folgende Dinge.

Am wichtigsten sind den Bürgern in Sachsen-Anhalt private Wertorientierungen: ein vertrauensvoller Partner, ein gutes Familienleben, gute Freunde und ebenso ein eigenverantwortliches Leben. Die genannten Werte halten zwischen 96 und 98 % der Sachsen-Anhalter für wichtig oder sehr wichtig. Wirft man einen genaueren Blick auf die Antwortkategorie sehr wichtig, lassen sich nochmals kleine Abstufungen in der Wertehierarchie der Sachsen-Anhalter feststellen. 78 % geben an, dass ihnen ein vertrauensvoller Partner außerordentlich wichtig ist. 70 % ist ein gutes Familienleben sehr wichtig und 64 % halten gute Freunde, die einen anerkennen und akzeptieren, für äußerst wichtig. Damit dominieren eindeutig Werte, die das unmittelbare persönliche Umfeld von Menschen betreffen.

Auf den Plätzen 5 bis 14 folgen Werte, die von dem Großteil der Bürger in Sachsen-Anhalt (76 bis 91 %) als wichtig und sehr wichtig eingestuft werden, allerdings nicht mehr die nahezu uneingeschränkte Zustimmung wie die 4 erstgenannten Werte finden. Hierzu zählen Gesetzestreue, Fleiß, Sicherheitsstreben, Gesundheitsbewusstsein, Unabhängigkeit, Phantasie, Kontaktfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Emotionalität und Umweltbewusstsein.

Die Wertorientierungen, die auf der Wichtigkeitsskala die Plätze 15 bis 20 belegen, werden zwar noch immer von ungefähr jedem zweiten Bürger in Sachsen-Anhalt für (sehr) wichtig gehalten (39 bis 62 %). Das Meinungsbild ist hier jedoch heterogener als bei den zuvor genannten, höher rangierenden Wertvorstellungen. Denn jeweils knapp die Hälfte der Befragten hält diese weniger favorisierten Wertvorstellungen lediglich für teils wichtig/teils unwichtig (ca. ein Drittel) oder sogar für weniger wichtig (10 bis 21 %). So sind lediglich 39 % der Sachsen-Anhalter der Meinung, dass politisches Engagement wichtig oder sehr wichtig sei. Auch Durchsetzungsvermögen, Nationalstolz, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, voller Lebensgenuss und ein hoher Lebensstandard zählen zu den Werten, die nicht die ungeteilte Zustimmung unter den Bürgern Sachsen-Anhalts finden.

Auf den letzten 4 Plätzen finden sich Wertorientierungen, die weniger als 20 % der Sachsen-Anhalter für wichtig oder sehr wichtig halten. Hierzu gehört u.a. der Glaube an Gott, der als einziger Wert von 37 % der Befragten als überhaupt nicht wichtig eingestuft wird. Diese Einschätzung erklärt sich dadurch, dass etwa 80 % der Bürger in Sachsen-Anhalt konfessionslos sind. Für eher unwichtig werden außerdem das Festhalten an Althergebrachtem sowie die Ausübung von Macht und Einfluss gehalten. Abgeschlagen auf dem letzten Platz folgt konformes Handeln, das lediglich 7 % der Sachsen-Anhalter für wichtig erachten.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass insbesondere Werte, die sich auf das direkte soziale Umfeld von Menschen beziehen, wie z. B. Familie, Partner, Freunde, den höchsten Stellenwert für die Sachsen-Anhalter haben. Werte, die in Zusammenhang mit dem politischen System stehen, z. B. Machtausübung, politisches Engagement oder Nationalstolz, werden hingegen eher gering geschätzt. Ein weiteres gegensätzliches Wertepaar stellt sich wie folgt dar: die Eigenständigkeit der Person wird als wichtig erachtet, Konformismus wird hingegen abgelehnt.

### 3.2 Vergleich der Wertorientierungen der Bürger Sachsen-Anhalts 2009 und der Ostdeutschen 1997

Angesichts der dargestellten Werte-Rangfolge stellt sich die Frage, inwieweit die Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors 2009 mit anderen Umfrageergebnissen vergleichbar sind. Die gleiche Fragenbatterie zu Wertorientierungen, die im Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 verwendet wurde, kam auch 1997 bei einer für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Befragung zum Einsatz, dem sogenannten Wertesurvey.<sup>6</sup> Vergleicht man die Rangfolge der Werte, die sich 1997 für die ostdeutsche Bevölkerung und die Befragten in Sachsen-Anhalt ergab,<sup>7</sup> mit der des Sachsen-Anhalt-Monitors 2009, ergeben sich nur in wenigen Punkten größere Veränderungen (siehe Tab. 1). Dies verdeutlicht die hohe Stabilität von Werten im Zeitverlauf.

**Tab. 1 Wertorientierungen: Vergleich Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 mit Wertesurvey 1997**

Wertorientierungen	2009 Sachsen-Anhalt		1997 Ostdeutschland		1997 Sachsen-Anhalt	
	Rang	Mittelwert -2 bis +2 (5er-Skala)	Rang	Mittelwert -2 bis +2 (7er-Skala)	Rang	Mittelwert -2 bis +2 (7er-Skala)
Partnerschaft	1	1,75	1	1,69	2	1,75
Gutes Familienleben	2	1,66	2	1,67	1	1,76
Freundschaft	3	1,61	3	1,38	4	1,38
Eigenverantwortung	4	1,38	4	1,36	6	1,36
Gesetz & Ordnung	5	1,33	6	1,22	3	1,40
Gesundheitsbewusstsein	6	1,21	9	1,07	10	1,10
Fleiß & Ehrgeiz	6	1,20	7	1,19	8	1,20
Sicherheitsstreben	8	1,10	5	1,24	5	1,37
Unabhängigkeit	9	1,08	8	1,17	7	1,26
Phantasie & Kreativität	10	1,04	10	1,00	11	0,94
Kontaktfreudigkeit	10	1,04	11	0,99	13	0,81
Soziale Hilfsbereitschaft	12	1,00	16	0,52	16	0,48
Gefühlsentscheidungen	13	0,95	13	0,84	12	0,88
Umweltbewusstsein	13	0,94	11	0,99	9	1,14
Voller Lebensgenuss	15	0,69	14	0,59	14	0,66
Hoher Lebensstandard	16	0,52	15	0,53	15	0,64
Toleranz	17	0,48	17	0,42	17	0,47
Stolz auf Geschichte	18	0,39	20	-0,30	20	-0,29
Durchsetzungsvermögen	19	0,33	18	0,34	18	0,34
Politisches Engagement	20	0,10	22	-0,69	22	-0,95
Am Alten festhalten	21	-0,33	19	-0,25	19	-0,15
Macht & Einfluss	22	-0,44	21	-0,68	21	-0,85
Gottesglaube	23	-0,75	24	-1,05	24	-1,23
Konform handeln	24	-0,84	23	-1,03	23	-1,11
Anzahl Befragte		990-1000		976-1005		165-171

6 Gensicke, T.: 2000. Deutschland im Übergang. Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Speyerer Forschungsberichte 2004).

7 Da sich die Anzahl der Befragten aus Sachsen-Anhalt im Wertesurvey auf 171 beschränkt, werden zusätzlich die Vergleichswerte der Befragten in Ostdeutschland ausgewiesen, um eine größere und damit fundiertere Befragtenzahl zu haben, auf der die Aussagen basieren.

Lediglich bei einigen wenigen Wertorientierungen im oberen Mittelfeld lassen sich Unterschiede feststellen. Erwähnenswert ist die Abweichung bei der Hilfsbereitschaft gegenüber sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen, die von den Bürgern Sachsen-Anhalts 2009 als bedeutsamer erachtet wird als von den Ostdeutschen insgesamt und den Sachsen-Anhaltern 1997. Ebenso spielt für die Bürger Sachsen-Anhalts 2009 ein gesundheitsbewusstes Leben eine größere Rolle als für die Ostdeutschen 1997. Auch dem Wert Freundschaft wird 2009 von den Befragten mehr Bedeutung beigemessen als 1997. Im Gegenzug hat das Sicherheitsbewusstsein für die Sachsen-Anhalter im Zwölf-Jahres-Vergleich an Bedeutung verloren.

Insbesondere bei den Werten, die als weniger wichtig erachtet werden, haben sich zwischen der Beurteilung der Ostdeutschen 1997 und der der Sachsen-Anhalter 2009 Veränderungen in Bezug auf die Wichtigkeit ergeben. Generell fällt auf, dass die Negativbewertungen 1997 deutlicher ausfielen als 2009. Während der Stolz auf die Geschichte 1997 als eher unwichtig wahrgenommen wurde, besteht unter den Bürgern Sachsen-Anhalts 2009 die Meinung, dass dieser Wert als eher wichtig einzustufen sei. Eine deutliche Aufwertung hat auch das politische Engagement erfahren. Zwar wird es nach wie vor im Durchschnitt nur für teils wichtig und teils unwichtig gehalten, 1997 überwog jedoch die Meinung, dass es eher unwichtig sei. Ebenso ist der Anteil derer, die Macht und Einfluss, Gottesglaube und Konformität für unwichtig halten, zwischen 1997 und 2009 leicht gesunken. Dabei wurde politisches Engagement, Macht und Einfluss sowie der Gottesglaube von den Sachsen-Anhaltern 1997 für deutlich weniger bedeutsam gehalten als von den Ostdeutschen allgemein.

### 3.3 Wertetypen und ihre Merkmale

In einem zweiten Schritt werden die 24 Werte, die von den Befragten in Sachsen-Anhalt beurteilt wurden, nach inhaltlichen Kriterien zusammengefasst. Im Ergebnis lassen sich 7 verschiedene Wertetypen unterscheiden (siehe Abb. 13):

1. Im Mittelpunkt des *Rücksichtsvollen* stehen ein gesundheits- und umweltbewusstes Leben, Gefühlsentscheidungen, die Unterstützung von sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen und gegebenenfalls der Glaube an Gott.
2. Der *Hedonist* zeichnet sich dadurch aus, dass er von anderen Menschen unabhängig sein, eigenverantwortlich leben und handeln sowie das Leben in vollen Zügen genießen möchte.
3. Für den *Idealisten* ist wichtig, sich politisch zu engagieren, Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu üben und die Möglichkeit zu haben, eigene Phantasie und Kreativität zu entwickeln.
4. Für den *Familientyp* steht eindeutig das private Umfeld an erster Stelle. Er schätzt ein gutes Familienleben, Partnerschaft und Freundschaft.

5. Charakteristisch für den *Ordnungstyp* ist, Gesetz und Ordnung zu respektieren, nach Sicherheit zu streben sowie fleißig und ehrgeizig zu sein.
6. Der *Traditionalist* verlässt sich auf Altbewährtes, ist stolz auf die deutsche Geschichte und orientiert sein Handeln an dem der Anderen.
7. Dem *Materialisten* sind Macht und Einfluss wichtig, er strebt einen hohen Lebensstandard an und setzt gerne seine Interessen durch.

**Abb. 13** Charakteristische Merkmale der Wertetypen (Nennungen: Abweichungen vom Durchschnitt)

<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 1: Der Rücksichtsvolle</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umweltbewusstsein</li> <li>• Gesundheitsbewusstsein</li> <li>• Gefühlsentscheidungen</li> <li>• Soziale Hilfsbereitschaft</li> <li>• Gottesglaube</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 2: Der Hedonist</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• voller Lebensgenuss</li> <li>• Unabhängigkeit</li> <li>• Eigenverantwortlichkeit</li> </ul>	
<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 3: Der Idealist</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Politisches Engagement</li> <li>• Toleranz</li> <li>• Phantasie &amp; Kreativität</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 4: Der Familientyp</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• gutes Familienleben</li> <li>• Partnerschaft</li> <li>• Freundschaft</li> <li>• Viele Kontakte</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 5: Der Ordnungstyp</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesetz &amp; Ordnung</li> <li>• Sicherheitsstreben</li> <li>• Fleiß &amp; Ehrgeiz</li> </ul>
<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 6: Der Traditionalist</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Am Alten festhalten</li> <li>• Nationalstolz</li> <li>• Konform handeln</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Werttyp 7: Der Materialist</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Macht &amp; Einfluss</li> <li>• hoher Lebensstandard</li> <li>• Durchsetzungsvermögen</li> </ul>	

Auf der Basis dieser 7 Wertetypen, wird nun dargestellt, welche Merkmale, z.B. soziodemographische Faktoren wie Alter oder Geschlecht, für die einzelnen Wertetypen kennzeichnend sind. Die folgende Abbildung gibt mittels Pfeilen Aufschluss darüber, welche Merkmalsausprägungen bei den Wertetypen jeweils unter- oder überdurchschnittlich ausgeprägt vorhanden sind. Bleibt eine Zelle in der Abbildung leer, so bedeutet dies, dass die jeweiligen Merkmalsausprägungen – z. B. bei Geschlecht männlich und weiblich – ungefähr der durchschnittlichen Verteilung auf alle 7 Wertetypen entsprechen (siehe Abb. 14).

Zu den zentralen Kennzeichen des *rücksichtsvollen* Wertetyps gehört unter anderem das Lebensalter. Diesen Wertetyp präferieren insbesondere Personen, die 60 Jahre und älter sind. Neben Rentnern halten auch Langzeitarbeitslose, Hausfrauen bzw. -männer<sup>8</sup> oder Personen, die verwitwet sind und allein oder zu zweit in einem Haushalt leben, eine Rücksicht nehmende Lebenshaltung für wichtig. Frauen neigen diesem Wertetyp häufiger zu als Männer. Tendenziell weisen „Rücksichtsvolle“ eher ein geringeres Bildungsniveau sowie ein niedri-

8 Da lediglich 41 Befragte zu der Kategorie der Langzeitarbeitslosen und 16 Befragte zu der Kategorie der Hausfrauen bzw. -männer zählen, kann diese Aussage nur unter Vorbehalt getroffen werden.

geres Einkommen auf. Im Hinblick auf Parteipräferenzen sind es vor allem die Grünen-Anhänger, die den rücksichtsvollen Wertetyp schätzen. FDP-Sympathisanten stehen diesen Werten eher ablehnend gegenüber.

*Hedonistische* Wertorientierungen finden in erster Linie unter jüngeren und ledigen Befragten Anklang. Hingegen halten die über 60-Jährigen und Geschiedenen diese Werte für weniger wichtig. Auch Hausfrauen bzw. -männer in Sachsen-Anhalt haben durchaus eine Präferenz für hedonistische Wertvorstellungen, Rentner jedoch weniger.

In Bezug auf Alter und Familienstand weisen der hedonistische und der *idealistische* Wertetyp gewisse Parallelen auf. So werden idealistische Wertorientierungen ebenfalls vor allem von 18 bis 34-Jährigen, Ledigen und Hausfrauen bzw. -männern als wichtig erachtet. Auch Auszubildende schätzen idealistische Wertevorstellungen. Zu den typischen Vertretern dieses Wertetyps gehören außerdem eher Männer, gut Gebildete und besser Verdienende. Unter den Berufstätigen, die sich diesem Typus zuordnen lassen, sind Beamte genauso wie Freiberufler, Selbständige und Unternehmer zu finden. Nach politischen Orientierungen geordnet, lässt sich feststellen, dass es vor allem die politisch Interessierten sowie FDP-Anhänger aber auch Anhänger der Linken sind, die idealistische Werte für wichtig halten. Auch die Ortsgröße scheint eine gewisse Rolle für diesen Wertetyp zu spielen. Es zeigt sich, dass insbesondere in kleinen Gemeinden mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern, aber auch in großen Gemeinden mit über 100.000 bis 500.000 Einwohnern idealistische Werte präferiert werden.

Für den *Familientyp* sind nur relativ wenige Merkmale charakteristisch. Zudem treten sie weniger deutlich zu Tage. Dies liegt daran, dass dieses Werteprofil für alle Befragte ein sehr hohes Gewicht hat. Zumindest lässt sich feststellen, dass es eher Frauen und Personen, die in Mehrpersonenhaushalten oder Haushalten mit Kindern leben, sind, die diesem Wertetypus zugeordnet werden können. Auch Angestellte und Beamte sowie Langzeitarbeitslose zählen dazu. Weniger Zuspruch finden familienbezogene Werte hingegen bei Freiberuflern, Selbständigen und Unternehmern.

Wenden wir uns nun dem *Ordnungstyp* und seinen typischen Merkmalen zu. Auf wenig Resonanz stoßen Werte dieses Typus bei 18 bis 24-Jährigen, Auszubildenden, Freiberuflern und Ledigen. Bevorzugt werden diese Werte andererseits von Frauen, Verwitweten und Geschiedenen, von Personen mit eher niedrigem Bildungs- und Einkommensniveau, von Selbständigen und Unternehmern ebenso wie von Hausfrauen bzw. -männern. Auf der Ebene der Parteianhängerschaft besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Ordnungstyp und einer Präferenz für CDU und SPD, weniger für die Grünen. Ordnungsliebhaber sind außerdem häufiger in mittelgroßen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 und 100.000 anzutreffen.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dem *Ordnungstyp* im Hinblick auf die Charakteristika Alter, Bildung, Einkommensverhältnisse und Familienstand weist der *Traditionalist* auf. Allerdings treten im sozialstrukturellen bzw. sozialkulturellen Bereich der Traditionalisten gewisse Abweichungen beim Berufsstand, der Erwerbstätigkeit und der Parteianhängerschaft hervor. Während Rentner die entsprechenden Wertvorstellungen für besonders wichtig halten, sind sie für Auszubildende und Hausfrauen bzw. -männer eher von untergeordneter Bedeu-

tung. Arbeiter haben eine gewisse Präferenz für traditionalistische Werte, während Freiberufler, Selbständige und Unternehmer diesen eher fern stehen. Eine vergleichbare Abstandshaltung trifft auch auf die Anhänger der Liberalen, der Linken und insbesondere der Grünen zu. Sympathien für diesen Wertetyp finden sich wiederum unter CDU- und SPD-Anhängern.

Der *Materialist* findet am wenigsten Befürworter unter 18- bis 24-Jährigen, Auszubildenden und Arbeitslosen sowie höher Gebildeten. Anklang finden materialistische Wertorientierungen hingegen bei über 60-Jährigen, aber auch teilweise bei 25- bis 34-Jährigen, bei Rentnern und Hausfrauen bzw. -männern sowie Personen mit einem niedrigeren Bildungsniveau.

Insgesamt zeigt sich, dass sich die charakteristischen Merkmale je nach Wertetyp durchaus unterscheiden. Größere Unterschiede zwischen den Wertetypen finden sich im Hinblick auf die soziodemographischen Merkmale Alter, Bildung, Beruf, Erwerbstätigkeit, Familienstand und Geschlecht. Eine geringe Rolle bei der Zuordnung zu den Wertetypen spielen hingegen das Haushaltseinkommen, die Haushaltsgröße, die Existenz von Kindern und die Dauer der Arbeitslosigkeit. Als Unterscheidungskriterium nahezu unbedeutend sind auch die beiden Umfeldmerkmale der Region und der Ortsgröße. Bei den zwei politischen Merkmalen, die zur Charakterisierung der Wertetypen herangezogen wurden, trug das Kriterium politisches Interesse nur im Falle eines einzigen Wertetyps maßgeblich zur Kennzeichnung bei. Anders hingegen die Parteisympathie: sie stellt durchaus ein typenbildendes Merkmal zur Formung der Wertetypen dar.

**Abb. 14 Charakteristische Merkmale der Wertetypen**

	D. Rücksichtsvolle	Der Hedonist	Der Idealist	Der Familientyp
Alter in Jahren	18-24	↓↓↓	18-24 ↑	18-24 ↑
	35-44	↓↓	25-34 ↑↑	25-34 ↑↑
	45-59	(↓)	35-44 (↑)	
	60 +	↑↑↑	60 + ↓	60 + ↓
Geschlecht	Frau ↑		Frau ↓	Frau (↑)
Bildung	Hauptschule ↑↑		Hauptschule ↓↓↓	
	Abitur, EOS ↓		Abitur, EOS ↑	
Beruf	Angestellte (↑)		Arbeiter ↓	Angestellte (↑)
	Beamte ↓↓		Beamte ↑↑	Beamte (↑)
	Freiberufler ↓↓		Freiberufler ↑	Freiberufler (↓)
	Selbständige ↓		Selbständige ↑↑	Selbständige (↓)
Tätigkeit	Voll-/Teilz. ↓	Voll-/Teilz. (↑)		
	Ausbildung ↓↓↓		Ausbildung ↑↑↑	
	Rentner ↑↑↑	Rentner ↓	Rentner ↓↓	
	Hausfr./m. ↑↑↑	Hausfr./m. ↑↑	Hausfr./m. ↑↑↑	
Arbeitslos	Langzeit ↑		Langzeit ↓	Langzeit ↑
HH-Einkommen in Euro	< 750 € ↑		< 750 € ↓	
	750 < 1500 ↑		1500 < 2000 ↓	
	2000 < 3000 (↓)		2000 < 3000 ↑	
	3000 < 4000 ↓↓			
	4000 + ↓		4000 + ↑	
Familienstand	Ledig ↓	Ledig ↑	Ledig ↑	
	Verwitwet ↑		Verwitwet ↓↓	
		Geschieden ↓		
Haushaltsgröße	1 u. 2 Pers. ↑			1 Pers. ↓
	3 Pers. ↓↓			3, 4-9 Pers. (↑)
Kinder		ja (↑)	ja ↑	ja (↑)
Partei-anhänger	CDU, SPD (↑)		Grüne (↑)	
	Grüne ↑↑		FDP ↑↑	
	FDP ↓↓		Linke ↑	
	keine Zug. ↓		keine Zug. ↓↓↓	
	keine Ang. ↓		weiß nicht ↓	
Pol. Int.			(sehr) stark ↑	
Region				
Gemeindegröße in Einwohnern			2-5 Tsd. ↑	
			20-50 Tsd. ↓	
			50-100 Tsd. (↑)	
			100-500 Tsd. ↑	

Anmerkungen: Hausfr./m. = Hausfrau/-mann, Pers. = Person(en), Zug. = Zugehörigkeit, keine Ang. = keine Angabe, Pol. Int. = Politisches Interesse, Tsd. = Tausend

↓↓↓/↓↓↓/↓ = Wertetyp für Gruppe der Merkmalsausprägung deutlich unwichtiger/unwichtiger/geringfügig unwichtiger als dem Durchschnitt

↑↑↑/↑↑↑/↑ = Wertetyp für Gruppe der Merkmalsausprägung deutlich wichtiger/wichtiger/geringfügig wichtiger als dem Durchschnitt

Angaben in Klammern = Abweichung vom Durchschnitt schwach ausgeprägt

**Fortsetzung Abb. 4: Charakteristische Merkmale der Wertetypen**

	<b>Der Ordnungstyp</b>	<b>Der Traditionalist</b>	<b>Der Materialist</b>
Alter in Jahren	18-24 ↓↓	18-24 ↓	18-24 ↓
		25-34 (↓)	25-34 (↑)
		35-44 ↓	
		45-59 ↓	
	60 + (↑)	60 + ↑↑	60 + (↑)
Geschlecht	Frau ↑		
Bildung	Hauptschule ↑	Hauptschule ↑↑	Hauptschule ↑↑
	Abitur, EOS ↓	Abitur, EOS ↓↓	Abitur, EOS ↓↓
Beruf	Arbeiter (↓)	Arbeiter ↑	
	Freiberufler ↓↓	Freiberufler ↓↓	
	Selbständige ↑↑	Selbständige ↓	
Tätigkeit	Arbeitslos (↓)	Voll-/Teilz. ↓	Arbeitslos (↓)
	Ausbildung ↓↓	Ausbildung ↓↓	Ausbildung ↓
	Rentner (↑)	Rentner ↑↑	Rentner ↑
	Hausfr./m. ↑	Hausfr./m. ↓	Hausfr./m. ↑
Arbeitslos			
HH-Einkommen in Euro		< 750 € ↑↑	
		750 < 1500 ↑	
		2000 < 3000 ↓	
		3000 < 4000 ↓	
		4000 + ↓	
Familienstand	Ledig ↓	Ledig ↓	
	Verwitwet ↑	Verwitwet ↑	
	Geschieden (↑)		
Haushaltsgröße			
Kinder			
Partei-anhänger	CDU ↑↑	CDU, SPD (↑)	
	SPD ↑	Grüne ↓↓	
	Grüne ↓↓	FDP ↓	
	keine Zug. (↓)	Linke ↓	
	weiß nicht ↓	weiß nicht ↓	
	keine Ang. ↓↓		
Pol. Int.			
Region			
Gemeindegröße in Einwohnern	1-2 Tsd. (↓)		
	5-20 Tsd. (↓)		
	20-50 Tsd. ↑		
	50-100 Tsd. (↑)		
	100-500 Tsd. (↓)		

Abkürzungen und Erläuterungen siehe S. 30

## 4 Sich Einlassen auf Politik (politische Involvierung)

Voraussetzung für eine Demokratie ist die persönliche Auseinandersetzung des Bürgers mit politischen Fragen. Fehlen dem Bürger notwendige Kenntnisse und Einstellungen, ist die Realisierung einer stabilen und funktionsfähigen Demokratie kaum möglich. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der politischen Involvierung beschrieben. Hierzu gehören Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale wie das politische Interesse, das politische Wissen und das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können.

Politisch involviert zu sein, erfüllt in einer Demokratie die wichtige Funktion, die Grundlage für eine politische Beteiligung der Bürger zu liefern. Dies trifft vor allem auf solche Partizipationsformen zu, die mehr politische Kenntnisse voraussetzen als die bloße Stimmabgabe bei Wahlen. Zudem kann ein hohes Maß an politischer Involvierung seitens der Bürger eine vorbeugende Wirkung haben, da es die Regierenden zwingt, ihre politischen Entscheidungen an den Interessen der Bürger auszurichten. Folglich trägt ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung zu einer verantwortlichen und bürgernahen Politik bei.<sup>9</sup>

Das folgende Kapitel behandelt drei Dimensionen der politischen Involvierung in Sachsen-Anhalt: das politische Interesse, das Wissen über Politik und das subjektive Gefühl politischer Kompetenz. Soweit möglich, erfolgt ein Vergleich der politischen Einstellungen zwischen 2007 und 2009.<sup>10</sup> Gerade mit Blick auf die wirtschaftlichen Probleme in Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland allgemein stellt sich die Frage, ob die Bürger darauf mit einem verstärkten Rückzug ins Private reagieren. Wäre dies der Fall, würde sich dies in einem entsprechenden Rückgang der Involvierung ausdrücken. Ebenso wäre ein Rückgang der Beteiligung der Sachsen-Anhalter an der Politik wahrscheinlich. Werden also Unterschiede im Zeitverlauf erkennbar, sollte dies eine Signalwirkung haben, um solcher politischer Ermüdung gegenzusteuern.

Drei Fragen stehen im Zentrum der folgenden Abschnitte:

1. Wie stark ist die politische Involvierung der Sachsen-Anhalter 2009?
2. Hat sich die Involvierung der Bürger in Sachsen-Anhalt in der Zeit von 2007 bis 2009 verändert?
3. Welche Gründe sind dafür ausschlaggebend, dass manche Bürger involvierter sind als andere?

---

9 Vgl. Vetter, A./Maier, J.: 2005. Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994-2002. In: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen. W./Rattinger, H. (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Baden-Baden: Nomos. 51-90.

10 Da sich zum einen die Zusammensetzung der Fragenbatterie 2009 im Vergleich zu 2007 und zum anderen die Formulierung einzelner Fragen verändert hat, ist ein direkter Vergleich nur bedingt möglich.

## 4.1 Politisches Interesse und politische Diskussionshäufigkeit

Zur Untersuchung des subjektiven Politikinteresses können im Sachsen-Anhalt-Monitor zwei Fragen herangezogen werden: zum einen die direkte Frage nach dem Grad des politischen Interesses der Befragten, und zum anderen die Frage nach der politischen Diskussionshäufigkeit der Befragten. Mit letzterer Frage wird das politische Interesse indirekt erfasst.

### 4.1.1 Politisches Interesse

Unter politischem Interesse versteht man den Grad der beim Bürger geweckten Neugier gegenüber Politik.<sup>11</sup> Inwiefern gelingt dies der Politik in Sachsen-Anhalt? Wie bereits 2007, geben auch 2009 6 von 10 Sachsen-Anhalter an, sich für Politik stark oder sehr stark zu interessieren. Ein Drittel der Befragten interessiert sich wenig und lediglich 7 % überhaupt nicht für Politik (siehe Abb. 15). Auf die Frage, weshalb die einen Bürger sich für Politik interessieren und die anderen nicht, lassen sich verschiedene Gründe anführen. Das Politikinteresse variiert nach soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Bildungsniveau, Einkommen und Geschlecht, aber auch nach Parteianhängerschaft (siehe Abb. 15).

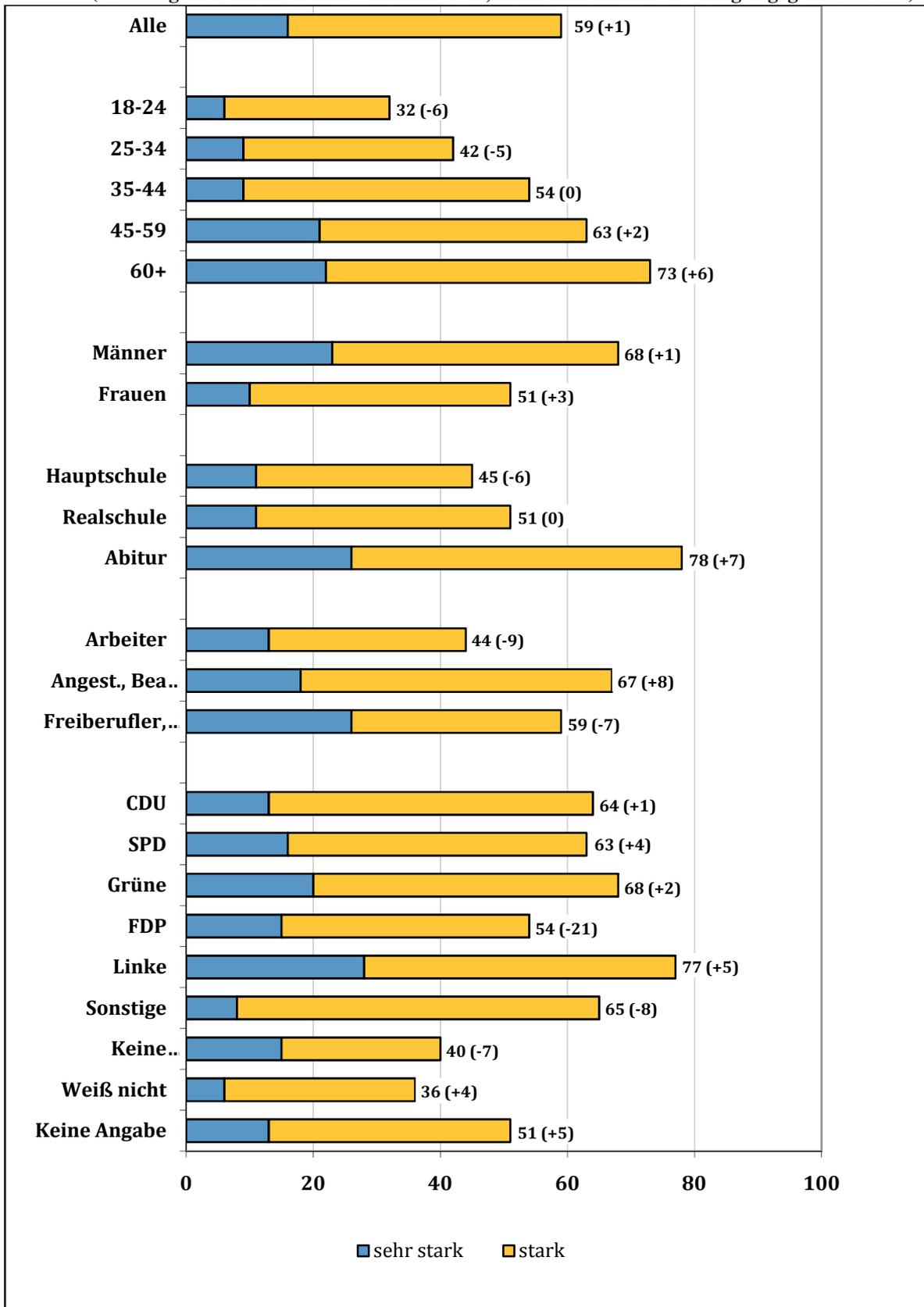
Was den Zusammenhang zwischen Politikinteresse und Alter betrifft, bestätigt sich erneut, dass das Interesse kontinuierlich mit zunehmendem Alter steigt. Während von den 18- bis 24-Jährigen Befragten lediglich ein Drittel politisches Interesse bekundet, sind es unter den über 60-Jährigen drei Viertel. Im Vergleich zu 2007 haben sich die Unterschiede zwischen den Altersgruppen leicht verstärkt. Junge Erwachsene (18 bis 34 Jahre) geben 2009 ein geringfügig niedrigeres (-6 %) und über 60-Jährige ein etwas höheres Politikinteresse (+6 %) an.

Auch der von 2007 bereits bekannte Geschlechterunterschied bestätigt sich. Bei den Frauen interessiert sich die Hälfte der Befragten für Politik, bei den Männern hingegen sind dies zwei Drittel. Ebenso steigt das politische Interesse sprunghaft bei Höhergebildeten und Besserverdienenden. Im Vergleich zu 2007 hat es unter Niedriggebildeten leicht abgenommen (-6), aber bei Personen mit Abitur oder Erweiterter Oberstufe (EOS) geringfügig zugenommen (+7). Ledige weisen ein unterdurchschnittlich stark ausgeprägtes Politikinteresse auf, Verheiratete sind hingegen überdurchschnittlich stark an Politik interessiert. Personen, die in Haushalten mit 3 und mehr Personen oder mit einem Kind leben, interessieren sich weniger stark für das politische Geschehen.

---

11 Vgl. van Deth, Jan W.: 1990. Interest in Politics. In: Jennings, Kent M./van Deth, Jan W. (eds.): Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin: de Gruyter. 275-312.

**Abb. 15 Politisches Interesse nach Alter, Geschlecht, Bildung, Tätigkeit und Parteianhängerschaft  
(Nennungen stark und sehr stark in Prozent, in Klammern Veränderungen gegenüber 2007)**



F. 9: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, wenig oder überhaupt nicht?

Auch im Hinblick auf den Berufsstatus und die Erwerbstätigkeit werden Unterschiede beim Politikinteresse erkennbar. Im Vergleich mit 2007 sind 2009 deutlichere Differenzen zwischen den Berufsgruppen feststellbar. So reicht das Spektrum des starken Politikinteresses von 44 % bei Arbeitern über 59 % bei Freiberuflern und Selbständigen bis zu 67 % bei Angestellten und Beamten. Damit ist der Anteil der politisch Interessierten unter Arbeitern um 9 Prozentpunkte zurückgegangen.

Die Verteilungen nach Art der Erwerbstätigkeit gleichen sich 2007 und 2009 weitgehend. Arbeitslose und Hausfrauen bzw. -männer interessieren sich eher weniger für Politik (2007: 40 bzw. 30 %, 2009: 45 bzw. 49 %), Rentner hingegen stärker (2007: 66 %, 2009: 70 %). Mittleres Interesse bekunden Teil- und Vollzeiterwerbstätige.<sup>12</sup> Die klaren Unterschiede zwischen weniger interessierten Kurzzeit- und stärker interessierten Langzeitarbeitslosen, die noch 2007 aufgetreten waren, lassen sich 2009 nicht mehr beobachten. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass insgesamt lediglich 87 (2007) bzw. 81 (2009) Personen angaben, arbeitslos zu sein.

Das politische Interesse differiert auch deutlich nach der Parteianhängerschaft. Besonders interessiert am politischen Geschehen zeigen sich 2009 wie 2007 Befragte mit einer Parteipräferenz für die Linken. Ein leicht überdurchschnittliches Politikinteresse äußern auch Grünen-Anhänger. Wenig Interesse an Politik bekunden hingegen Personen, die keiner Partei nahe stehen oder unschlüssig sind. Auffällig verändert hat sich das Politikinteresse der FDP-Anhänger. Während 2007 drei Viertel angaben, sich für Politik zu interessieren, sind es 2009 lediglich 54 % (siehe Abb. 15).

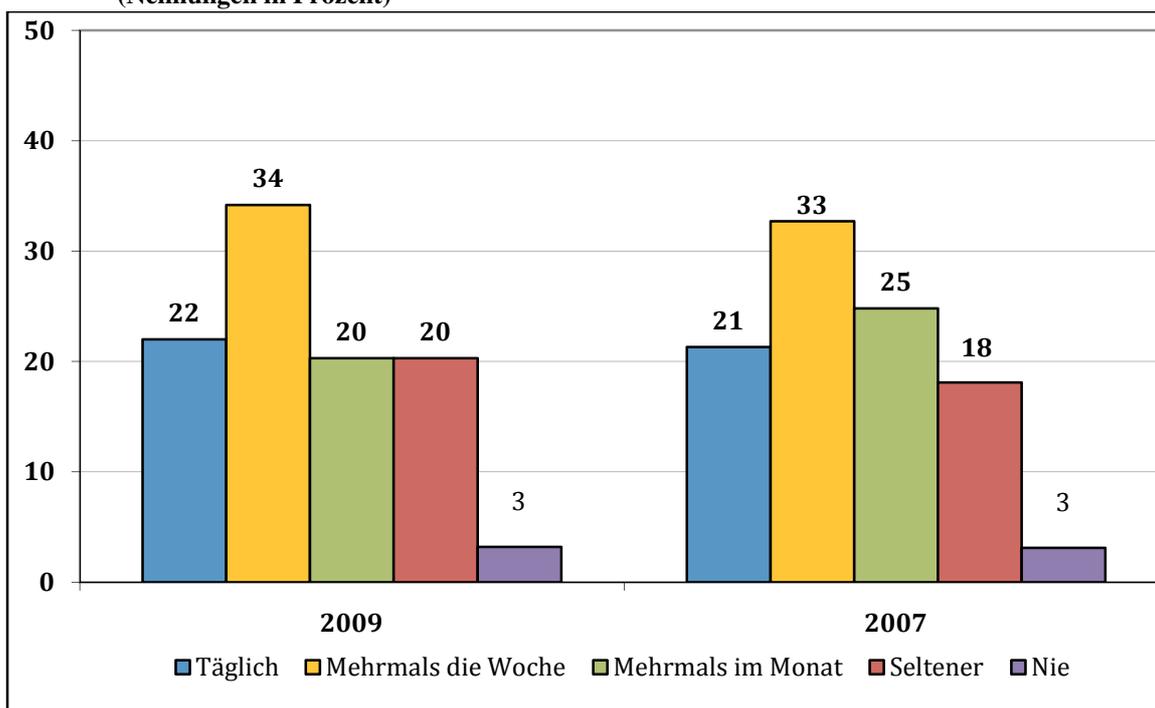
#### *4.1.2 Politische Diskussionshäufigkeit*

Die indirekte Ermittlung des politischen Interesses mittels der politischen Diskussionshäufigkeit führt zu einem ähnlichen Ergebnis wie die direkte Messung. Dies belegt auch der starke Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen. 56 % der Sachsen-Anhalter geben 2009 an, täglich oder mehrmals in der Woche innerhalb der Familie bzw. mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik zu sprechen. 2 von 5 Bürgern in Sachsen-Anhalt diskutieren mehrmals im Monat in ihrem persönlichen Umfeld über Politik, und knapp ein Viertel der Befragten gibt an, dies seltener oder nie zu tun. Eine Veränderung zu 2007 ist hierbei nicht festzustellen (siehe Abb. 16).

---

12 Auch wenn der Anteil der an Politik interessierten Hausfrauen bzw. -männern deutlich um 19 Prozentpunkte angestiegen ist, muss man hierbei jedoch berücksichtigen, dass auf weniger als zwanzig Befragte diese Tätigkeitsbeschreibung zutrifft und folglich nur unter Vorbehalt verallgemeinernde Aussagen getroffen werden können.

**Abb. 16 Politische Diskussionshäufigkeit 2009 im Vergleich zu 2007  
(Nennungen in Prozent)**



F. 10: Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?  
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch bei der Überprüfung von soziodemographischen Variablen ergeben sich ähnliche Zusammenhänge, die bereits beim politischen Interesse dargelegt wurden. Allerdings sind die Zusammenhänge bei der politischen Diskussionshäufigkeit generell weniger stark ausgeprägt als bei der direkten Frage nach dem politischen Interesse. Als besonders diskussionsfreudig erweisen sich Ältere, Männer, Bessergebildete und Besserverdienende, ferner Freiberufler und Selbständige, Voll- und Teilzeiterwerbstätige ebenso wie Rentner und Verheiratete.

**Tab. 2 Politische Diskussionshäufigkeit nach Parteianhängerschaft 2009 und 2007  
(Nennungen täglich und mehrmals in der Woche in Prozent)**

Politische Diskussionshäufigkeit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteianhängerschaft								
		CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Sonstige	Keine	Weiß nicht	Keine Angabe
2009	56	55	62	71	47	68	62	44	36	62
2007	54	57	51	54	81	61	87	55	27	47
2009 – 2007	2	-2	11	17	-34	7	-25	-11	9	15

F. 10: siehe Abb. 16  
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Gravierende Veränderungen gegenüber 2007 sind nicht zu erkennen – mit Ausnahme der Parteianhängerschaft. 2009 stellen sich besonders die Anhänger der Linken und Grünen als besonders diskutierfreudig dar, wohingegen die FDP-Anhänger und „Parteilosen“ offenbar weniger den politischen Austausch in ihrem Freundes- und Kollegenkreis suchen. Anders war das 2007, als sich die Anhänger der Liberalen als außerordentlich diskussionsfreudig bei

politischen Themen zeigten und die Grünen-Anhänger bei der Diskussionshäufigkeit eher durchschnittliche Werte erreichten.

## 4.2 Politisches Wissen

Als Wissensfrage kann im Sachsen-Anhalt-Monitor die Frage nach dem historischen Ereignis des 3. Oktober 1990 verwendet werden. Insgesamt können 8 von 10 Befragten diese Frage richtig beantworten.<sup>13</sup> Nur jeder Zehnte beantwortet die Frage falsch oder gibt an, es nicht zu wissen. 2007 hatte die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt einen nahezu identischen Kenntnisstand bei der Frage nach dem historischen Ereignis des 3. Oktober 1990.

Im Vergleich zu anderen (hier nicht abgefragten) politischen Wissensfragen, wie z. B. der Frage nach der Anzahl der Bundesländer oder der Bedeutung von Erst- und Zweitstimme bei Bundestagswahlen, auf die etwa 50 % der deutschen Bevölkerung eine richtige Antwort geben können, fällt der Anteil der zutreffenden Antworten unter den Sachsen-Anhaltern sehr hoch aus. Dies dürfte vor allem dem Frageformat geschuldet sein, das keine allzu hohen kognitiven Anforderungen an die Befragten stellt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Großteil der Befragten in Sachsen-Anhalt den 3. Oktober 1990 selbst erlebt haben dürfte<sup>14</sup> und sich noch gut an diesen Tag erinnern kann.

**Tab. 3 Historisches Ereignis am 3. Oktober 1990 nach Alter, Bildung und politischem Interesse (Nennungen in Prozent)**

Politisches Wissen	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss			Politikinteresse	
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur	(sehr) stark	wenig/überh. nicht
Richtig	79	82	61	72	87	85	79	62	78	89	85	70
Falsch	11	10	12	16	10	9	10	16	13	6	9	14
Weiß nicht	9	8	26	12	2	6	10	22	9	4	5	16

F. 25:..

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/rundungsbedingt

Überprüft man, welche Bevölkerungsgruppen über ein höheres oder geringeres politisches Wissen verfügen, so treten die Unterschiede im Vergleich zum politischen Interesse oder zur politischen Diskussionshäufigkeit weniger klar zu Tage. Ein deutlicher Zusammenhang besteht beim politischen Wissen mit den soziodemographischen Merkmalen Alter, Bildung und Einkommen (siehe Tab. 3). Am geringsten (was einem Anteil von etwa 60 % richtiger Antworten entspricht) ist politisches Wissen sowohl 2009 als auch 2007 unter 18- bis 24-Jährigen, Hauptschulabsolventen und Geringverdienern verbreitet. Den größten Wissensstand haben hingegen 35- bis 59-Jährige, Personen mit Abitur und Besserverdienende. Das politische Wissen nimmt allerdings nicht kontinuierlich mit dem Alter zu, vielmehr entwickelt sich der Anteil der korrekten Antworten bei den über 60-Jährigen rückläufig. An-

13 Als richtig wird bewertet, wenn der Befragte Begriffe wie „Deutsche Einheit“, „Wiedervereinigung“ oder „Einigung“ nennt.

14 Drei Viertel der Befragten geben an, bereits mehr als 25 Jahre in Sachsen-Anhalt zu leben.

ders als beim politischen Interesse, bestehen beim politischen Wissen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Ferner lässt sich feststellen, dass politisch interessierte Befragte über ein größeres Wissen verfügen als politisch Desinteressierte. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen dem politischen Wissen und dem Politikinteresse deutlich schwächer ausgeprägt als der zwischen der politischen Diskussionshäufigkeit und dem politischen Interesse (vgl. Kapitel 4.1.2). Das heißt, dass politisch interessierte Personen zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit häufig über Politik diskutieren, aber weniger wahrscheinlich über politisches Wissen verfügen.

### 4.3 Politische Kompetenz

Eine wichtige Rolle im Rahmen der politischen Involvierung spielt das subjektive Gefühl politischer Kompetenz. Damit ist gemeint, dass die Bürger von sich glauben, aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten am politischen Leben teilnehmen zu können, und sich in der Lage sehen, eigene Anliegen an die Politik heranzutragen. Inwieweit dies auf die Bürger in Sachsen-Anhalt zutrifft, lässt sich anhand von 3 Aussagen überprüfen, die wie folgt lauten:

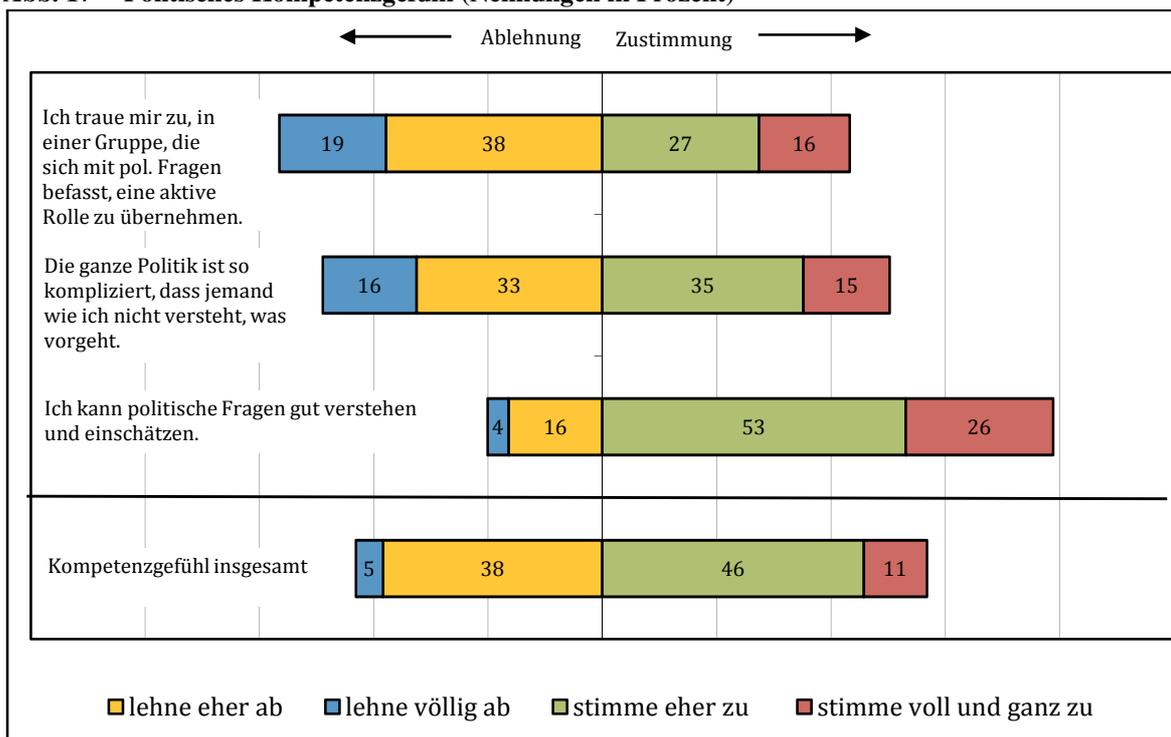
1. Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
2. Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.
3. Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.

Die folgende Abbildung zeigt, dass knapp 80 % der Bürger in Sachsen-Anhalt davon überzeugt sind, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können. Deutlich weniger Zustimmung bzw. merklich mehr Zuspruch finden die anderen beiden Aussagen. Jeder zweite Befragte hadert mit seiner Verständnisfähigkeit aufgrund der Komplexität der Politik. Eine aktive Rolle in einer Gruppe, die sich mit politischen Themen beschäftigt, trauen sich 43 % der Sachsen-Anhalter zu. Insgesamt kann man sagen, dass sich gut die Hälfte der Bürger in Sachsen-Anhalt (57 %) die Fähigkeit der politischen Einflussnahme zuschreibt<sup>15</sup> (siehe Abb. 17).

---

15 Im Vergleich zu 2007 hat das Kompetenzgefühl in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zwar um 11 Prozentpunkte abgenommen. Allerdings sollte man berücksichtigen, dass sich der Fragewortlaut eines Items geändert hat und zudem die Frage nach der aktiven Rolle in einer politischen Gruppe 2007 nicht gestellt wurde. Folglich ist nicht auszuschließen, dass das etwas geringere Kompetenzgefühl der Sachsen-Anhalter 2007 auf die Veränderungen bei der Fragebatterie zurückzuführen ist.

**Abb. 17 Politisches Kompetenzgefühl (Nennungen in Prozent)**



F.19b, d, f: ...

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Was unterscheidet die kompetenten von den weniger kompetenten Bürgern in Sachsen-Anhalt?<sup>16</sup> Ein sehr starker Zusammenhang ergibt sich zwischen dem politischen Kompetenzgefühl und dem politischen Interesse (siehe Tab. 4). Das bedeutet, dass politikinteressierte Personen sehr viel häufiger meinen, politisch Einfluss ausüben zu können, als Personen, die sich wenig oder überhaupt nicht mit Politik auseinandersetzen. Darüber hinaus lässt sich ein starker Zusammenhang mit dem Bildungs- und Einkommensniveau feststellen. Während sich lediglich ein Drittel der Personen mit Hauptschulabschluss politisch kompetent fühlt, sind es unter den Personen mit Realschul- bzw. POS-Abschluss ungefähr die Hälfte und unter Personen mit Abitur oder EOS-Abschluss etwa zwei Drittel. Ebenso steigt das politische Kompetenzgefühl mit zunehmendem Einkommen.

**Tab. 4 Subjektives politisches Kompetenzgefühl nach politischem Interesse, Bildung, Geschlecht und Familienstand (Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)**

Subjektives politisches Kompetenzgefühl	Sachsen-Anhalt (Ø)		Politikinteresse		Schulabschluss			Geschlecht		Familienstand			
	2009	2007	(sehr stark)	wenig/überh. nicht	Haupt-schule	Real-schule	Abitur	m.	w.	Ledig	Verh.	Verw.	Gesch.
Zustimmung	57	45	74	32	33	54	72	68	46	60	60	32	58
Ablehnung	43	55	26	68	67	46	28	32	54	40	40	68	42

F.19b, d, f: siehe Abb. 17

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

16 Die berichteten Zusammenhänge gelten, sofern im Text nicht gesondert darauf hingewiesen wird, für 2007 und 2009 gleichermaßen.

Anders als 2007 zeigen sich 2009 je nach Berufsgruppen Unterschiede hinsichtlich des Kompetenzgefühls (siehe Tab. 5). So sieht sich knapp die Hälfte der Arbeiter politisch kompetent. Hingegen schreiben sich 62 % der Angestellten und Beamten und 78 % der Freiberufler und Selbständigen politische Kompetenz zu. Differenziert nach Tätigkeit ergibt sich, dass besonders Erwerbstätige und Auszubildende sich befähigt sehen, ihre Anliegen in den politischen Prozess einzubringen. Rentner, Arbeitslose und Hausfrauen bzw. -männer schätzen ihre Fähigkeit weniger hoch ein.

**Tab. 5 Subjektives politisches Kompetenzgefühl nach Beruf und Tätigkeit**  
(Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)

Subjektives politisches Kompetenzgefühl	Sachsen-Anhalt (Ø)		Beruf			Tätigkeit				
	2009	2007	Arbeiter	Angestellte, Beamte	Freie Berufe, Selbst.	Erwerbstätige	Arbeitslose	Auszubildende	Rentner	Hausfr., Sonstige
Zustimmung	57	45	45	62	78	63	53	63	48	52
Ablehnung	43	55	55	38	22	37	48	38	52	48

F.19b, d, f: siehe Abb. 17

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Hinsichtlich der Parteipräferenzen der Befragten ergibt sich ein unterschiedliches Bild für 2007 und 2009. Beide Befragungen zeigen, dass die Anhänger der Linken sich etwas mehr politische Kompetenz zutrauen als der Durchschnitt (siehe Tab. 6). Weniger kompetent fühlen sich besonders Personen, die nicht so genau wissen, ob sie eine Parteipräferenz haben oder nicht, aber auch Personen ohne Parteipräferenz. Unterschiedlich fällt die Kompetenzausstattung 2007 und 2009 für die Anhänger der Grünen und der Liberalen aus. Während sich die Grünen-Anhänger 2009 ausgesprochen kompetent in Sachen Politik fühlen, entsprach ihre Kompetenzeinschätzung 2007 noch dem Durchschnitt. Genau umgekehrt verhält es sich bei FDP-Anhängern. Da vergleichbare Veränderungen zwischen 2007 und 2009 bereits bei den vorher angeführten Involvierungsfragen auftreten, lässt dies die Vermutung zu, dass die Anhängerschaft von Grünen und FDP in Sachsen-Anhalt recht volatil ist.

**Tab. 6 Subjektives politisches Kompetenzgefühl nach Parteianhängerschaft 2009 und 2007**  
(Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu in Prozent)

Subjektives politisches Kompetenzgefühl	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteianhängerschaft								
		CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Sonstige	Keine	Weiß nicht	Keine Angabe
2009	57	53	57	77	54	68	68	52	40	62
2007	46	48	48	49	64	53	40	40	27	40
2009 – 2007	+11	+8	+9	+28	-10	+15	+28	+12	+13	+22

F.19b, d, f: siehe Abb. 17

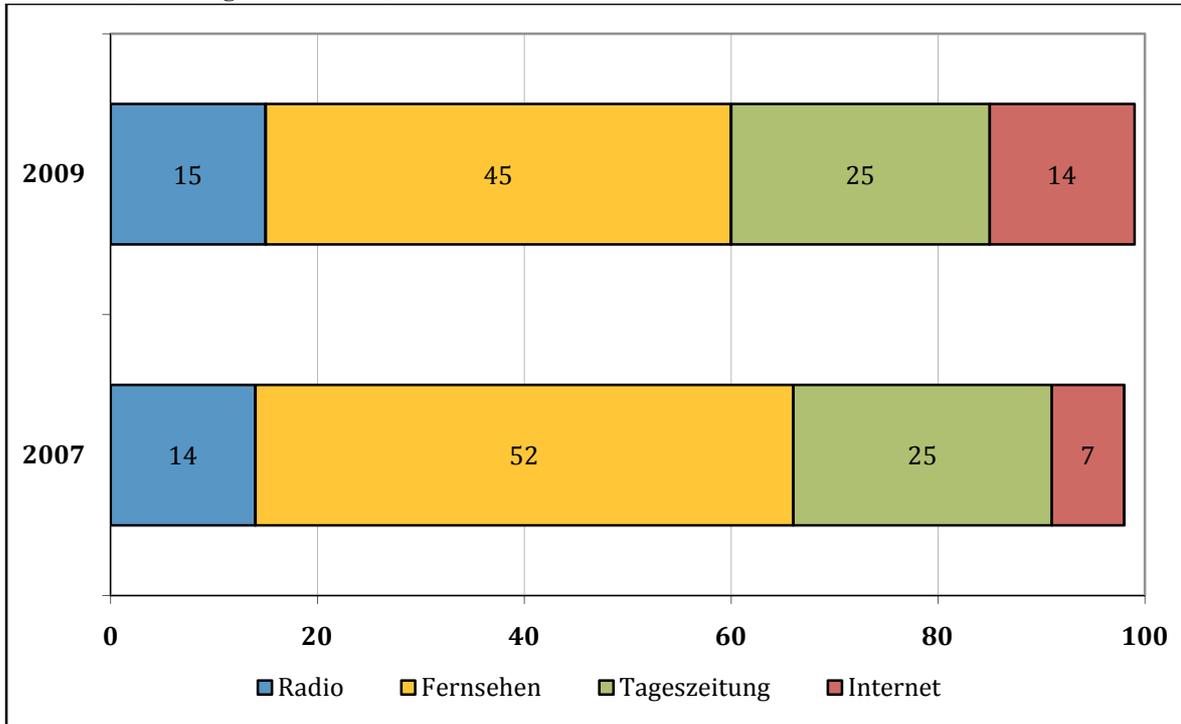
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

#### 4.4 Exkurs: Hauptinformationsquelle politischen Geschehens

Als Hauptinformationsquelle für das politische Geschehen dient 45 % der Sachsen-Anhalter das Fernsehen. Damit belegt dieses Medium zwar nach wie vor unangefochten den ersten

Platz, muss aber im Vergleich zu 2007 leichte Einbußen (-7) hinnehmen. Ein Viertel der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt liest die Tageszeitung, um sich über Politik zu informieren. Das Radio rangiert auf Platz 3 (15 %), dicht gefolgt vom Internet (14 %). Damit hat sich die Nutzung des Internets als Hauptinformationsquelle über das politische Geschehen innerhalb von 2 Jahren verdoppelt (siehe Abb. 18).

**Abb. 18 Hauptinformationsquelle für politisches Geschehen, 2009 und 2007 (Nennungen in Prozent)**



F.11: Was ist Ihre Hauptinformationsquelle, wenn Sie sich über das politische Geschehen informieren möchten: Radio, Fernsehen, Tageszeitung oder Internet?  
 Fehlende Werte zu 100 %: sonstige Medien, informiere mich nicht über Politik; weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Einzelne Bevölkerungsgruppen verfügen über ein unterschiedliches Informationsverhalten. Besonders stark ist der Generationeneffekt ausgeprägt, was insbesondere beim Internet zum Ausdruck kommt (siehe Tab. 7). Während von den 18- bis 34-Jährigen ein gutes Drittel das Internet als Informationsquelle heranzieht, ist es unter den 35- bis 59-Jährigen nur jeder Zehnte, bei den über 60-Jährigen sind es gerade einmal 3 %. Damit stellt das Internet für die Jüngeren die Hauptinformationsquelle dar, gefolgt von Fernsehen, Tageszeitung und Radio, wobei das Radio als politische Informationsquelle unter den 18- bis 24-Jährigen weniger beliebt ist. Aber auch bei über 60-Jährigen sind Hörer politischer Sendungen nicht sonderlich zahlreich. Die mittlere Alterskategorie der 35- bis 44-Jährigen nutzt das Radio dagegen überdurchschnittlich häufig. Das Fernsehen wird mit zunehmendem Alter stärker als Informationsquelle herangezogen. Die Tageszeitung wird von allen Altersgruppen mehr oder weniger gleichermaßen genutzt.

**Tab. 7 Hauptinformationsquellen für politisches Geschehen nach Alter, Tätigkeit und Bildung  
(Nennungen in Prozent)**

Haupt- informati- ons- quelle	Sachsen- Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Tätigkeit					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Er- werb	Arb.- los	Aus- bild.	Rent- ner	Haus- fr.	Haupt- schule	Real- schule	Abi- tur
Fernsehen	45	29	32	38	48	55	39	49	28	58	40	55	49	37
Tageszeitung	25	24	17	21	25	29	26	13	24	27	11	22	23	27
Radio	15	8	15	27	14	12	19	9	10	11	16	13	14	17
Internet	14	39	35	12	11	3	15	25	36	3	33	8	13	18

F.11: siehe Abb. 18

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Tätigkeit, der eine Person nachgeht, bestätigt teilweise die bei der Variable Alter auftretende Befunde (siehe Tab. 7). Erwerbstätige entsprechen in ihrem Informationsverhalten weitgehend dem Durchschnitt. Charakteristisch für Arbeitslose und Hausfrauen bzw. -männer ist, dass sie politische Informationen vor allem aus dem Internet beziehen und die Tageszeitung eine untergeordnete Rolle spielt. Unterscheidet man zwischen Kurz- und Langzeitarbeitslosen, so zeigt sich, dass insbesondere die Kurzzeitarbeitslosen überdurchschnittlich oft das Internet zur politischen Meinungsbildung nutzen und die Langzeitarbeitslosen in erster Linie das Fernsehen. Auszubildende entsprechen in ihrem Informationsverhalten weitgehend dem der 18- bis 24-Jährigen, ebenso wie sich das Nutzungsverhalten der Rentner mit dem der über 60-Jährigen deckt.

Unterschiede bei der politischen Mediennutzung, die dem Bildungsniveau geschuldet sind, beziehen sich vor allem auf das Fernsehen und teilweise das Internet (siehe Tab. 7). Während lediglich 37 % der Personen mit Abitur das Fernsehen als politische Hauptinformationsquelle nennt, sind es unter Personen mit Real- oder Hauptschulabschluss 49 bzw. 55 %. Bei der Nutzung des Internets verhält es sich umgekehrt. So nutzen Höhergebildete etwas häufiger dieses Informationsmedium. Insgesamt haben sich die Zusammenhänge zwischen dem Mediennutzungsverhalten und einigen soziodemographischen Merkmalen, die sich 2007 ergaben, 2009 bestätigt.

## 5 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems und der persönlichen Bedeutung politischer Entscheidungen

### 5.1 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

Eine weitere Bedingung, um politisch Einfluss ausüben zu können, ist neben dem subjektiven Kompetenzgefühl das Vertrauen in Responsivität. Das heißt, dass die Bürger davon überzeugt sind, dass das politische System für ihre Anliegen aufgeschlossen ist und auf sie reagiert. Dies setzt voraus, dass die Repräsentanten der Politik, vor allem die Parlamentsabgeordneten, für die Wünsche, Erwartungen und Interessen der Wähler aufgeschlossen sind, diese zur Kenntnis nehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.<sup>17</sup>

Im Folgenden wird dargelegt, wie die Bürger in Sachsen-Anhalt die Responsivität von Politikern und Parteien beurteilen. Hierfür werden 3 Aussagen herangezogen:

1. Politiker kümmert, was einfache Leute denken.
2. Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
3. Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

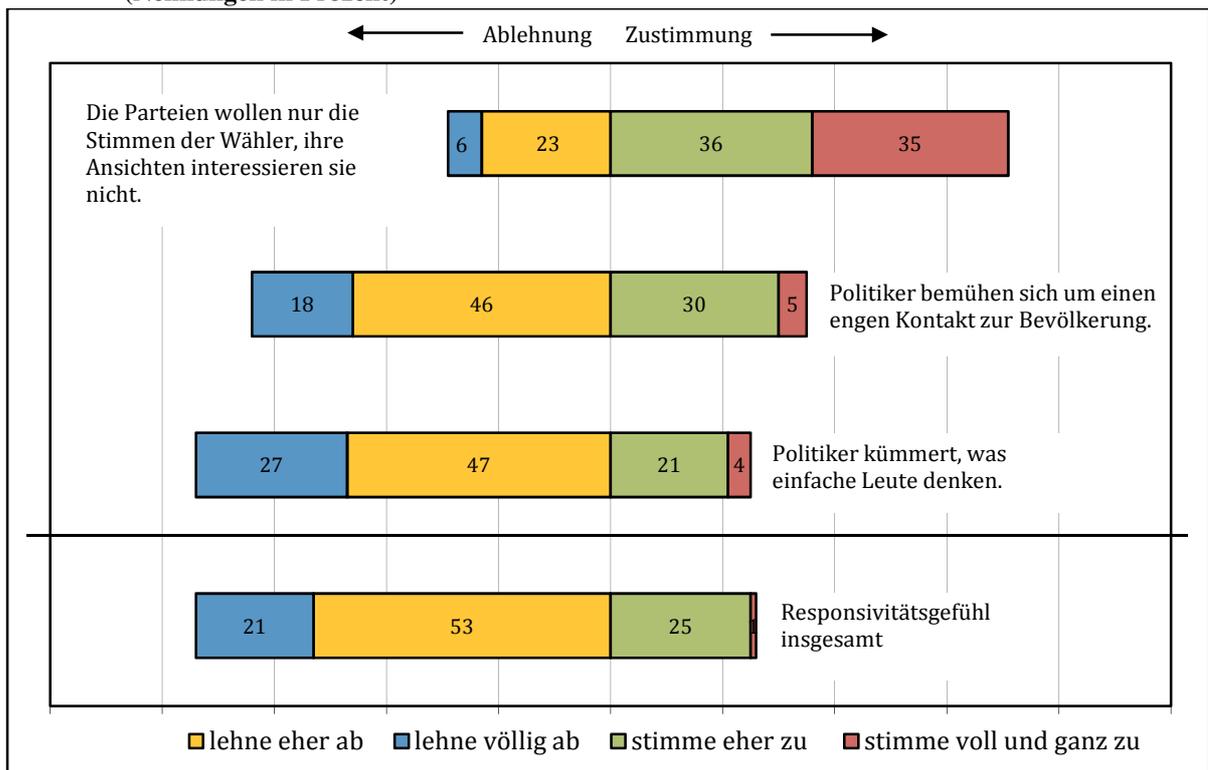
Alles in allem zeigt sich, dass die Sachsen-Anhalter die Offenheit des politischen Systems ziemlich skeptisch einschätzen (siehe Abb. 19). Lediglich ein Viertel der Bevölkerung Sachsen-Anhalts hat den Eindruck, dass Politiker und Parteien für ihre Anliegen aufgeschlossen sind und diese bei politischen Entscheidungen berücksichtigen. Betrachtet man die obigen 3 Aussagen im Detail, so ergibt sich folgendes Meinungsbild: Drei Viertel der Befragten argwöhnen, dass Politiker sich nicht darum kümmern, was die einfachen Leute denken. Der negativ formulierten Aussage, dass die Parteien nur an Wählerstimmen und nicht an den Wünschen und Erwartungen der Bürger interessiert sind, stimmen 7 von 10 Sachsen-Anhaltern zu. Und knapp zwei Drittel bezweifeln, dass sich die Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen.

Insgesamt überwiegt unter den Bürgern in Sachsen-Anhalt eindeutig das Gefühl, für die eigenen Anliegen bei der politischen Führung kaum Gehör zu finden. Unter Berücksichtigung der zum Teil veränderten Frageformulierungen lässt sich in diesem Punkt im Vergleich zu 2007 so gut wie keine Veränderung feststellen.

---

17 Herzog, D.: 1998. Responsivität. In: Jarren, O./Sarcinelli, U./Saxer, U. (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 298.

**Abb. 19 Politisches Responsivitätsgefühl  
(Nennungen in Prozent)**



F.19a, c, e:...

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Analyse der Personengruppen, die ihre Anliegen durch die Politiker und Parteien schlecht repräsentiert sehen, liefert nähere Hinweise darauf, welche Merkmale für die „Unzufriedenen“ typisch sind. Die deutlichsten Unterschiede findet man 2009 wie bereits auch 2007 nach der Parteianhängerschaft (siehe Tab. 8).

**Tab. 8 Politisches Responsivitätsgefühl nach Parteianhängerschaft  
(Nennungen lehne vollig ab und lehne eher ab in Prozent)**

Politisches Responsivitätsgefühl	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteianhängerschaft								
		CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Sonstige	Keine	Weiß nicht	Keine Angabe
Lehne vollig ab	21	14	9	15	22	29	8	42	21	15
Lehne eher ab	53	53	50	54	59	53	63	47	61	49
Lehne vollig ab + lehne eher ab	74	67	59	69	81	82	71	89	82	64

F.19a, c, e: siehe Abb. 19

Am geringsten ist das Responsivitätsgefühl bei Parteianhängern der Linken und der Liberalen ausgeprägt. Ebenso sind insbesondere Parteilose, aber auch Weiß nicht-Antwortende überzeugt, dass die Repräsentanten des politischen Systems nicht auf die Anliegen der Bevölkerung eingehen. Weniger kritisch sind SPD-Anhänger eingestellt. Zwar fühlen sich auch von ihnen 59 % nicht angemessen vom politischen System vertreten. Im Vergleich mit den anderen Teilgruppen sind dies allerdings bis zu 30 Prozentpunkte weniger. Auch Anhänger von CDU und Grünen trauen den Repräsentanten des politischen Systems mehr Volksnähe zu als der Durchschnitt. Im Vergleich zu 2009 entsprach das Responsivitätsgefühl der Grü-

nen- und FDP-Anhänger 2007 der allgemeinen Beurteilung der Sachsen-Anhalter, ohne größere Abweichungen nach oben oder nach unten.

Neben der Parteianhängerschaft lassen sich noch weitere Charakteristika der „Unzufriedenen“ feststellen (siehe Tab. 9). Beim Alter besteht kein linearer Zusammenhang mit dem Responsivitätsgefühl. Geringfügig kritischer als der Durchschnitt schätzen 18- bis 24-Jährige und 35- bis 59-Jährige die Offenheit des politischen Systems ein. Hingegen fällt das Urteil der 25- bis 34-Jährigen und der über 60-Jährigen um etwa 10 Prozentpunkte besser aus. Hauptschulabsolventen und Abiturienten halten Politiker und Parteien für responsiver als Personen mit Realschulabschluss. 2007 vertraten Hauptschulabgänger allerdings die gleiche kritische Meinung wie Realschulabsolventen. Skeptischer als der Durchschnitt schätzen auch Arbeitslose – besonders Langzeitarbeitslose – die Aufgeschlossenheit von Politikern gegenüber den Erwartungen der Bürger ein. Desgleichen besteht ein gewisser Zusammenhang mit der Gemeindegröße. Tendenziell fühlen sich Personen in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern eher vom politischen System repräsentiert als Befragte, die in Gemeinden mit weniger Einwohnern leben.

**Tab. 9 Politisches Responsivitätsgefühl nach Alter, Schulabschluss und Dauer der Arbeitslosigkeit (Nennungen in Prozent)**

Politisches Responsivitätsgefühl	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss			Arbeitslosigkeit	
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur	Kurzzeit	Langzeit
Lehne völlig ab	21	16	19	25	27	15	21	24	16	40	22
Lehne eher ab	53	62	50	53	52	52	46	57	52	40	64
Lehne völlig ab + lehne eher ab	74	78	69	78	79	67	67	81	68	80	86

F.19a, c, e: siehe Abb. 19

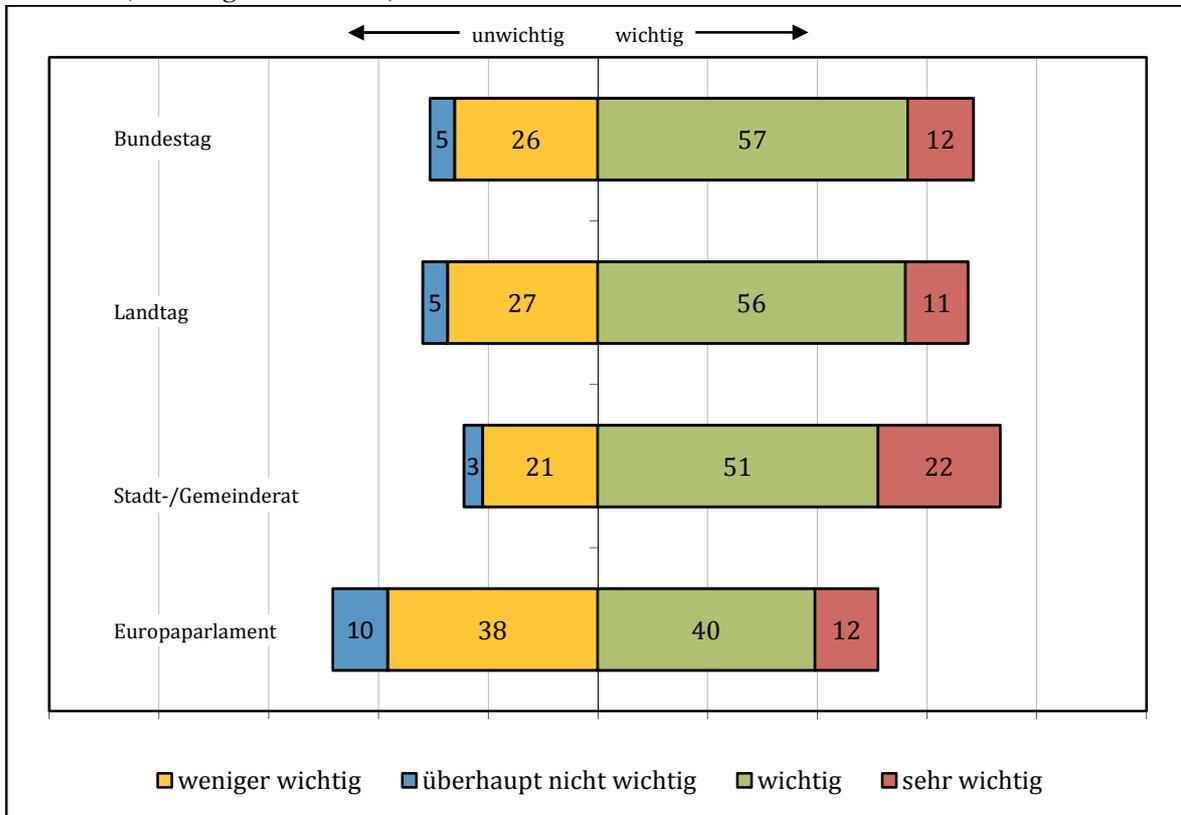
## 5.2 Beurteilung der persönlichen Bedeutung politischer Entscheidungen

Die politische Beteiligung wird neben dem subjektiven politischen Kompetenz- und Responsivitätsgefühl auch dadurch geprägt, für wie wichtig die Bürger die Entscheidungen, die in Parlamenten auf verschiedenen Systemebenen getroffen werden, für sich persönlich halten. Wie Abbildung 20 zeigt, nehmen die Bürger Sachsen-Anhalts die Bedeutung von Parlamentsentscheidungen je nach politischer Systemebene unterschiedlich wahr. Am wenigsten wichtig erscheinen den Befragten die Entscheidungen, die das Europaparlament fällt. Lediglich jeder zweite Bürger in Sachsen-Anhalt hält sie für wichtig oder sehr wichtig. Hingegen geben etwa zwei Drittel der Befragten an, dass für sie die Entscheidungen von Landtag und Bundestag wichtig seien.

Die größte Bedeutung sprechen die Bürger des Landes allerdings dem Stadtrat bzw. Gemeinderat zu. Knapp drei Viertel der Bürger in Sachsen-Anhalt sind davon überzeugt, dass dessen Entscheidungen für sie persönlich wichtig sind. Die hohe Wertschätzung des Gemeinderats kommt besonders gut zum Ausdruck, wenn man auf die Antwortkategorie sehr wichtig sieht: Diese fällt fast doppelt so hoch aus wie bei Bundestag, Landtag und Eu-

ropaparlament. Auch 2007 schnitt der Stadt- bzw. Gemeinderat in der Wahrnehmung der Sachsen-Anhalter bereits besser ab als der Landtag.

**Abb. 20 Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen in Sachsen-Anhalt (Nennungen in Prozent)**



F.23: Wie wichtig sind für Sie persönlich die Entscheidungen, die im a) Bundestag, b) Landtag, c) Gemeinderat/Stadtrat, d) Europaparlament getroffen werden?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Dieses Ergebnis überrascht insofern, als es sich von dem allgemeinen Urteil der deutschen Bevölkerung unterscheidet, das sich seit 1979 feststellen lässt (siehe Tab. 10). Demzufolge halten die Deutschen die Entscheidungen des Bundestags für sich persönlich für am wichtigsten, gefolgt von den Entscheidungen des Landtags und des Stadt- bzw. Gemeinderats. Das Schlusslicht bildet das Europaparlament, dessen Entscheidungen knapp 60 % für wichtig erachten.

**Tab. 10 Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen in Deutschland, 1979-2009 (Nennungen wichtig und sehr wichtig in Prozent)**

	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	Ø
Bundestag	92	94	88	83	82	87	85	87
Landtag	81	84	77	71	67	78	75	76
Stadt-/Gemeinderat	82	83	72	69	65	73	70	73
Europaparlament	63	58	62	52	63	57	56	59

Quelle: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen.

Vergleicht man damit die Rangfolge der Sachsen-Anhalter, so ist festzustellen, dass deren Urteil über den Gemeinderat *nicht deutlich besser* ausfällt, sondern dass vielmehr die Entscheidungen der Parlamente auf Landes-, Bundes- und Europaebene von den Bürgern Sachsen-Anhalts als *weniger wichtig* wahrgenommen werden. Erste Hinweise darauf, wie die unterschiedlichen Einschätzungen der Bürger Deutschlands und Sachsen-Anhalts zustande kommen, liefern nähere Untersuchungen der Frage, wer welche Parlamentsentscheidung für sich persönlich für wichtig oder weniger wichtig erachtet.

Ein Vergleich der Monitor-Umfrageergebnisse von 2009 und 2007 zeigt, dass sich die Erklärungsfaktoren für die persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen auf verschiedenen Systemebenen schwer verallgemeinern lassen, da sie sich zum einen je nach politischer Systemebene und zum anderen im Zeitvergleich zwischen 2009 und 2007 unterscheiden. Ein klarer Zusammenhang über die Politikebenen hinweg – mit Ausnahme des Europaparlaments – ist für die politische Involvierung anzunehmen. Befragte, die Entscheidungen des Bundestags, des Landtags und des Stadtrats bzw. Gemeinderats für sich persönlich für bedeutsam halten, sind zugleich politisch eher interessiert (siehe Tab. 11), diskutieren häufiger über Politik und fühlen sich eher politisch kompetent.

**Tab. 11 Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen in Sachsen-Anhalt nach politischem Interesse (Nennungen wichtig und sehr wichtig in Prozent)**

Persönliche Bedeutung von Parlamentsentscheidungen	Bundestag		Landtag		Stadt-/Gemeinderat		Europaparlament	
	2009	2007	2009	2007	2009	2007	2009	2007
Alle	68	68	67	64	73	69	51	n.e.
Stark politisch Interessiert	78	77	73	70	77	73	51	n.e.
Schwach politisch Interessierte	55	56	59	56	69	65	52	n.e.

F.23: Wie wichtig sind für Sie persönlich die Entscheidungen, die im a) Bundestag, b) Landtag, c) Gemeinderat/Stadtrat, d) Europaparlament getroffen werden?

Abkürzung: n.e. = nicht erhoben.

Generell treten in den einzelnen Gruppierungen (z. B. politisch Interessierte vs. politisch Desinteressierte) die Unterschiede beim Bundestag am deutlichsten zu Tage, beim Landtag und Stadt- und Gemeinderat schon weniger stark und beim Europaparlament gar nicht. Das verweist wiederum darauf, dass die Beurteilung der Sachsen-Anhalter bezüglich der Bundestagsentscheidungen am besten, hinsichtlich der anderen Parlamentsentscheidungen (Landtag, Stadt-/Gemeinderat) hingegen weniger gut und im Falle des Europaparlaments aus den verfügbaren Daten heraus gar nicht erklärbar ist. Über die politische Involvierung hinaus lassen sich so gut wie keine erklärenden Aussagen treffen, die entweder für die verschiedenen Systemebenen gleichermaßen oder sowohl für 2009 als auch 2007 gelten. Folglich kann die Frage, warum die Sachsen-Anhalter die Parlamentsentscheidungen des Stadtrats bzw. Gemeinderats im Vergleich zu denen des Bundestags und des Landtags sowie des Europaparlaments für sich persönlich als besonders bedeutsam einzustufen, vorläufig nicht erschöpfend beantwortet werden. Hierfür bedarf es weiterer Untersuchungen.

## 6 Politische Partizipation

Politische Partizipation gilt als das Herzstück eines demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates, da ohne die freiwillige Beteiligung der Bürger am politischen Prozess Demokratie undenkbar wäre. Politische Partizipation verschafft den Bürgern die Möglichkeit, das Handeln der Regierung zu beeinflussen, und mitzuentcheiden, wer ein politisches Amt bekleiden soll.<sup>18</sup> Folglich versteht man unter politischer Partizipation „alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen und/oder selbst zu treffen“.<sup>19</sup> Dabei haben die Bürger in einer repräsentativen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Möglichkeiten, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Im Folgenden wird näher ausgeführt, in welcher Art und Weise die Bürger in Sachsen-Anhalt am politischen System partizipieren.

### 6.1 Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung spielt eine besondere Rolle im Partizipationssystem eines Landes. Dies erklärt sich zum einen mit der Bedeutung des demokratischen Wahlrechts im politischen Prozess und zum anderen mit den wechselnden Anteilen der Wähler, die bei Wahlen ihr Stimmrecht ausüben. Laut den Umfrageergebnissen des Monitors 2009 läge die Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gegenwärtig bei 72 %. 12 % würden sich ihrer Stimme enthalten, und ebenfalls 12 % wären unschlüssig, ob sie zur Wahl gehen würden oder nicht. Im Vergleich zu 2007 wäre damit der Wähleranteil um 4 Prozentpunkte gestiegen und der Nichtwähleranteil um 6 Prozentpunkte zurückgegangen. Unverändert bliebe der Anteil der Unentschlossenen (12 %).<sup>20</sup> Zu berücksichtigen ist freilich, dass der Wähleranteil in Umfragen generell höher ausfällt als die tatsächliche Wahlbeteiligung. Dass die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt bei 44,4 % lag, bestätigt diesen Erfahrungswert eindrucklich.

Dennoch erlauben Umfragen Rückschlüsse darauf, welche Charakteristika eher dem Wählertyp und welche eher dem Nichtwählertyp zugeordnet werden können (siehe Abb. 21). Ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Stimmabgabe bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist das politische Interesse. Es zeigt sich, dass mit zunehmendem Politikinteresse die Wahlbeteiligungsbereitschaft kontinuierlich steigt. Bei den soziodemographischen Merkmalen üben das Alter, das Geschlecht und das Bildungsniveau einen Einfluss auf die Stimmabgabe bei Wahlen aus.

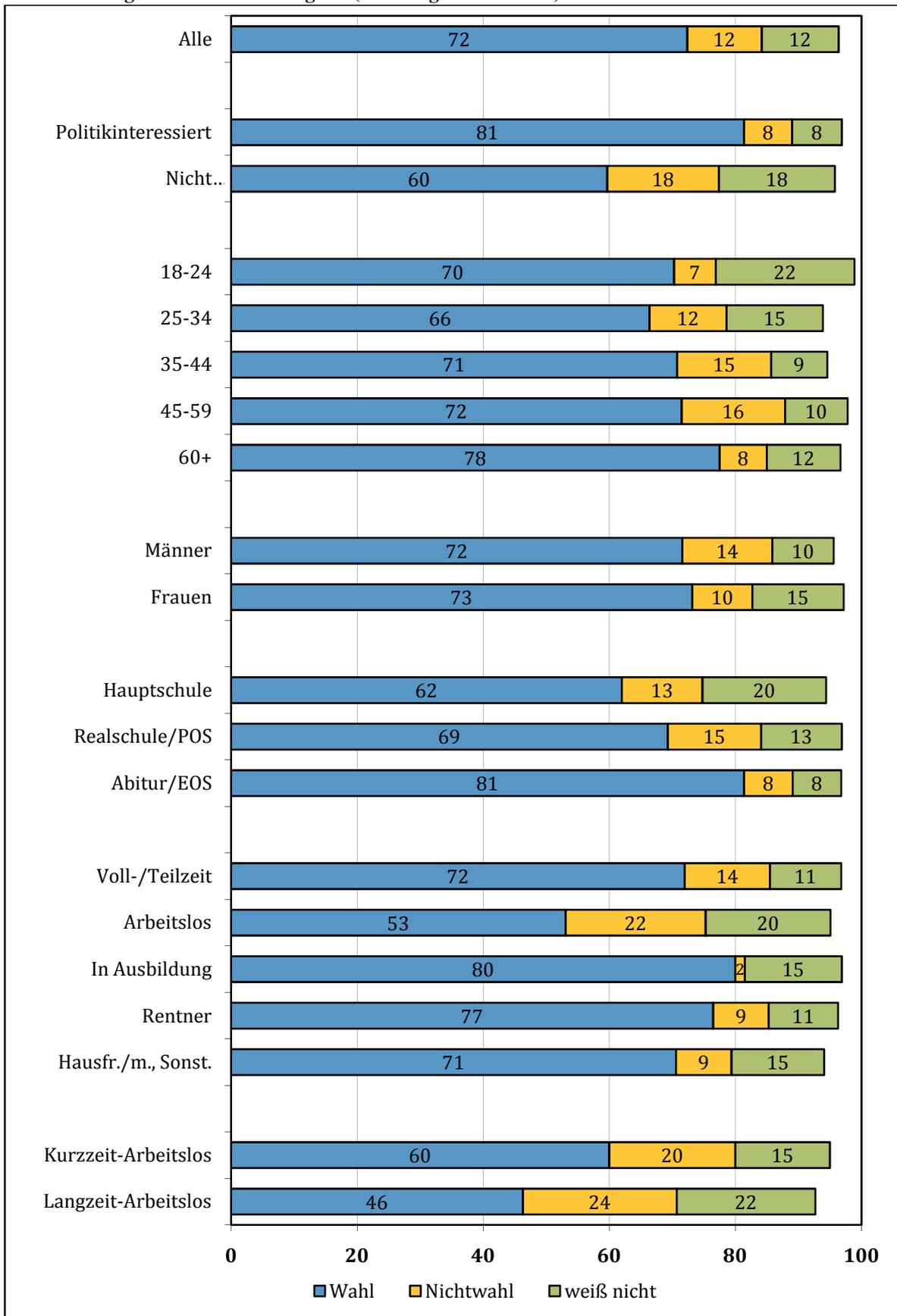
---

18 Vgl. Verba, S./Schlozman, Kay L./Brady, Henry E.: 1995. *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press.

19 Kaase, M.: 1991. Partizipation. In: Holtmann, E. (Hrsg.). *Politik-Lexikon*. München, Wien: Oldenbourg. S. 432.

20 2009 verweigerten 4 % der Befragten die Antwort auf die Frage, 2007 waren es 2 %.

**Abb. 21 Wahlbeteiligungsabsicht bei Landtagswahl nach Politikinteresse, Alter, Geschlecht, Bildung, Tätigkeit und Arbeitslosigkeit (Nennungen in Prozent)**



Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Generell geben Ältere häufiger ihre Stimme bei Wahlen ab als Jüngere. Dies trifft auch auf die Bürger Sachsen-Anhalts zu. Außerdem ist sowohl 2009 als auch 2007 der Anteil der Unentschlossenen unter den 18- bis 24-Jährigen überdurchschnittlich hoch (22 %). Der Anteil der Unentschlossenen fällt bei Frauen um 5 Prozentpunkte höher aus als bei Männern. Der Anteil der Nichtwähler ist allerdings unter Männern geringfügig höher als unter Frauen. Mit steigendem Bildungsniveau nimmt die Wahlwahrscheinlichkeit zu, während umgekehrt der Anteil der Nichtwähler und Unentschlossenen zurückgeht. Während die bisher dargelegten Einflussfaktoren gleichermaßen 2009 und 2007 zu beobachten nachweisbar sind, spielt der Status der Erwerbstätigkeit nur 2009 eine nachweislich wirksame Rolle. Insbesondere Auszubildende und Rentner beteiligen sich überdurchschnittlich häufig an Wahlen. Die Wahlbeteiligung von Arbeitslosen liegt hingegen deutlich unter dem Durchschnitt. Bezogen auf die Dauer der Arbeitslosigkeit, sind es vor allem die Langzeitarbeitslosen, die besonders häufig einer Landtagswahl fernbleiben.

## 6.2 Weitere politische Partizipationsformen

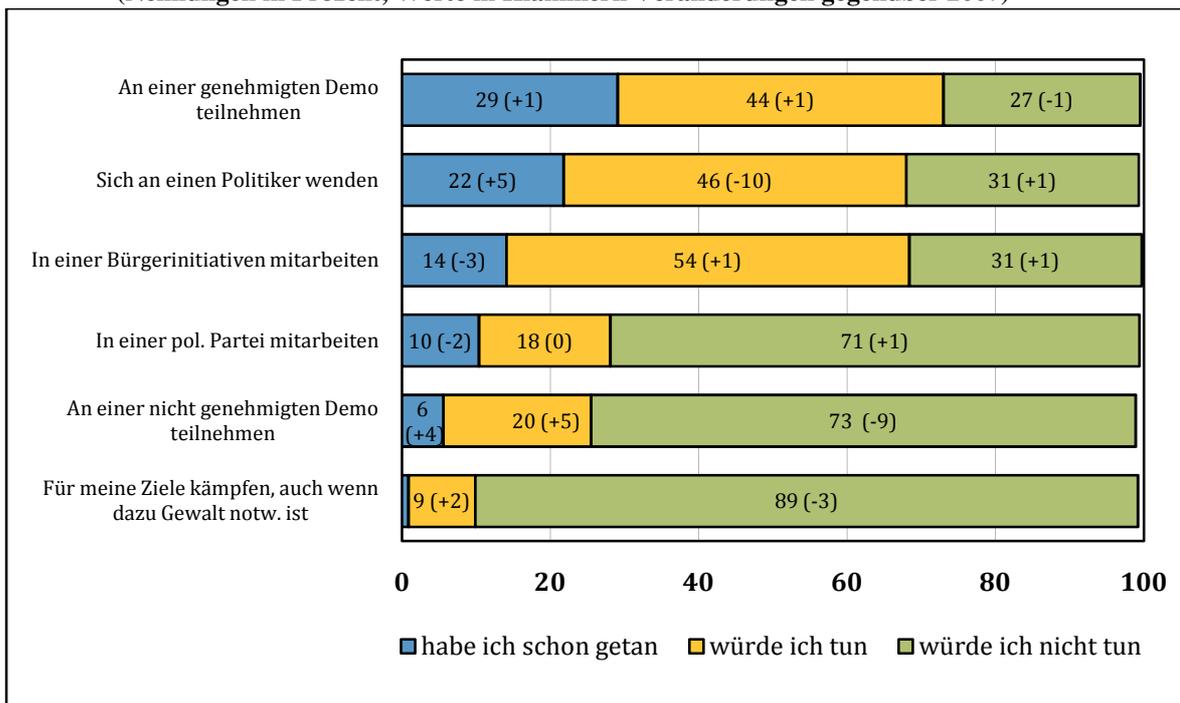
Politische Partizipationsformen, die über die Stimmabgabe bei Wahlen hinausgehen, werden von den Bürgern Sachsen-Anhalts – ebenso wie von der übrigen deutschen Bevölkerung – deutlich weniger genutzt (siehe Abb. 22 ). An legalen Formen der politischen Partizipation<sup>21</sup> haben sich zwischen 10 und 29 % der Sachsen-Anhalter schon einmal beteiligt. Illegale Formen, wie die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration oder die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener politischer Ziele, spielen in Sachsen-Anhalt genauso wie in Gesamtdeutschland eine untergeordnete Rolle. Lediglich eine von 100 Personen in Sachsen-Anhalt hat schon einmal Gewalt aus politischen Gründen angewendet. Jedoch kann sich jeder Zehnte in Sachsen-Anhalt vorstellen, unter Umständen Gewalt zur Realisierung eigener politischer Ziele einzusetzen. Etwa die Hälfte der Befragten würde die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, die Kontaktaufnahme mit einem Politiker und die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative als Handlungsoption in Betracht ziehen. Andererseits wäre nur jeder zweite Befragte bereit, in einer politischen Partei mitzuarbeiten oder an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen.

Veränderungen gegenüber 2007 haben sich bei 2 Formen politischer Beteiligung ergeben. Einmal gaben 2007 lediglich 17 % der Sachsen-Anhalter an, sich schon einmal an einen Politiker gewandt zu haben. 2009 waren dies 22 %. Der Anteil derer, welche diese Partizipationsform für sich ausschließen, ist im Vergleich zu 2007 mit 31 % nahezu unverändert geblieben. Zum anderen ist die Bereitschaft, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen, angestiegen. Waren es 2007 noch 82 %, die diese Partizipationsform für sich ausschlossen, ging der Anteil der Befragten 2009 auf 73 % zurück. 6 bzw. 20 % der Befragten gaben an, dies schon einmal getan zu haben bzw. die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration eine Handlungsoption für sie darstelle.

---

21 Hierzu zählen die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, die Kontaktaufnahme mit einem Politiker und die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder Partei.

**Abb. 22 Politische Partizipation**  
(Nennungen in Prozent, Werte in Klammern Veränderungen gegenüber 2007)



F. 18a-f: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche nicht tun? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Welche Bürger in Sachsen-Anhalt bevorzugen welche Partizipationsform zur Durchsetzung ihrer politischen Anliegen?<sup>22</sup>

- *Teilnehmer an einer genehmigten Demonstration* zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass sie zwischen 18 und 34 Jahre alt, ledig oder höher gebildet sind, sich in der Ausbildung befinden oder eine Parteipräferenz für die Grünen oder für rechte Parteien haben. Als Handlungsoption kommt diese Beteiligungsform insbesondere auch für Kurzarbeitslose in Frage.
- Bei der *Kontaktaufnahme mit Politikern* spielen ebenfalls verschiedene Faktoren eine Rolle. Entscheidend für die Umsetzung ist das politische Interesse. Die Wahrscheinlichkeit, sich schon einmal an einen Politiker gewandt zu haben, steigt mit zunehmendem Politikinteresse. Darüber hinaus beeinflussen auch die Parteipräferenz und das Bildungsniveau die Realisierung dieser Partizipationsform. So sind es vorwiegend FDP-Anhänger und Höhergebildete, die über Erfahrung bei der Kontaktaufnahme mit Politikern verfügen.

<sup>22</sup> Bei Aussagen, die sich auf Personen mit einer Präferenz für Parteien am rechten Rand beziehen, gilt es zu berücksichtigen, dass diese zahlenmäßig relativ schwach vertreten sind und es sich um Aussagen beschreibender Art handelt.

- Für die *Mitarbeit in einer Partei* sind insbesondere das Alter, das Politikinteresse, das Bildungsniveau, aber auch der Familienstand und der Erwerbsstatus bedeutsam. Während 13 % der 45- bis über 60-Jährigen schon einmal in einer Partei mitgearbeitet haben, wäre ein Drittel der 18- bis 34-Jährigen hierzu zumindest bereit. In der Regel sind es eher die politisch Interessierten oder Bessergebildeten, die Ledigen oder die Geschiedenen, die Auszubildenden oder Rentner, die zu den (potenziellen) Parteimitarbeitern zählen. Differenziert nach Parteianhängern lässt sich feststellen, dass insbesondere die FDP und rechte Parteien über Engagementwillige unter ihren Anhängern verfügen.
- Ähnliche Faktoren, die das Parteiengagement beeinflussen, sind auch für die *Mitarbeit in einer Bürgerinitiative* maßgeblich. Wiederum sind es die 35-Jährigen und Älteren, die bereits Erfahrung mit dieser Partizipationsform gesammelt haben, und insbesondere die 18- bis 34-Jährigen, die für diese Beteiligung aufgeschlossen sind. Unter Parteianhängern haben überdurchschnittlich viele Grünen-Anhänger bereits einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet. Das gleiche trifft auf Höhergebildete, Freiberufler, politisch Interessierte und Männer zu. Eine Handlungsoption stellt diese Art der Beteiligung besonders auch für Auszubildende und Arbeitslose dar.
- Zu den tatsächlichen oder potenziellen *Teilnehmern an einer nicht genehmigten Demonstration* gehören in Sachsen-Anhalt vor allem Bürger, die zur jüngeren oder mittleren Altersklasse zählen, ledig, männlich oder besser gebildet sind oder eine Parteipräferenz für die Grünen oder Parteien am rechten Rand haben.
- Die – wenigen – *Gewaltbereiten* sind vor allem unter Jüngeren (18-34 Jahre), Männern, Auszubildenden, (Kurzzeit-)Arbeitslosen oder Anhängern rechter Parteien aufzufinden. Anders als beim Großteil der Partizipationsformen, spielt bei der Gewaltbereitschaft zur Interessendurchsetzung das politische Interesse keine Rolle.<sup>23</sup>

---

23 Aussagen darüber, wer bereits schon einmal Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele angewendet hat, sind aufgrund der Anzahl der Befragten nicht möglich. 2009 traf dies auf lediglich 9 Personen zu, 2007 waren es gerade einmal 6.

## 7 Einstellungen zur Demokratie

Nach wie vor ist die große Mehrheit der befragten Sachsen-Anhalter (79 %) davon überzeugt, dass die Demokratie die beste aller denkbaren Staatsideen sei (siehe Tab. 12). Und wie schon 2007, meint eine noch größere Majorität (89 %), die Achtung vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen sei für eine lebendige Demokratie essentiell (siehe Tab. 13). Ebenso überwiegt weiterhin ganz eindeutig die Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes (74 %). Einer Diktatur würden selbst in Notzeiten nur wenige (15 %) den Vorzug geben, und auch dies überwiegend nicht ganzen Herzens (11 % neigen einem diktatorförmigen Notstandsregime nur eher zu – siehe Tab. 14).

**Tab. 12 Demokratie als beste Staatsidee  
(Nennungen in Prozent)**

F. 13c: Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	38	42	24	29	37	38	47
Stimme eher zu	41	37	33	37	41	44	42
Lehne eher ab	16	14	39	24	19	14	6
Lehne völlig ab	4	4	4	8	2	2	4

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

**Tab. 13 Respekt vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen  
(Nennungen in Prozent)**

F. 13d: Nur wenn wir andere Meinungen und Lebensweisen respektieren, ist unsere Demokratie überlebensfähig.	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	49	52	49	41	54	53	45
Stimme eher zu	40	36	47	44	33	35	44
Lehne eher ab	8	8	3	9	10	8	7
Lehne völlig ab	2	2	1	5	1	3	3

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

**Tab. 14 Diktatur als alternative Staatsform  
(Nennungen in Prozent)**

F. 13b: Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	4	5	15	5	3	4	2
Stimme eher zu	11	10	10	18	9	9	11
Lehne eher ab	26	23	29	18	27	25	27
Lehne völlig ab	58	59	46	58	59	60	59

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

**Tab. 15 Zufriedenheit mit dem politischen System  
(Nennungen in Prozent)**

F. 13a: Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	25	23	16	17	23	26	29
Stimme eher zu	49	49	43	42	55	49	51
Lehne eher ab	19	20	34	30	18	18	13
Lehne völlig ab	5	6	7	9	3	5	5

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Innerhalb der letzten 2 Jahre hat sich in Sachsen-Anhalt die prinzipielle Zustimmung zur demokratischen Herrschaftsordnung mithin insgesamt auf hohem Niveau gefestigt. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen, zeigen sich indessen neuerdings gegenläufige Entwicklungstendenzen. Der gleichbleibend hohe Grad an Zustimmung zur demokratischen Idee wird nunmehr vermehrt von den mittleren und älteren Jahrgängen getragen: Bei den 45- bis 59-Jährigen steigt die Präferenz für die Demokratie um 9 %, bei den über 60-Jährigen um 14 %. Hingegen hat sich die bekundete Demokratiebindung in der nachwachsenden Generation deutlich gelockert: Sowohl bei 18- bis 24-Jährigen als auch bei 25- bis 34-Jährigen verweigert sich eine mehr als doppelt so große Minorität wie 2007 – mittlerweile beträgt diese 43 % bzw. 32 % – einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Demokratie.

Andererseits ist auch diese Altersgruppe immer noch mehrheitlich zufrieden mit dem Verfassungssystem des Grundgesetzes (siehe Tab. 15). Aber die Mehrheit ist abgeschmolzen: Bei den Erst- und Jungwählern um 32 Prozentpunkte und bei der nächstfolgenden Altersgruppe bis 34 Jahre um 16 %. Spiegelbildlich verdoppelt sich in beiden Altersklassen die Bereitschaft, für Zeiten, da „es Not tut“, eine Diktatur zu akzeptieren (siehe Tab. 14). Abweichend von dieser Neigung zur Demokratiedistanz fällt unter den Jüngeren das Meinungsbild hinsichtlich des Respekts vor Andersdenkenden und Anderslebenden aus. Hier ist das Bejahen von Toleranz im Vergleich zu 2007 bei 18- bis 24-Jährigen um 13 Prozentpunkte auf jetzt 96 % gewachsen (siehe Tab. 13).

Schon diese hohe Anerkennung bürgerlicher Freiheitsrechte verweist darauf, dass das unter Jüngeren zurückgegangene Bekenntnis zur Idee der Demokratie nicht unbesehen als Prägestock einer Renaissance *antidemokratischen* Denkens gedeutet werden kann. Auch weitere Befunde der Umfrage von 2009 sprechen dagegen, dass sich hier eine gesinnungsfeste Gegnerschaft zum bestehenden politischen System artikuliert. Dieselbe Altersgruppe bekundet nämlich eine breite Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, sieht ferner das Gebot sozialer Gerechtigkeit überwiegend angemessen verwirklicht und äußert sich mehrheitlich positiv über den bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat (siehe Tab. 16). Außerdem ist auch die Affinität zum „Sozialismus als Idee“ unter den Jüngeren vergleichsweise gering (siehe Tab. 16).

Schließlich sympathisieren jüngere Sachsen-Anhalter keineswegs überdurchschnittlich mit rechtsextremen Parteien.<sup>24</sup> Etliches spricht für die Annahme, dass die bei 18- bis 34-Jährigen jetzt häufiger gemessene Weigerung, die Demokratie als „beste aller Staatsideen“ anzuerkennen, keiner antidemokratischen Grundhaltung entspringt, sondern einer unter diesen Jahrgängen besonders verbreiteten, allgemeinen Entideologisierung Ausdruck gibt.<sup>25</sup> In einer unsicherer gewordenen Welt ist das demokratische Projekt als ein institutioneller Rahmen des eigenen Lebens für Jüngere nicht mehr unbedingt eine alternativlose Glaubens- bzw. Überzeugungssache. Der Soziologe Helmut Schelsky hat diese mentale Disposition, als er Mitte der 1950er Jahre die damalige „skeptische Generation“ in ihren typischen Zügen charakterisierte, als spontane Wendung gegen ein ideelles „Führungssystem“ beschrieben. Auf „unüberprüfbare Verallgemeinerungen der Lebensziele“ mag sich solche Skepsis demnach nicht einlassen.<sup>26</sup> Wie Parteipräferenzen, so ist jedenfalls in der heutigen jüngeren Generation auch die abstrakte Systempräferenz volatiler geworden.

Grundsätzliche Zustimmung zur abstrakten Idee der Demokratie sagt noch nichts darüber aus, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger auch wichtigen Funktionsbedingungen eines demokratischen politischen Systems und ferner auch Kernelementen der Wirtschafts- und Sozialordnung, die dem bundesdeutschen Verfassungssystem korrespondiert, zustimmen. Hier hat sich das insgesamt überwiegend positive Meinungsbild, das sich bereits 2007 herauschälte, weitgehend gefestigt. Eine heilsame Wirkung „unseres Wohlfahrtsstaates“ bejahen 60 % der Landesbevölkerung (+4). Eine Verstaatlichung der wichtigsten Unternehmen wird von ebenfalls 60 % (+2) abgelehnt. Nur gut jeder Fünfte, nämlich 22 % (-1), mag sich mit einer Rückkehr „zur sozialistischen Ordnung“ anfreunden (siehe Tab. 16).

Eine lebendige Demokratie basiert auf der allgemeinen Anerkennung elementarer Bürgerrechte, auf pluralistischer Vielfalt von Meinungen und Interessen sowie auf garantierter freier Interessenvermittlung. Das sehen auch die meisten Sachsen-Anhalter nicht anders. Wie 2 Jahre zuvor, bejaht eine überwältigende Mehrheit das Demonstrationsrecht (90 %; -1) sowie das Minderheitenrecht, eine abweichende Meinung öffentlich zu äußern (96 %; +1). Ebenso einhellig fallen die Unterstützung für freie Handlungsmöglichkeiten politischer Opposition (89 %; +1) und für die Chance zum Machtwechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien (78 %; -4) sowie die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung (92 %; +1) aus (siehe Tab. 16).

---

24 Eine andere Umfrage, die in Sachsen-Anhalt in einem Zeitraum 4 bis 8 Wochen nach dem Monitor 2009 durchgeführt wurde, ergab in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen eine Wahlabsicht für sonstige Parteien von 0 % und in der nächstfolgenden Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren eine von 6 % (Gesamt über alle Altersgruppen: 5 %). Siehe Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTrend Mai 2009, Tabellarische Übersichten, S. 3.

25 Diese wie die folgenden Deutungen haben jedoch als Basis relativ geringe Fallzahlen in dieser Altersgruppe im Rahmen der Stichprobe.

26 Schelsky, H.: 1984 [1957]. Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Frankfurt/Main-Berlin-Wien. S. 74ff.

**Tab. 16 Einstellungen zu verschiedenen Aspekten der Demokratie sowie der Wirtschafts- und Sozialordnung (Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)**

F. 24 a-m	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
		2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich an Wahlen zu beteiligen.	Zustimmung	72	-	76	66	63	70	81
	Ablehnung	28	-	24	33	37	29	19
Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	Zustimmung	37	39	30	40	32	37	40
	Ablehnung	60	58	68	59	66	61	55
Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.	Zustimmung	22	21	17	29	16	22	22
	Ablehnung	76	77	83	68	80	77	75
Alles in allem hat sich unser Wohlfahrtsstaat bewährt.	Zustimmung	60	56	47	51	49	58	74
	Ablehnung	38	42	50	44	48	41	24
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.	Zustimmung	90	91	83	95	90	93	87
	Ablehnung	10	9	17	5	9	7	12
Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.	Zustimmung	96	95	96	98	96	97	96
	Ablehnung	4	5	4	1	4	3	4
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	Zustimmung	89	88	83	78	90	92	93
	Ablehnung	9	8	15	20	9	7	3
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.	Zustimmung	78	82	68	75	82	83	77
	Ablehnung	21	17	29	22	17	17	20
Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	Zustimmung	45	40	48	40	41	41	53
	Ablehnung	51	56	51	57	55	57	40
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	Zustimmung	49	59	40	48	50	46	54
	Ablehnung	49	38	59	50	46	52	44
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	Zustimmung	8	9	8	10	5	8	8
	Ablehnung	92	91	91	90	94	92	92
Die Aufgabe der politischen Opposition ist es, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Entscheidungen mitzutragen.	Zustimmung	64	66	77	62	54	57	73
	Ablehnung	35	31	21	37	45	43	25
Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen.	Zustimmung	86	88	80	82	83	84	92
	Ablehnung	12	11	20	16	16	14	6

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Aber auch die ideellen Spurenelemente, die auf gewisse obrigkeitstaatliche Vorstellungen hindeuten bzw. Sympathien für ein etatistisches, d.h. auf einen starken Staatswillen setzen- des Politikverständnis anzeigen, bleiben im landesweit vorherrschenden Demokratiebild erhalten. Eine starke (und seit 2007 um 5 Prozentpunkte leicht gewachsene) Minderheit meint, dass das Austragen von organisierten Interessenkonflikten und ein an die Regierenden gerichtetes Einfordern von Gruppeninteressen dem Gemeinwohl schaden (45 %). Deutlich weniger Befragte als noch vor 2 Jahren sprechen dem Bürger – also faktisch sich selbst – das

Demonstrations- und Streikrecht ab, wenn damit die öffentliche Ordnung gefährdet wird (49 %; -10). Fast unverändert zwei Drittel der Landesbürger sehen die eigentliche Aufgabe der Opposition nicht in einem regierungskritischen Korrektiv, sondern darin, der Regierung loyal zuzuarbeiten (64 %; -2). Dass die Interessen des Volksganzen „immer über den Interessen des Einzelnen stehen“, hält eine fast unverändert breite Majorität für angemessen (86 %; -2) (siehe Tab. 16).

Schon die 2007 erhobenen Daten hatten ergeben, dass sich die Angehörigen verschiedener Altersgruppen in den meisten Einschätzungen der Demokratie sowie der Wirtschafts- und Sozialordnung mehr oder weniger deutlich voneinander unterscheiden. Vor allem fiel seinerzeit auf, dass relativ viele gerade jüngere Sachsen-Anhalter zu wichtigen Funktionsbedingungen der Demokratie ein gestörtes Verhältnis pflegen (vgl. SAM 2007, S. 21f.).

Diese Differenz der Generationen hat sich binnen 2 Jahren weiter vertieft: Für eine Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen plädieren jetzt 30 % der Erst- und Jungwähler bis 24 Jahre (-2), jedoch 37 % der 45- bis 59-Jährigen (+15) und 40 % der über 60-Jährigen (-7). Eine Rückkehr zum Sozialismus halten heute mehr Jüngere als vorher für erstrebenswert (+5 bei den bis 24-Jährigen und +12 bei den bis 34-Jährigen). Hingegen bleibt der Anteil derer, die einen rückwärts gerichteten Systemwechsel befürworten, bei Älteren ab 45 Jahren gleich. Von der stützenden Kraft des existierenden Wohlfahrtsstaates sind 47 % der Jungen bis 24 Jahre (-3), jedoch 74 % der älteren Generation über 60 (+6) überzeugt.

Während individuelle Bürgerrechte wie die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit unabhängig vom Alter der Befragten durchweg bejaht werden, haben sich insbesondere in der jungen Generation des Landes Unverständnis und Ablehnung gegenüber elementaren Funktionsbedingungen des demokratischen politischen Systems verstetigt oder weiter vertieft. Echte Parteienkonkurrenz, die auch die Chance des Machtwechsels beinhaltet, halten gut 30 % (+5) der bis 24-Jährigen für entbehrlich. Fast die Hälfte (+15) derselben Altersgruppe hält den verbandlich geregelten Konflikt zwischen Interessengruppen für gemeinwohlschädlich, und mehr als drei Viertel (+5) versteht die Aufgabe der Opposition – obwohl diese für die Demokratie von einer gleichbleibend großen Mehrheit von 83 % als unverzichtbar erachtet wird - als eine dienende Funktion der Regierung.

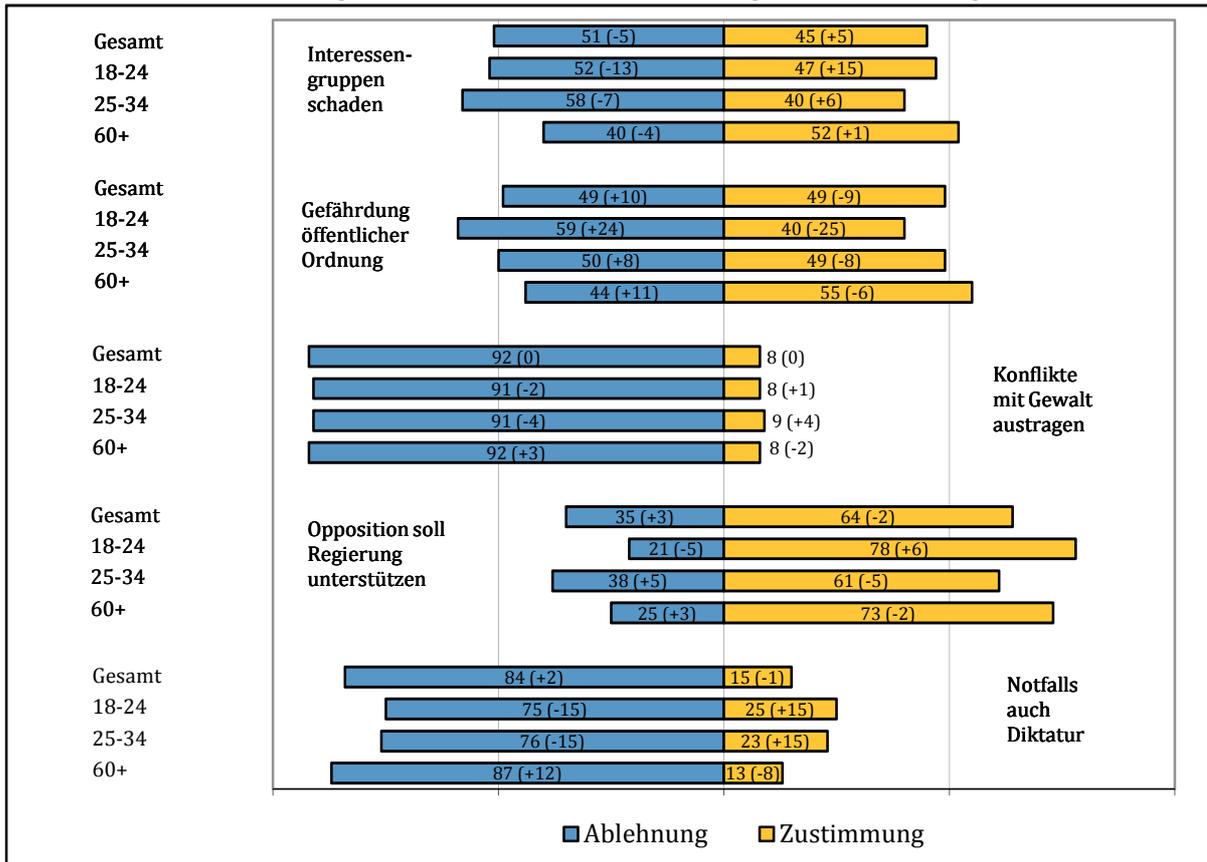
Auch ein weiteres autoritätsstaatliches Einstellungsmuster hat sich in der jüngeren Generation verstärkt: 80 % (-4) der unter 25-Jährigen denken, das Wohl des ganzen Volkes habe ausnahmslos Vorrang vor den Belangen von Einzelnen. In einem Punkt allerdings verweigern sich Jüngere einem obrigkeitshörigen Gebot politischer Selbstbeschränkung sehr viel zahlreicher als noch vor 2 Jahren: Nurmehr 40 % (-26) halten es für gerechtfertigt, dass im Falle einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung der Bürger seines verfassungsförmig verbrieften Streik- und Demonstrationsrechts verlustig geht (siehe Tab. 16).

Insgesamt ist das Demokratieverständnis der nachwachsenden Generation des Landes nicht stabiler, sondern in manchem unschärfer, gegenüber der demokratischen Idee distanzierter, in der Deutung unsicherer und tendenziell auch autoritärer geworden. Es weist innere Brüche auf und ist nicht frei von Widersprüchen: Kennzeichnend ist ein gewachsenes Bedürfnis für persönliche Freiräume, auch im öffentlichen Raum. Dieses ausgeprägte Einfor-

dem von individueller Freiheit und Selbstverwirklichung wird jedoch nicht unbedingt normativ mit der Idee der Demokratie verknüpft.

Wie sich die Wissenskluft hinsichtlich elementarer Funktionsbedingungen einer Demokratie vertieft und die demokratischen Einstellungen zwischen älteren und jüngeren Altersgruppen binnen zweier Jahre teilweise auseinander entwickelt haben, veranschaulichen die nachstehenden Generationen-Diagramme (siehe Abb. 23 und Abb. 24).

**Abb. 23 Demokratieabträgliche Einstellungen (Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)**

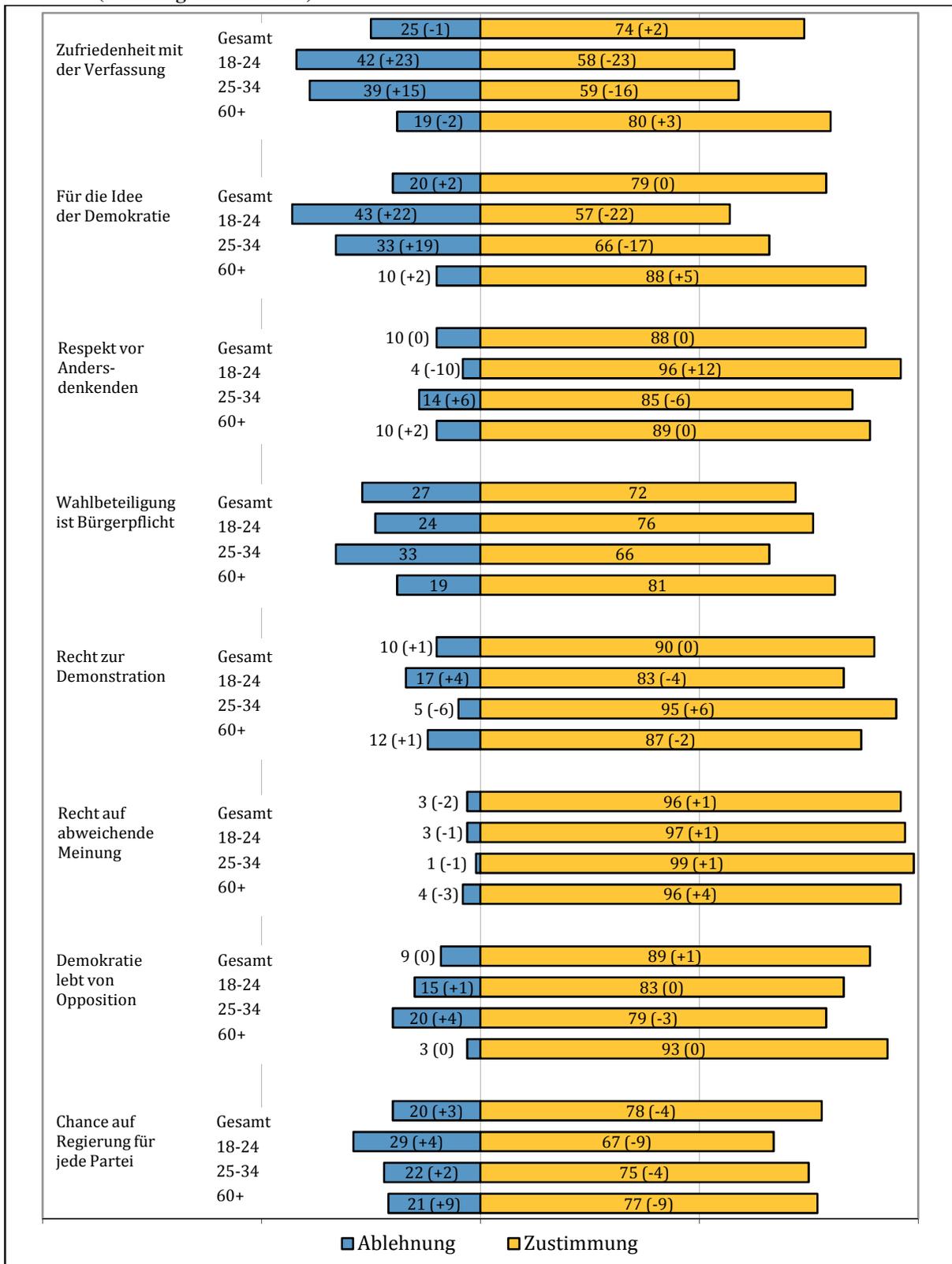


F.13b: siehe Tab. 12 bis Tab. 15

F.24j, k, l, m, h: siehe Tab. 16

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

**Abb. 24 Demokratieverträgliche Einstellungen  
(Nennungen in Prozent)**



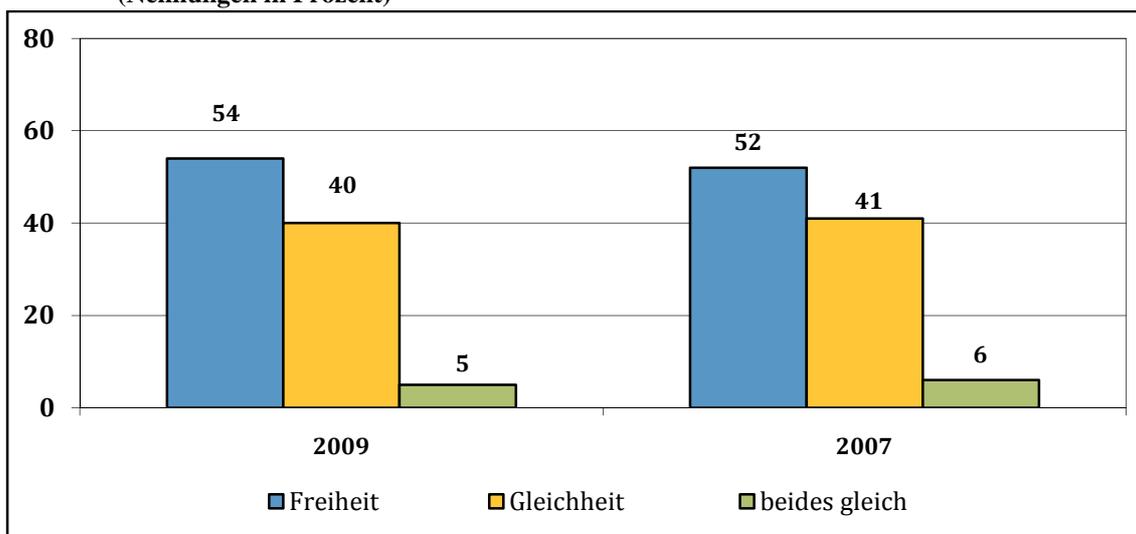
F.13a, c, d: siehe Tab. 12 bis Tab. 15

F.24a, e, f, g, h: siehe Tab. 16

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

„Freiheit“ und „Gleichheit“ beschreiben zentrale Grundwerte demokratischer Verfassungsstaaten. Beide Basisnormen sind in die Verfassungskonstruktion des demokratischen und sozialen Rechtsstaates des Grundgesetzes eingegangen und dort eng aufeinander bezogen. Demgemäß lassen sich beide Werte eigentlich nicht antithetisch gegenüberstellen. Wenn wir, wie schon 2007, die befragten Bürgerinnen und Bürger dennoch aufgefordert haben, entweder der Freiheit oder der Gleichheit den Vorzug zu geben, dann steht dahinter die Überlegung, dass die Antworten der Befragten auf diese Weise zum Ausdruck bringen, in welchem Ausmaß 2 unterschiedliche Lebensentwürfe und Konzepte von Demokratie verbreitet sind: Wer sich – hypothetisch – für Freiheit entscheidet, schätzt vor allem, so die Annahme, den Wert persönlicher Entfaltung und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte. Aus dieser Sicht erscheint der korrespondierende Begriff „Gleichheit“ der Freiheit insofern untergeordnet, als erstere als Garantie *gleicher Chancen* betrachtet wird: Wichtig ist, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, dank derer sich individuelle Aktivitäten verschieden entfalten können. Gerechtigkeit wird hierbei folgerichtig primär als „Verfahrensgerechtigkeit“ verstanden.<sup>27</sup> Wer für „Freiheit“ optiert, ist grundsätzlich bereit, ökonomische Ungleichverteilung und soziale Differenz als Ergebnis der Anwendung des Leistungsprinzips anzuerkennen.

**Abb. 25 Freiheit vs. Gleichheit**  
(Nennungen in Prozent)



F. 14: Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

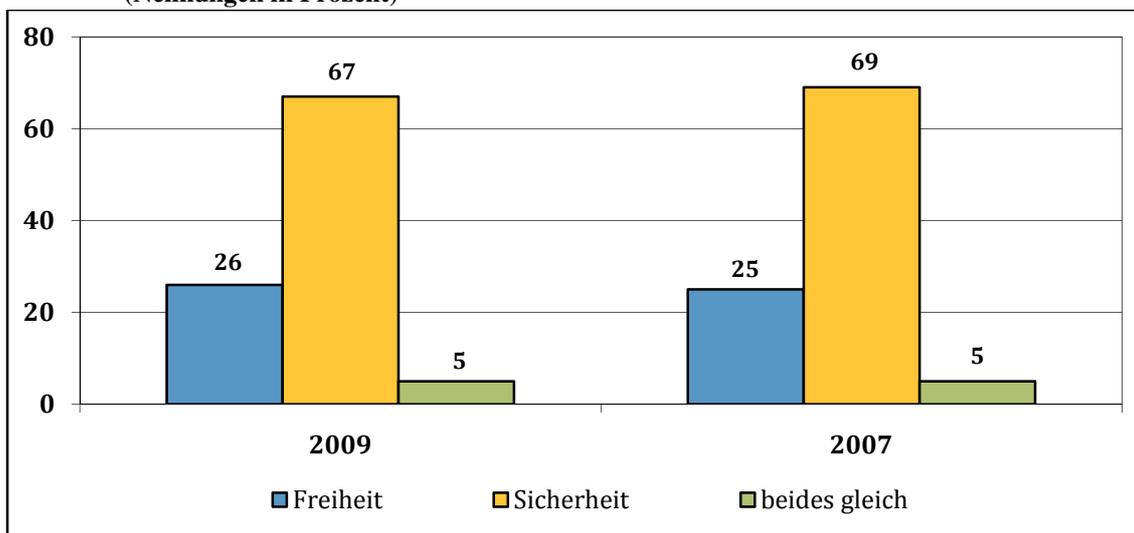
Wer eine Präferenz für Gleichheit äußert, erwartet demgegenüber gemäß dem analytischen Konzept von der Politik vorrangig, dass real existierende ungleiche Lebensbedingungen möglichst ausgeglichen werden. „Gleichheit“ lehnt sich hier – wie auch der dritte von uns abgefragte Begriff Sicherheit – eng an das hergebrachte Sozialstaatskonzept an, das auf Umverteilung mittels Transferleistungen setzt, um bestehende Disparitäten der Lebenschancen

<sup>27</sup> Emptner, S./Vehrkamp, Robert B. (Hrsg.): 2007. Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme, Gütersloh. S. 10.

finanziell abzufedern. Aus dieser Perspektive ist gerecht, was sich an der Bedarfsdeckung orientiert, mithin möglichst für „Verteilungsgerechtigkeit“ sorgt<sup>28</sup>.

Wie die Umfragedaten zeigen, hat sich die Präferenzordnung der Sachsen-Anhalter seit 2007 kaum verändert. Einer Mehrheit von 54 % (+2) ist „Freiheit“ wichtiger. Aber eine starke Minderheit von 40 % (-1) entscheidet sich für „Gleichheit“ (siehe Abb. 25).

**Abb. 26 Freiheit vs. Sicherheit  
(Nennungen in Prozent)**



F. 15: Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch die allgemein hohe Einschätzung von „Sicherheit“ im direkten Vergleich mit „Freiheit“ bleibt nahezu konstant: Gut zwei Drittel (67 %; -2) geben der Sicherheit und gut ein Viertel (26 %; +1) der Freiheit den Vorzug (siehe Abb. 26).

**Tab. 17 Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteiensympathie  
(Nennungen in Prozent)**

F. 14 & F. 15: Was ist Ihnen wichtiger: Freiheit vs. Gleichheit bzw. Freiheit vs. Sicherheit	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Parteiensympathie					
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	keine
Freiheit	54	52	69	54	64	46	50	72	52	71	29	66	39
Gleichheit	40	41	26	42	33	50	40	24	40	26	65	30	53
Beides gleich wichtig	5	6	5	4	2	4	8	3	7	3	6	1	8
Freiheit	26	25	41	39	32	25	16	29	24	35	21	42	22
Sicherheit	67	69	48	58	62	69	77	65	67	58	75	52	73
Beides gleich wichtig	5	5	7	3	4	4	6	6	5	5	3	3	5

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Bemerkenswert ist zudem zweierlei: Zum einen sagen jeweils nur 5 von 100 Befragten, *beides* sei *gleichermaßen* wichtig. Zum anderen hat sich, schlüsselt man die Grundgesamtheit nach sozialen Merkmalen näher auf, sowohl um den Pol der Freiheit als auch um die entge-

28 Ebenda, S. 11f., ferner S. 51ff. und S. 77ff.

gegenseetzten Pole der Gleichheit und Sicherheit in den Einstellungen einiges bewegt: Für „Freiheit“ ist der Zuspruch in der jüngsten Altersgruppe bis 24 Jahre überdurchschnittlich gewachsen (+10). Auch hier ist also die Generationenscheide markanter geworden (siehe Tab. 17). Mehr Zustimmung als vor 2 Jahren erfährt der Freiheitswert außerdem bei Anhängern von CDU (+14) und FDP (+6) sowie bei Selbständigen und freiberuflich Tätigen (+9). Stark rückläufig hat sich die Zustimmung bei Parteigängern der Linken (-16) entwickelt. Spiegelbildlich haben sich die Vorzugsraten für „Gleichheit“ bei den Erst- und Jungwählern (-12) und auch bei CDU-Anhängern (-15) abgeschwächt. Eine steigende Vorliebe für die egalitäre Zielmarke bekunden hingegen Arbeitslose (+7) und Anhänger der Linken (+20) (siehe Tab. 17).

Deutlich weniger Bewegung zeigt sich im Umfeld des Sicherheitspols. Dies liegt daran, dass das Sicherheitsbedürfnis der Sachsen-Anhalter bereits 2007 mit 69 % sehr ausgeprägt war. So werden im Vergleich zweier Jahre nur mäßige Ausschwünge des Einstellungspendels zwischen den Generationen erkennbar, nämlich in einem Bereich zwischen -5 und +3 Prozentpunkten. Wie auch bei vielen anderen Antworten, entwickeln sich jedoch auch bei der Sicherheitsfrage die Einstellungen von CDU- und Linke-Anhängern stärker auseinander. Während sich bei ersteren die Differenz zwischen beiden Werten um 9 Prozentpunkte zugunsten von *Freiheit* verschiebt, weist die nämliche Differenz im Lager der Linken eine Verschiebung von 15 Prozentpunkten zugunsten von *Gleichheit* aus (s. Tab. 5).

Auch insgesamt haben sich im sachsen-anhaltischen Parteiensystem im Wertedreieck von Freiheit-Gleichheit-Sicherheit die Anhängerschaften teilweise umgruppiert. Unter Befragten, die mit den Bündnisgrünen oder der FDP sympathisieren, stellten jene, die für Freiheit anstelle von Gleichheit optieren, noch 2007 die vergleichsweise größten Kontingente (69 bzw. 65 %). 2009 hat sich die Rangfolge verändert: Inzwischen hat die Gefolgschaft der CDU bei der Freiheits-Präferenz deutlich zugelegt (+14) und hierbei nicht nur die Anhänger von B90/Die Grünen (-3), sondern knapp auch diejenigen der FDP, die weniger als halb so viel häufiger (+6) sich für Freiheit entscheiden, überholt (siehe Tab. 16). Nicht die FDP, sondern die CDU, in deren Sympathisantenfeld sich der auffälligste Präferenzwandel vollzogen hat, hätte demzufolge heute die am entschiedensten liberal gesonnene Anhängerschaft.

Die Trennungslinie verläuft bei der Vorzugsentscheidung für Freiheit oder Gleichheit also nicht mehr zwischen großen und kleinen Parteien. Vielmehr wird im jetzigen Verteilungsmuster die Trennungslinie zwischen CDU, FDP und Bündnisgrünen einerseits sowie der SPD und ganz außen der Linken andererseits neu gezogen. Auch bei der Polarität „Freiheit versus Sicherheit“ sortiert sich nach Parteisympathien das Verteilungsmuster insofern neu, als sich hierbei die Wertentscheidungen aller Parteien mit Ausnahme der Linken moderat einander angeglichen haben (siehe Tab. 16). Ungeachtet gewisser Präferenzverschiebungen zwischen einzelnen „Stämmen“ von Parteianhängerschaften erweist sich jedenfalls, dass auch fast 20 Jahre nach der deutschen Einigung bei den meisten Sachsen-Anhaltern das Grundbedürfnis nach Sicherheit hoch ausgeprägt ist.

## 8 Funktionieren der Demokratie

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist im Land in den letzten 2 Jahren gewachsen. Nunmehr äußert sich fast jeder zweite Befragte mit der Art und Weise, wie die Demokratie im Großen und Ganzen funktioniert, sehr zufrieden (3 %; -1) bzw. ziemlich zufrieden (46 %; +7) Umgekehrt ist die Zahl der ziemlich oder sehr Unzufriedenen auf 39 % (-5) bzw. 11 % (-2) zurückgegangen (siehe Tab. 18)

**Tab. 18 Demokratiezufriedenheit nach Alter und Parteiensympathie (Nennungen in Prozent)**

F. 12: Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Parteiensympathie					
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	keine
Sehr zufrieden	3	2	4	5	0	4	3	7	4	4	2	0	0
Ziemlich zufrieden	46	39	47	47	51	39	50	69	58	60	32	55	21
Ziemlich unzufrieden	39	44	40	37	37	45	35	21	31	34	49	39	51
Sehr unzufrieden	11	13	9	11	11	11	11	2	5	2	17	6	27

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Verglichen mit 2007, sind altersbedingte Unterschiede hier inzwischen merklich abgeschliffen. Da der Grad der Zufriedenheit in den Altersgruppen von 35 bis 44 Jahren (+15) und von 45 bis 59 Jahren (+10) überproportional angewachsen ist, ist ein Generationengefälle kaum mehr erkennbar. Auch Jüngere unter 34 Jahren zeigen sich zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als noch vor 2 Jahren – im Gegensatz zur deutlichen Abkehr von der *Idee* der Demokratie im gleichen Zeitraum in denselben Altersgruppen (siehe Tab. 12).

Nach Parteiensympathien sortiert, tritt die Außenseiterposition der Linke-Anhängerschaft zwar nach wie vor zutage, jedoch in deutlich abgeschwächter Form. Wohl sind mit der Linken sympathisierende Befragte, anders als Anhänger aller anderer Parteien (die Sonstigen ausgenommen), wie 2007 überproportional häufig mit der Praxis der Demokratie unzufrieden. Doch hat sich der Anteil Zufriedener um 11 Prozentpunkte erhöht und umgekehrt die – nach wie vor vorhandene – Mehrheit von Unzufriedenen um dieselbe Rate vermindert (siehe Tab. 18).

Das Ausmaß der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie basiert nicht auf der prinzipiellen Wertentscheidung für oder gegen die demokratische *Idee*. Vielmehr ist das Urteil abhängig davon, wie die *konkreten Leistungen* der Politik („Output“) eingeschätzt werden. Ein Gradmesser für solche subjektive Bewertung der Leistungsbilanz („Performanz“) der Politik sind insbesondere jene Politikfelder, die in den Augen der Bevölkerung als besonders wichtig erscheinen.

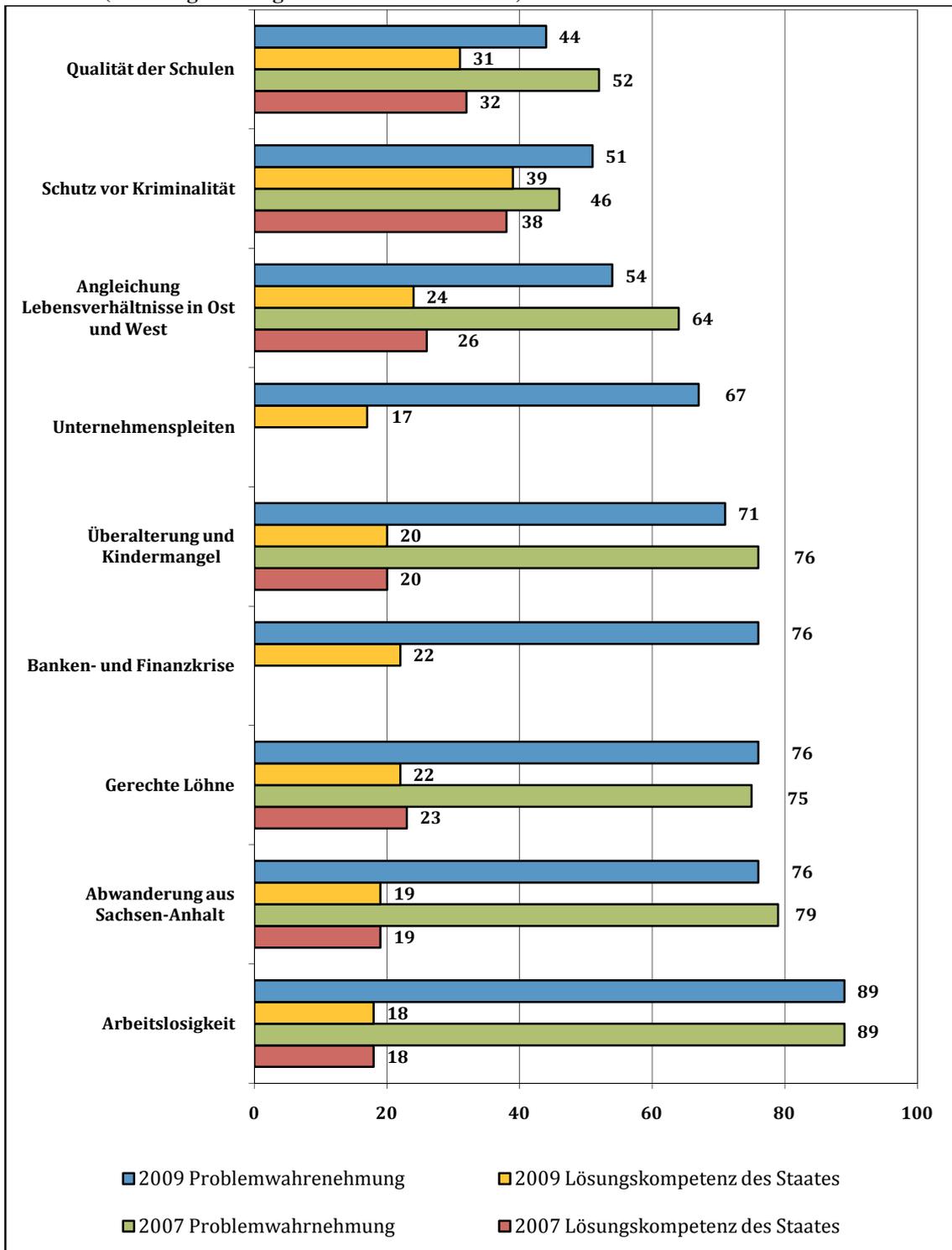
Auf der Basis des Vergleichs der Umfragedaten von 2009 und 2007 lassen sich vorweg 3 wesentliche Aussagen formulieren:

1. Die Rangfolge der seitens der Bevölkerung des Landes als besonders dringlich angesehenen Probleme bleibt nahezu unverändert. Ebenso konstant bleibt das „ranking“ der Kompetenz, die *dem Staat* bei der Lösung dieser Probleme zugesprochen wird;
2. Jüngere Befragte hegen eine besonders ausgeprägte Skepsis in die staatliche Problemlösungsfähigkeit;
3. Bürgerinnen und Bürger, die in einer ländlichen Region wohnen, vertrauen deutlich weniger der Leistungskraft des Staates als die Bewohner einer städtisch geprägten Region.

Zu 1. (dringliche Probleme des Landes): Wie schon 2007, führen die Themen Arbeitslosigkeit (+/-0), Abwanderung (-3), gerechte Löhne (+2) und Alterung/Kindermangel (-4) die Skala wahrgenommener Probleme an (siehe Abb. 27). Zu dieser Spitzengruppe schließen die Themen Banken-/Finanzkrise und Unternehmenspleiten, die aus aktuellem Anlass in die Befragung neu aufgenommen worden sind, auf. In einigem Abstand folgen die Themen Ost-/West-Angleichung (+/-0) sowie Schule (-8) und Kriminalität (+5), wobei letztere beiden die Plätze am Ende der Liste tauschen. Auch bei der Frage nach der Effektivität der Staatsintervention zeigt sich exakt das schon 2007 abgebildete kontrastive Muster: Je dringlicher das Problem eingeschätzt wird, desto weniger wird dem Staat zugetraut (siehe Abb. 27). Die im Verlauf zweier Jahre eingetretenen Kompetenzgewinne oder -verluste sind durchwegs minimal. Dabei schätzen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten und Grenzen der Staatsgewalt des Landes durchaus realistisch ein. Dem Staat wird dort am meisten zugetraut, wo er im deutschen Föderalismus institutionell wirklich allein zuständig ist, nämlich für Schulwesen und Kriminalitätsbekämpfung. Wo staatliche Steuerung allenfalls begrenzt wirksam werden kann, wie auf dem Arbeitsmarkt, bei Unternehmenspleiten und bei der Migration, fällt auch die dem Staat zugetraute Regelungskraft merklich ab.

Zu 2. (Staat und junge Generation): Es sind vor allem Jüngere zwischen 18 und 24 Jahren, die der Fähigkeit des Staates, drängende Probleme zu lösen, misstrauen. Unterdurchschnittliche Vertrauensnoten erhält bei dieser Altersgruppe die Staatsleistung in den Problemfeldern Arbeitslosigkeit (12 %), Unternehmenspleiten (13 %) und Banken-/Finanzkrise (17 %). Im Zeitverlauf hat sich der Vertrauenssockel in der jungen Generation zum Teil erheblich abgebaut, so bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (-14) und der Ost-/West-Angleichung (-6). Eine Ausnahme bildet der Bereich Überalterung und Kindermangel: Hier wächst die dem Staat entgegengebrachte Vertrauensrate in den Altersgruppen bis 34 Jahre um 15 Prozentpunkte.

**Abb. 27 Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz  
(Nennungen Kategorien 4 und 5 in Prozent)**



F. 20a-i: Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht ... für unsere Gesellschaft?

F. 21a-i: Was meinen Sie: Ist der Staat in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht in der Lage) bis 5 (umfassend dazu in der Lage).

Die gerade unter Jüngeren verbreitete geringe Zuversicht in staatliche Performanz könnte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass in denselben Jahrgängen die Bejahung der Demokratie als „beste Staatsidee“ signifikant nachgelassen hat (siehe Tab. 12). Dies hieße: Wer sich vom Staat bei der Bewältigung existentieller Fragen, die auch die eigene Zukunft betreffen, nicht (mehr) viel erwartet, neigt dazu, dem politischen System generell Unterstützung zu entziehen. Dazu passt allerdings nicht recht, dass die jüngeren Jahrgänge zugleich mit dem *Funktionieren der Demokratie* nicht unzufriedener als noch vor 2 Jahren sind.

Zu 3. (regionale Gefälle): Stärker noch als beim Generationenvergleich, fallen in der regionalen Verteilung des Staatsvertrauens Unterschiede auf. Stellt man beispielsweise die Altmark und die städtisch geprägte Region Saale/Unstrut (der die Großstadt Halle angehört) gegenüber, so zeigt sich, dass die Bewohner der nördlichen Region in allen abgefragten Problemfeldern dem Staat eine zumeist zweistellig niedrigere Lösungskompetenz zubilligen als Befragte im Süden des Landes. Das regionale Gefälle beträgt 14 % für Arbeitslosigkeit, 12 % für Abwanderung, 2 % für Schulen, 11 % für Kriminalität, 17 % für gerechte Löhne, 13 % für Ost-/West-Angleichung, 6 % für Überalterung und Kindermangel, sowie 10 % für die Banken- und Finanzkrise (siehe Tab. 19)

**Tab. 19 Problemlösungskompetenz des Staates nach Region  
(Nennungen Kategorien 4 und 5 in Prozent)**

F. 21a-i	Gesamt	Altmark	Börde	Harz	Anhalt	S.-Unstrut
Arbeitslosigkeit	18	8	16	18	21	22
Abwanderung aus Sachsen-Anhalt	19	13	20	13	16	25
Qualität der Schulen	31	31	30	28	31	33
Unternehmenspleiten	17	14	17	18	15	18
Schutz vor Kriminalität	39	32	38	43	31	41
Gerechte Löhne	23	9	20	30	22	26
Angleichung Lebensverhältnisse in Ost und West	24	14	24	26	24	27
Überalterung und Kindermangel	20	13	22	19	23	19
Banken- und Finanzkrise	22	12	20	27	27	22

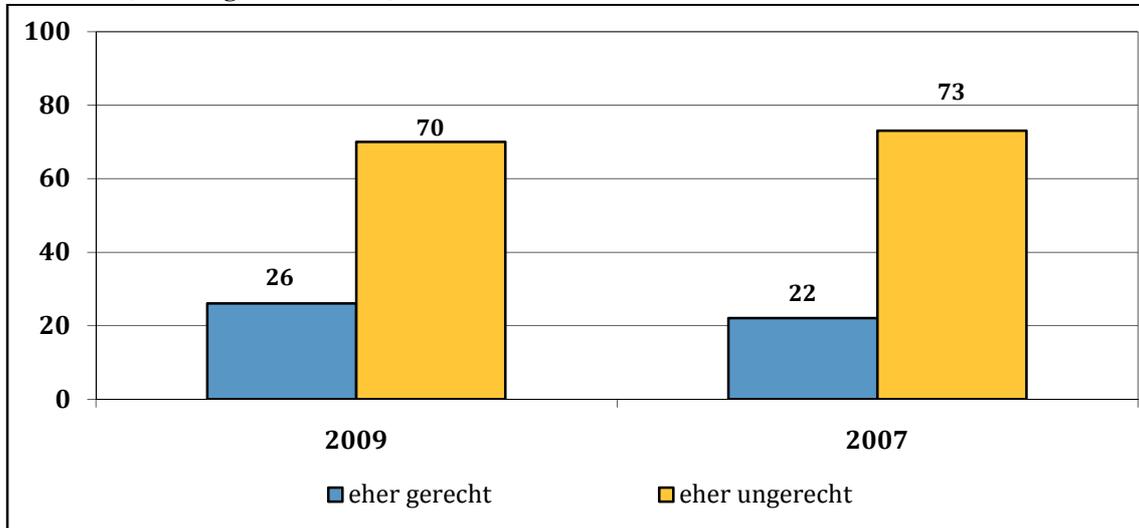
F. 21a-i: Was meinen Sie: Ist der Staat in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht in der Lage) bis 5 (umfassend dazu in der Lage).

Bemerkenswert ist auch das Ausmaß der hierbei seit 2007 eingetretenen Verschiebungen. Sie zeigen an, dass vergleichsweise viele Altmärker in relativ kurzer Zeit an Vertrauen in den Staat als einen Garanten öffentlicher Güter und Leistungen verloren haben. Die Vertrauensraten sind zum Teil in zweistelliger Größenordnung zurückgegangen, so für Arbeitslosigkeit um 13 Prozentpunkte, für Löhne um 21, für die Ost-/West-Angleichung um 20 und für Alterung/Kindermangel um 8 Prozentpunkte. Offenbar steht die Altmark exemplarisch für ein sich in strukturschwachen Räumen ausbreitendes Gefühl, Teil einer „vergessenen“ Region zu sein.

Das subjektive Empfinden, dass es alles in allem „gerecht zugeht“, beeinflusst den Grad der Nähe bzw. Distanz der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Hier hatten wir 2007 ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsdefizit gemessen. Dieses Gefälle baut sich auch 2009 wieder auf, jedoch in leicht abgeschwächter Formation: Gut

ein Viertel der Sachsen-Anhalter (+ 4) ist jetzt der Meinung, dass es in Deutschland eher gerecht zugeht. Demgegenüber nehmen 70 % (- 3), deutlich mehr als im gesamtdeutschen Durchschnitt<sup>29</sup>, die gegebenen Verhältnisse als ungerecht wahr (siehe Abb. 28).

**Abb. 28** Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland  
(Nennungen in Prozent)



F. 7: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?  
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch jetzt wächst das Gefühl, in einer ungerechten Ordnung zu leben, mit steigendem Alter. Und ebenso hat sich an der umgekehrten Degression, dass die bestehenden Verhältnisse weniger von Älteren und häufiger von Jüngeren als gerecht empfunden werden, der Tendenz nach nichts geändert. Doch fällt bei den über 60-Jährigen der Zuwachs des Gerechtigkeitsempfindens nun am stärksten aus (+11). Bei Jüngeren ist der Trend uneinheitlich. Während sich in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen das Meinungsbild in Richtung „ungerecht“ (+6) verschiebt, verläuft die Entwicklung in der jüngsten Kohorte der 18- bis 24-Jährigen genau anders herum. Hier halten sich die Einschätzungen „gerecht“ (+8) und „ungerecht“ (-9) mittlerweile fast die Waage (siehe Tab. 20). Aus dieser Sicht wird das Bild einer besonders systemkritisch gestimmten jungen Generation, wie es deren messbar gewachsene Distanz zur Idee der Demokratie nahelegt (siehe Tab. 12), folglich nicht bestätigt.

<sup>29</sup> Einer bundesweiten Umfrage zufolge, schätzten im Juni 2009 40 % der Deutschen die Verhältnisse hierzulande als „eher gerecht“ und 57 % als „eher ungerecht“ ein (Infratest dimap ARD-DeutschlandTrend August 2009, S. 22).

**Tab. 20 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss  
(Nennungen in Prozent)**

F. 7: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Eher gerecht	26	22	46	26	28	20	26	21	19	39
Eher ungerecht	70	73	51	67	68	78	70	73	77	57

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

**Tab. 21 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf und Region  
(Nennungen in Prozent)**

F. 7: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Beruf			Region				
	2009	2007	Arbeiter	Angestellter/Beamter	Freie Berufe/Selbständige	Altmark	Börde	Harz	Anhalt	Saale/Unstrut
Eher gerecht	26	22	19	27	24	19	29	18	25	32
Eher ungerecht	70	73	75	69	75	75	67	77	70	64

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch beim Gerechtigkeitsurteil tritt ein regionales Gefälle zutage. Dabei wiederholt sich das auch bei anderen Fragen aufscheinende Verteilungsmuster: In der Altmark (und ebenso in der Harzregion) werden ungerechte Verhältnisse vergleichsweise häufiger, in den Regionen Saale/Unstrut und Börde relativ weniger kritisiert (siehe Tab. 21). Auffallend sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Ortsgrößenklassen: Während in kleinen Gemeinden (unter 2.000 Einwohner) „ungerechte Verhältnisse“ überdurchschnittlich beklagt werden (74 %) und entsprechend seltener für „gerecht“ optiert wird (20 %), ist die Relation gerecht/ungerecht in den beiden Großstädten des Landes deutlich ausgeglichener (55 zu 41 %). Dies könnte die räumlich entsprechend unterschiedlich verlaufenden Konfliktlinien in der aktuellen Debatte um die Gemeindegebietsreform widerspiegeln.

**Tab. 22 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit und Geschlecht  
(Nennungen in Prozent)**

F. 7: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Tätigkeit					Geschlecht	
	2009	2007	erwerbstätig	arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau/Sonst.	m.	w.
Eher gerecht	26	22	25	13	59	24	32	31	22
Eher ungerecht	70	73	71	81	37	72	68	65	74

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Wie schon 2007, empfinden Frauen die Verhältnisse hierzulande häufiger ungerecht als Männer. Unter Arbeitern (+1), unter selbständig Tätigen (+3) und unter Hauptschülern (+3) ist der Anteil der für „gerecht“ optierenden leicht, unter Rentner (+7), Abiturienten (+9) und Auszubildenden (+15) deutlich angestiegen. Wer in der Ausbildung ist, hält anders als noch vor 2 Jahren die Umfeldbedingungen jetzt mehrheitlich für gerecht (siehe Tab. 22). Wenig verändert hat sich aus der Sicht von Arbeitslosen; das hier wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizit ist mit 81 % fast unverändert hoch (-3).

So wie die Einschätzung der eigenen Lebensumstände deutlich zuversichtlicher ausfällt als die Sicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in Bund und Land (vgl. Kapitel 2)<sup>30</sup>, wird auch die Frage nach dem *persönlich gerechten Anteil* an verteilten Gütern und Lebenschancen insgesamt wie auch im Vergleich zu 2007 häufiger, nämlich von 44 % (+5) der befragten Sachsen-Anhalter, positiv beantwortet. Umgekehrt sinkt die Zahl derer, die meinen, „weniger“ als einen gerechten Anteil zu erhalten, auf 53 % (-4) (siehe Tab. 23).

**Tab. 23 Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf  
(Nennungen in Prozent)**

F. 8	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Beruf		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Arbeiter	Angestellte/Beamte	Freie Berufe/Selbständige
Erhalte mehr als den gerechten Anteil	0	2	5	2	2	1	2	1	2	3
Erhalte gerechten Anteil	44	39	53	39	45	41	44	32	48	47
Erhalte etwas weniger	39	43	34	38	38	42	39	43	37	39
Erhalte sehr viel weniger	14	14	5	20	12	14	13	22	11	10

F. 8: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?  
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Das Gefühl, selbst benachteiligt zu werden, ist wie schon 2007 bei Arbeitern und bei Arbeitslosen überdurchschnittlich häufig ausgeprägt. Allerdings ist binnen zweier Jahre gerade in diesen beiden sozialen Gruppen die gegenteilige Überzeugung, einen *gerechten Anteil* zu bekommen, signifikant, nämlich bei Arbeitern um plus 5 und bei Arbeitslosen um plus 6 Prozentpunkte, angewachsen (siehe Tab. 23 und Tab. 24).

**Tab. 24 Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit  
(Nennungen in Prozent)**

F. 8	Sachsen-Anhalt (Ø)		Tätigkeit					Arbeitslose	
	2009	2007	Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau/Sonst.	Kurzzeitarbeitslose	Langzeitarbeitslose
Erhalte mehr als den gerechten Anteil	2	2	2	0	8	2	2	0	0
Erhalte gerechten Anteil	44	39	44	28	63	44	37	32	25
Erhalte etwas weniger	39	43	40	48	25	39	37	51	45
Erhalte sehr viel weniger	14	14	13	19	4	14	24	13	25

F. 8: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?  
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch Auszubildende bejahen in ihrer großen (und nochmals um 15 Prozentpunkte gestiegenen) Mehrheit eine gerechte persönliche Lebenslage. Die subjektive Vorstellung einer als

30 Diese Differenz wird auch in bundesweiten Umfragen seit längerem wiederholt gemessen. So machten sich im Juni 2009 47 % der Deutschen *keine* Sorgen um ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft. Vgl. Infratest dimap, DeutschlandTrend August 2009, S. 7.

ungerecht empfundenen sozialen Schichtung im Lande, bei welcher der untere Teil und das Gros der Gesellschaft auseinanderdriften, hat sich demzufolge tendenziell abgeschwächt (siehe Tab. 23).

Zunehmend prekär hat sich die Chancengerechtigkeit also nicht, wie man hätte vermuten können, insbesondere im Wahrnehmungshorizont ressourcenschwacher Schichten entwickelt. Wohl aber aus der Sicht bestimmter Altersgruppen. Der Zwei-Jahres-Vergleich zeigt hier eine bemerkenswerte Dynamik bei und zwischen einzelnen Generationen auf: Während die persönliche Gerechtigkeitsbilanz der Jüngeren bis 24 Jahre nochmals positiver ausfällt als vor 2 Jahren (gerechter Anteil: +9 – weniger als gerechter Anteil: -9), fühlen sich als einzige Altersgruppe die 25- bis 34-Jährigen jetzt öfter ungerecht behandelt (-15). Hingegen sehen sich die mittleren und älteren Jahrgänge zwischen 35 und 59 Jahren, die noch 2007 am meisten über ungerechte Teilhabe geklagt hatten, jetzt deutlich besser gestellt (35- bis 44-Jährige: +8 – 45- bis 59-Jährige: +10).

Arbeitslose gelten landläufig als eine kritische Sozialgruppe. Mit dem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sind häufig nicht nur materielle Einbußen, sondern auch ein gesellschaftlicher Statusverlust verbunden. Vor diesem Erfahrungshintergrund wachsen, so eine allgemein verbreitete Annahme, das Gefühl, persönlich benachteiligt zu sein, sowie eine pessimistische Sicht auf die Zukunft. Politisch mache sich diese Grundhaltung in einer vermehrten Neigung zum Ausstieg aus der (etablierten) Politik bemerkbar. Insbesondere Arbeitslose versinken demnach in politischer Apathie, pflegen ein Desinteresse an Politik, nehmen nicht teil an Wahlen oder benutzen ihre Stimme als Denkmittel und wenden sich ab von demokratischen Basiswerten und Institutionen.

Empirische Befunde, die dieses „Narrativ“ einer politischen Selbstausgrenzung von Arbeitslosen belegen, sind eher schmal.<sup>31</sup> Immerhin zeigt eine vergleichende Studie für 16 europäische Länder, dass in allen diesen Ländern unter Nichtwählern mehr Arbeitslose als Erwerbstätige sind.<sup>32</sup> Und dass Arbeitslose mehr als andere soziale Gruppen dazu tendieren, rechtsradikale Parteien zu wählen, wurde zuletzt durch die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 sowie der Landtagswahl 2005 in Sachsen-Anhalt bestätigt.<sup>33</sup>

In Sachsen-Anhalt sind arbeitslose Befragte tatsächlich um ein vielfaches unzufriedener mit ihrem Leben als der Bevölkerungsdurchschnitt. Verglichen mit 2007, erscheint diese sozial asymmetrische Verteilung der bekundeten Unzufriedenheit unverändert (siehe Tab. 25 und Abb. 7). Anders als noch vor 2 Jahren, unterscheiden sich Kurzzeit- und Langzeitarbeitslose jedoch nicht mehr im Grad der grundsätzlichen Unzufriedenheit (77 bzw. 76 %) mit ihrer Lebenslage (siehe Tab. 25). Die Angleichung bei dieser Einstellung resultiert daraus, dass erst vor kurzem arbeitslos Gewordene sich unzufriedener, dauerhaft ausgesteuerte

---

31 Vgl. auch neuestens Gabriel, Oscar W./Weßels, B./Falter, Jürgen W.: 2009. Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden.

32 De Nève, D.: 2009, NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen und Farmington Hills. S. 125f. .

33 Bei den BTW 2005 stimmte jeder siebte ostdeutsche Wähler für die NPD, die in Ostdeutschland insgesamt auf 3,6 % der Stimmen kam (vgl. Infratest dimap Wahlreport Bundestagswahl 2005, S. 73). Bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erzielte die DVU, die an der 5-Prozent-Hürde klar scheiterte, bei Arbeitslosen 8 % (Infratest dimap Wahlreport Landtagswahl 2006, S. 46).

Personen sich aber in zahlenmäßig gleicher Größenordnung zufriedener äußern (siehe Tab. 25).

**Tab. 25** Ausgewählte Einstellungen nach Stellung im Erwerbsleben  
(Arbeitslose, Kurzeit- und Langzeitarbeitslose in Prozent)

	Ausprägung	Gesamt		Arbeitslose		Kurzeitarbeitslose	Langzeitarbeitslose
		2009	2007	2009	2007		
F. 4: Zufriedenheit mit eigener Lebenssituation	zufrieden	73	72	22	23	23 (-10)	22 (+8)
	unzufrieden	27	28	77	77	77 (+10)	76 (-10)
F. 5: persönliche Zukunft	optimistisch	74	67	49	47	50 (-12)	49 (+13)
	pessimistisch	25	30	55	51	50 (+12)	49 (-12)
F. 7: in Deutschland gerecht	ja	26	22	13	14	20 (-3)	6 (-2)
	nein	70	73	81	84	76 (-1)	86 (-3)
F. 8: gerechter persönlicher Anteil	ja	46	41	28	22	32 (+3)	25 (+9)
	nein	53	59	67	74	64 (-7)	70 (-8)
F. 9: politisches Interesse	stark	59	58	45	40	47 (+24)	42 (-11)
	gering	41	42	55	60	53 (-24)	58 (+11)
F.12: zufrieden mit Demokratie	zufrieden	49	41	30	33	23 (-27)	36 (+17)
	unzufrieden	50	57	69	65	77 (+27)	61 (-16)
F. 13: Demokratie beste Idee	ja	79	79	62	68	61 (-20)	62 (+3)
	nein	20	18	37	26	37 (+23)	37 (+2)
F. 14: Freiheit oder Gleichheit	Freiheit	54	52	46	47	55 (-3)	36 (-3)
	Gleichheit	40	41	50	43	41 (-1)	59 (+15)
F. 15: Freiheit oder Sicherheit	Freiheit	26	25	28	20	36 (+11)	21 (+5)
	Sicherheit	67	69	67	74	60 (-15)	73 (±0)
F. 17: Vertrauen in Behörden	ja	40	43	31	40	29 (-26)	33 (+5)
	nein	56	53	66	60	68 (+24)	65 (-7)
F. 24: Wohlfahrtsstaat bewährt	ja	60	56	44	43	39 (-9)	48 (+9)
	nein	38	42	56	57	61 (+11)	52 (-9)
F. 33a: NPD + DVU: vernachlässigte Themen	ja	31	33	36	42	28 (-15)	44 (+2)
	nein	61	59	58	44	66 (+19)	49 (+7)
F. 33b: NPD + DVU: kümmern sich	ja	9	8	20	8	10 (±0)	29 (+22)
	nein	84	84	73	80	84 (+3)	63 (-15)

Die Antwortkategorien stimme voll und ganz zu/stimme eher zu und lehne ab/lehne völlig ab sowie sehr zufrieden/zufrieden und weniger zufrieden/gar nicht zufrieden usw. wurden jeweils zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Ähnlich verschiebt sich die Selbstwahrnehmung in den beiden Teilgruppen bei der Einschätzung der Zukunftsperspektiven. Wer arbeitslos ist, äußert sich bezüglich seiner persönlichen Aussichten merklich pessimistischer.

4 von 5 Arbeitslosen (81 %) beurteilen die Verhältnisse hierzulande, nicht überraschend, als ungerecht. Diese kritische Wertung ist allerdings in der Langzeitarbeitslosen-Teilgruppe besonders verbreitet (86 %; -3). Arbeitslose insgesamt beklagen häufiger (67 %) als andere Befragte (63 %) auch, persönlich keinen gerechten Anteil zu erhalten. Dieses Gefühl der Zurücksetzung hat sich unter Kurz- wie Langzeitarbeitslosen inzwischen gleichermaßen abgeschwächt (-7). Indessen entwickelt sich die Stimmungslage bei Langzeitarbeitslosen auch hier wiederum abweichend, denn die Zahl jener, die eine gerechte Teilhabe bejahen, ist dreimal mehr angestiegen (+9) als bei jenen, die erst seit kurzem arbeitslos sind (siehe Tab. 25).

Wer längere Zeit nicht erwerbstätig gewesen ist, baut mithin im Laufe der Jahre ein ganz eigenes, und zwar angepasstes Bewusstsein seines gesellschaftlichen und politischen Umfelds sowie der Position seiner selbst in dieser Umwelt auf. Dies bestätigen auch die aktuellen Daten zum Interesse an Politik (wo Kurzarbeitslose ungleich interessierter sind) und ebenso zur Idee der Demokratie sowie zu deren Funktionieren, wo Langzeitarbeitslose, anders als Kurzarbeitslose verglichen mit 2007 nachgerade einen Schub in Richtung von mehr Demokratiezufriedenheit durchgemessen haben (siehe Tab. 25).

Ersichtlich wird: Unter längere Zeit Arbeitslosen wächst die Zahl derer, die sich mit einem Leben ohne Erwerbstätigkeit arrangiert haben. Sie sehen durchaus zuversichtlich der Zukunft entgegen und fühlen sich von Staat und Gesellschaft gerecht behandelt. Der Politik bringen diese Befragten ein sinkendes Interesse entgegen. Diese Abstandshaltung speist sich aber offenbar weniger aus einem Gefühl der Resignation, Verdrossenheit oder gar Wut als vielmehr aus der Erfahrung gesicherter Fürsorge: Deutlich mehr Langzeitarbeitslose als noch vor 2 Jahren sind zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und der Meinung, der Wohlfahrtsstaat habe sich bewährt. Aus der Bündelung solcher Einstellungen schält sich ein Typus eines *'bedürftigen Konformisten'* heraus, der das Maß an materieller Unterstützung, das ihm in der anhaltenden Notlage zuteil wird, zu schätzen weiß, aber zugleich merklich entpolitisiert erscheint. Das bedeutet nicht, dass sich dieser Typus nicht auch auf Dauer gesellschaftlich allein gelassen fühlt. Die Zahl der lange Zeit Arbeitslosen, die meinen, rechts-extreme Parteien würden sich um „die Probleme der Menschen“ im näheren Umfeld kümmern, hat erheblich, um 22 Prozentpunkte, zugenommen.

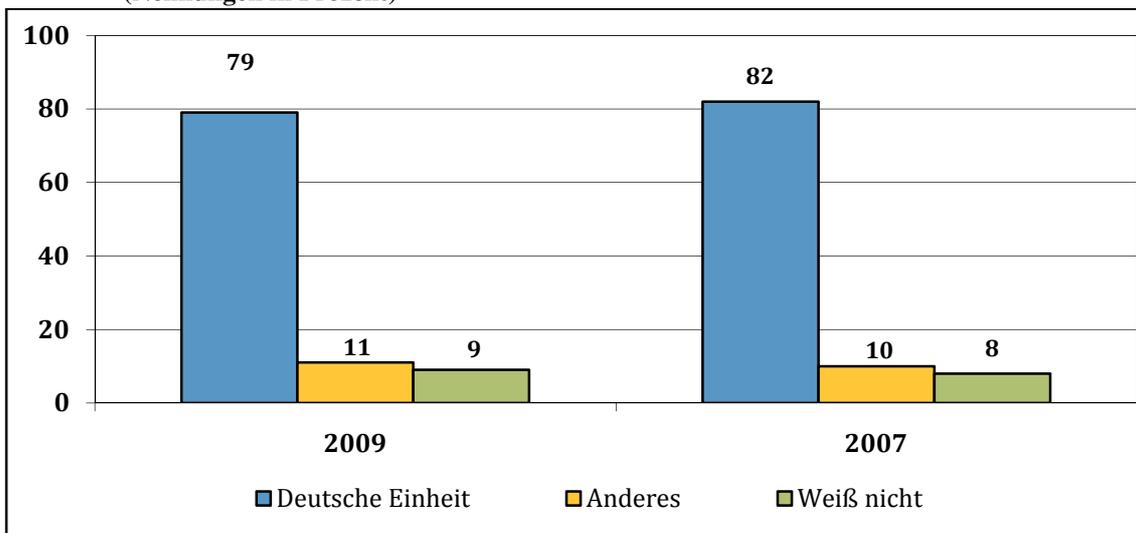
Deutlich weniger mit ihrem sozialen Schicksal arrangiert und politisch befriedet zeigen sich demgegenüber Befragte, die erst vor kurzem ihren Arbeitsplatz verloren haben. Diese Teilgruppe äußert sich weniger zufrieden mit der eigenen Lebenslage (-10) und weniger zukunfts-froh (-12), weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie (-27), weniger verwachsen mit der Idee der Demokratie (-20) und weniger vertrauensvoll über Behörden (-26) als 2 Jahre zuvor (siehe Tab. 25). Andererseits hat ihr Interesse an Politik enorm zugenommen (+24). Ähnlich aufgeschlossen wie Langzeitarbeitslose für von NPD und DVU lancierte Themen sind seit kurzem Erwerbslose – noch – nicht. Solange der Statuswechsel von der Berufsausübung in die Beschäftigungslosigkeit als ein existentieller Einschnitt noch

frisch gegenwärtig ist, überträgt sich die damit einhergehende Verunsicherung offenbar in eine gegenüber Staat und Politik stärker unduldsame und distanzierte Haltung, ohne in radikalisierten Protest umzuschlagen (siehe Tab. 25 und Kapitel 11). Dies verweist auf eine situativ verursachte Politisierung, die nicht gleich in Systemkritik mündet. Mit dem sozialen Abstieg mag man sich jedenfalls noch nicht abfinden. Dieser Typus lässt sich ehestens als *‘streitbar widerständig’* kennzeichnen.

## 9 Die DDR: ein Unrechtsstaat mit menschlicher Wärme?

Der 3. Oktober 1990 ist in der Erinnerung der weitaus meisten Sachsen-Anhalter als das Datum der deutschen Einigung auch fast 19 Jahre danach präsent. 79 % der Befragten (-3) beantworten die Datumsfrage zutreffend (siehe Abb. 29). Allerdings wächst die Unkenntnis unter Jugendlichen: Jeder Vierte zwischen 18 und 24 Jahren (26 %) weiß mit dem Oktoberdatum nichts anzufangen; das sind 11 % mehr als noch 2007. Weitere 12 % nennen falsche inhaltliche Bezüge.

**Abb. 29** Welches historische Ereignis verbinden Sie mit dem 3. Oktober 1990?  
(Nennungen in Prozent)

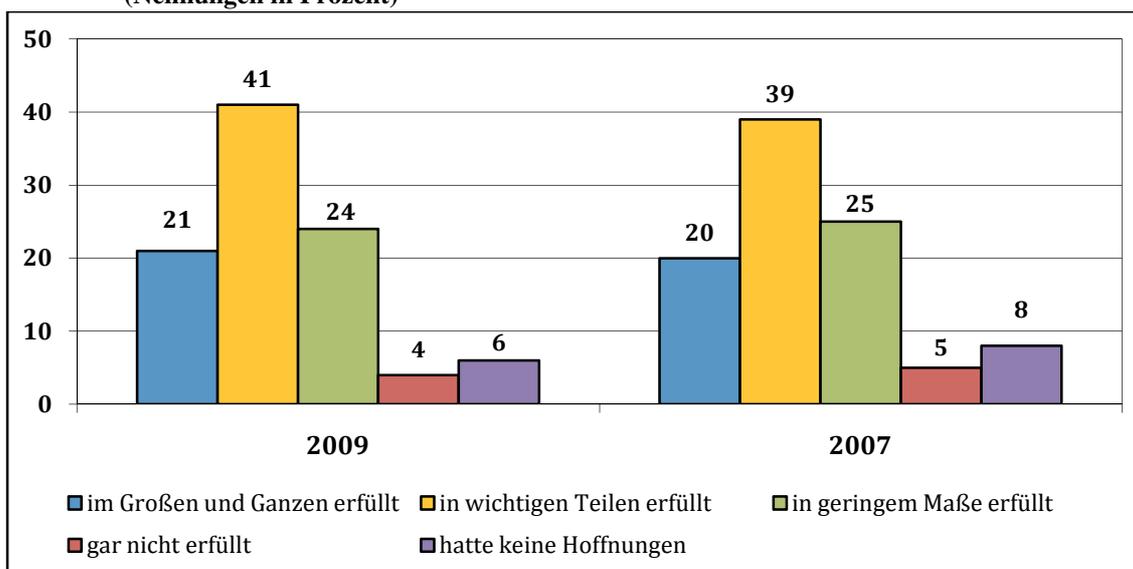


F. 25: ...

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Historisch markiert der 3. Oktober 1990 den förmlich vollzogenen Systemwechsel von dem autoritären Ein-Partei-Regime und der staatlich gelenkten Planwirtschaft der DDR zu der demokratischen Verfassungsordnung und der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Dass dies ein fundamentaler Einschnitt war, wird von der großen Mehrheit der Sachsen-Anhalter, wie schon 2007, bejahend mit vollzogen. Wie oben schon dargelegt, hält es nur jeder Fünfte für wünschenswert, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren (siehe Tab. 16). Demgegenüber haben sich für knapp zwei Drittel der Befragten (62 %, +3) die in das neue System gesetzten Erwartungen überwiegend erfüllt (siehe Abb. 30).

**Abb. 30 Hoffnungen in Wende erfüllt  
(Nennungen in Prozent)**



F. 26: Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt, die Sie mit dem neuen System nach 1990 verbunden hatten? Haben sich Ihre Hoffnungen im Großen und Ganzen erfüllt, nicht überall aber in wichtigen Teilen erfüllt, in nur geringem Maße erfüllt oder gar nicht erfüllt?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch bei dieser Frage und noch bei weiteren Einschätzungen, die auf die deutsche Einigung bezogen sind, stoßen wir in unserer neuen Umfrage auf die aus der bisherigen Analyse der Daten nun schon vertrauten Generationenunterschiede: Jüngere zwischen 18 und 34 Jahren äußern sich häufiger enttäuscht über die Nachwirkungen der Wende als noch vor 2 Jahren (beide Altersgruppen -15 %). Hingegen fällt bei Befragten, die 35 Jahre und älter sind, die Bilanz erfüllter oder unerfüllter Hoffnungen der Einigung inzwischen positiver aus (siehe Tab. 26).

**Tab. 26 Hoffnungen in Wende erfüllt nach Alter  
(Nennungen in Prozent)**

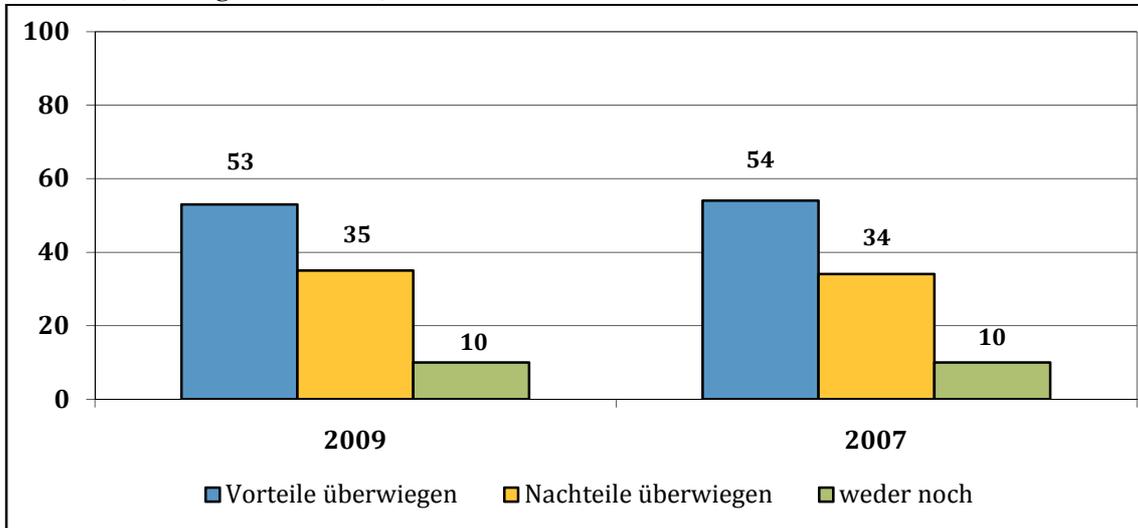
F. 26	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Im Großen und Ganzen erfüllt	21	20	9	24	23	17	25
Nicht überall, aber in wichtigen Teilen erfüllt	41	39	14	22	47	45	48
In nur geringem Maße erfüllt	24	25	22	27	20	30	21
Gar nicht erfüllt	4	5	3	4	3	4	4
Hatte keine Hoffnungen	6	8	27	9	5	3	2

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Für Mehrheiten in den mittleren und älteren Jahrgängen überwiegen auch noch eindeutiger als bei unserer letzten Umfrage im Land die Vorteile, welche die Einigung gebracht hat. Insbesondere 35- bis 44-Jährige äußern sich jetzt häufiger positiv (+14). Anders die unter 35-Jährigen: Hier fällt die Kosten-Nutzen-Abwägung merklich zahlreicher als 2007 nicht zugunsten der Vereinigung aus (18- bis 24-Jährige: -18 – 25- bis 34-Jährige: -15, siehe Tab. 26).

Weil bei Befragten mittleren und fortgeschrittenen Alters die wohlwollende Bewertung angestiegen ist, überwiegen auch 2009 für eine nahezu konstante Mehrheit der Landesbevölkerung die allgemeinen einigungsbedingten Vorteile (siehe Abb. 31).

**Abb. 31 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland (Nennungen in Prozent)**



F. 28: Und nun eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile überwiegen?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Schwankungsbreite zwischen vorteilhafter und nachteiliger Bewertung der Folgen der Einheit ist, unterscheidet man nach bestimmten sozialen Merkmalen, seit 2007 größer geworden.

**Tab. 27 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Alter und Schulabschluss (Nennungen in Prozent)**

F. 28	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Vorteile überwiegen	53	54	42	50	63	50	55	37	44	73
Nachteile überwiegen	35	34	50	42	29	38	29	49	42	18
Weder noch	10	10	2	4	7	11	15	13	11	7

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Unter Befragten mit Hauptschulabschluss und Arbeitslosen (auch hier wiederum nur bei solchen, die erst vor kurzem ihre Arbeit verloren haben) und ferner bei Anhängern von SPD, Bündnisgrünen und FDP sind die kritischen Stimmen zur Einigung gewachsen. Befragte mit Hochschulabschluss sowie Parteigänger von CDU und Linkspartei (sämtlich jeweils +3) hingegen äußern sich zuversichtlicher als noch 2 Jahre zuvor (siehe Tab. 27 und Tab. 28). Bei Langzeitarbeitslosen ist die Zahl der Einigungskritiker um 8 Prozentpunkte zurückgegangen.

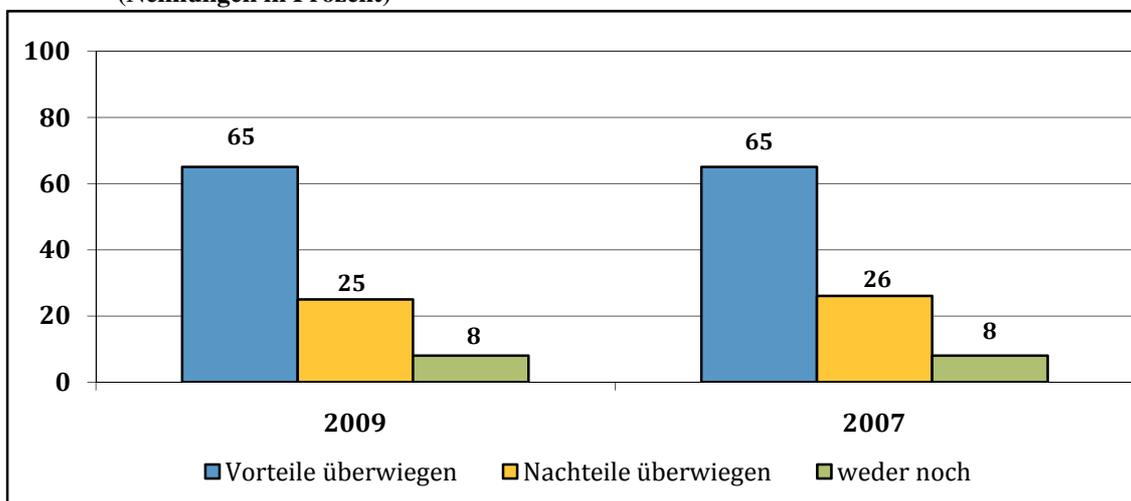
**Tab. 28 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Parteiensympathie (Nennungen in Prozent)**

F. 28	Sachsen-Anhalt (Ø)		Parteiensympathie					
	2009	2007	CDU	SPD	B'90/Grüne	FDP	Linke	keine
Vorteile überwiegen	53	54	74	57	71	66	37	30
Nachteile überwiegen	35	34	20	34	26	26	47	51
Weder noch	10	10	5	7	3	6	16	16

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Wie bei dem vorangegangenen Fragenpaar nach der Beurteilung von allgemeiner Wirtschaftslage und eigener Lebenssituation (vgl. Kapitel 2 und 8), wird auch die Einigung überwiegend auf der Habenseite des persönlichen Erfahrungskontos verbucht. Für unverändert 65 % der Sachsen-Anhalter überwiegen nach eigenem Bekunden die Vorteile der Einigung. Ein Viertel der Befragten (-1) registriert vornehmlich Nachteile (siehe Abb. 32).

**Abb. 32 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung (Persönlich) (Nennungen in Prozent)**



F.29: Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?  
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Verschoben haben sich indes auch hier die altersspezifischen Urteile. Jüngere Befragte, und zumal unter 24-Jährige (-28), sehen nun häufiger als 2007 für sich selbst überwiegend nachteilige Effekte der Einigung (siehe Tab. 29).

**Tab. 29 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich nach Alter und Schulabschluss (Nennungen in Prozent)**

F. 29: Und für Sie persönlich: Überwiegen eher die Vorteile oder eher die Nachteile?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Vorteile überwiegen	65	65	44	62	74	63	69	57	57	82
Nachteile überwiegen	25	26	46	26	19	29	20	33	33	11
Weder noch	8	8	0	9	6	8	10	9	9	5

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

In der jüngsten Altersgruppe fällt der Stimmungsumschwung so stark aus, dass sich die Mehrheit umgekehrt hat: Jetzt überwiegen knapp jene, die persönlich eher Nachteile zu erfahren meinen (siehe Tab. 29).

Auch hinsichtlich der persönlichen Bilanz der deutschen Einigung weichen Befragte mit niedrigem Schulabschluss und noch deutlicher Arbeitslose vom allgemein positiven Erfahrungsbild ab. Jedoch ist sowohl unter Hauptschulabsolventen (+5) als auch unter Arbeitslosen (+3) die Zahl derer, die selbst überwiegend Vorteile erfahren haben, moderat gewachsen. Wiederum sind es Langzeitarbeitslose, deren Voten die persönliche Begutachtung des Lebens seit der Einigung durch diese Sozialgruppe tendenziell etwas aufhellen (+9). Anhänger der politischen Parteien formieren sich ähnlich wie bei der Beantwortung der allgemeinen Gesamtrechnung der Einigung: Während unter Sympathisanten von SPD (+10), Bündnisgrünen (+4) und FDP (+2) die Zahl der subjektiven Einigungsverlierer jeweils zugenommen hat, ist sie im Gefolge von CDU (-4) und Linke (-8) gesunken. Einzig auf der linken Seite des politischen Spektrums ist die positive Selbsteinschätzung, der zufolge persönliche Vorteile der Einigung überwiegen, gewachsen (+9; siehe Tab. 30).

**Tab. 30 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich nach Stellung im Erwerbsleben und Parteiensympathie (Nennungen in Prozent)**

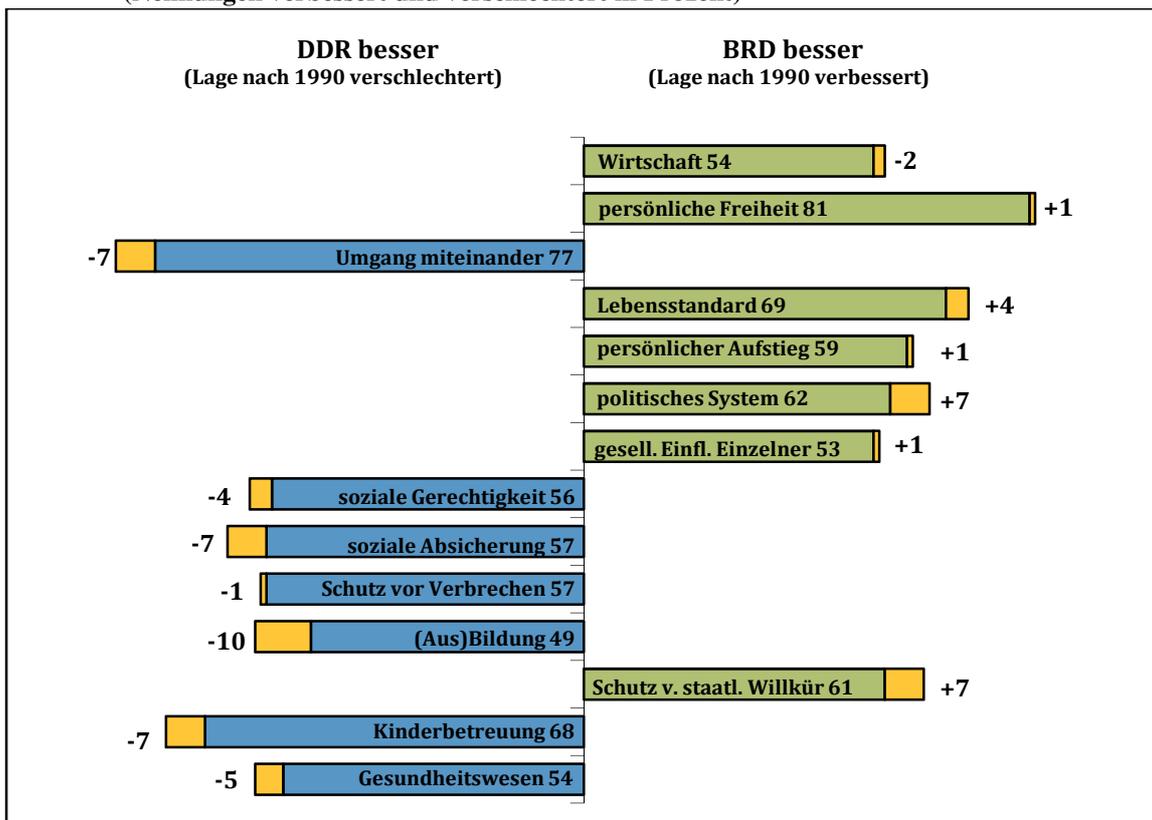
F. 29: Und für Sie persönlich: Überwiegen eher die Vorteile oder eher die Nachteile?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Stellung im Erwerbsleben				Parteiensympathie				
	2009	2007	Erwerbstätig	Arbeitslos	Kurzzeitarbeitslose	Langzeitarbeitslose	CDU	SPD	B'90/Grüne	FDP	Linke
Vorteile überwiegen	65	65	70	30	39	21	82	71	83	74	56
Nachteile überwiegen	25	26	22	62	58	66	10	24	15	20	34
Weder noch	8	8	7	8	3	13	5	5	2	5	9

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Wie schon 2007, wurden die Befragten auch diesmal gebeten anzugeben, in welchen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich seit der Wende etwas verbessert oder verschlechtert habe. Der Befund des wiederholten subjektiven Vergleichs der Systeme lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Das geeinte Deutschland wird als das freiere, wirtschaftlich leistungsstärkere und politisch bessere System von der Mehrheit der Sachsen-Anhalter bevorzugt.
2. Nach wie vor werden andererseits mehrheitlich auch der DDR bestimmte Vorzüge zugesprochen: Das Leben in ihr wird als sozialer, gegen Lebensrisiken abgesicherter sowie als im zwischenmenschlichen Bereich verträglicher beschrieben.
3. Mit wachsendem zeitlichen Abstand erfolgt *keine* zunehmende Verklärung vorgeblich guter Seiten der DDR (siehe Abb. 33).

**Abb. 33 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik  
(Nennungen verbessert und verschlechtert in Prozent)**



F. 31a-q: Veränderungen zu 2007 (in Gelb abgesetzt)

Unverändert weiß die übergroße Mehrheit im Land vor allem den Zugewinn an persönlicher Freiheit (81 %) zu schätzen. Auch weitere politikt nahe Veränderungen werden als Vorzüge des Systemwandels wahrgenommen (siehe Tab. 31), wie beispielsweise die Chance zum individuellen Aufstieg (59 %), die nach 1990 eröffneten Möglichkeiten bürgerschaftlicher Beteiligung (53 %) sowie die Abwesenheit staatlicher Willkür (61 %). Folgerichtig wird auch der Wechsel des politischen Systems von der Diktatur zur Demokratie als eine Verbesserung angesehen (62 %).

Andererseits hält sich in der kollektiven Erinnerung ein Bild der DDR, das eine Diktatur mit sozialen Zügen darstellt: Man ging menschlicher miteinander um (77 %), war gegen Fährnisse des Lebens besser abgesichert (57 %) und hatte teil an staatlichen Segnungen, die gerechter verteilt waren (56 %) sowie dabei bessere Bildungschancen (49 %), bessere Kinderbetreuung (68 %) und ein leistungsfähigeres Gesundheitswesen (54 %) vorhielten und überdies einen wirksameren Schutz gegen Kriminalität und Verbrechen garantierten (57 %).

**Tab. 31 Verbesserung und Verschlechterung in bestimmten Bereichen nach der Wende nach Alter  
(Nennungen in Prozent)**

F. 30 a-q	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
		2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Wirtschaft	Verbessert	54	56	57	42	67	52	54
	Verschlechtert	31	29	29	41	21	31	31
	Kaum verändert	11	11	9	11	10	15	9
Persönliche Freiheit	Verbessert	81	80	85	84	85	74	84
	Verschlechtert	4	3	4	6	4	6	3
	Kaum verändert	14	16	9	8	10	20	13
Umgang der Menschen miteinander	Verbessert	6	5	14	11	4	4	4
	Verschlechtert	77	84	61	68	81	83	78
	Kaum verändert	15	11	13	17	15	12	18
Lebensstandard	Verbessert	69	65	66	66	76	65	72
	Verschlechtert	14	15	17	23	10	14	11
	Kaum verändert	15	18	13	8	12	21	16
Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen	Verbessert	59	58	58	68	70	55	52
	Verschlechtert	20	22	23	23	14	23	20
	Kaum verändert	18	18	15	8	15	21	23
Anerkennung der persönlichen Leistung	Verbessert	26	27	24	38	31	23	22
	Verschlechtert	32	37	37	27	27	41	28
	Kaum verändert	36	31	24	29	40	35	41
Politisches System	Verbessert	62	55	63	66	64	55	63
	Verschlechtert	11	16	7	13	12	13	10
	Kaum verändert	23	25	22	17	20	29	22
Möglichkeiten des Einzelnen auf die gesellschaftliche Entwicklung	Verbessert	53	52	65	61	65	49	43
	Verschlechtert	13	16	15	18	8	11	14
	Kaum verändert	31	30	18	19	25	38	38
Soziale Gerechtigkeit	Verbessert	22	19	50	29	22	15	18
	Verschlechtert	56	60	29	53	58	69	54
	Kaum verändert	18	19	12	13	18	15	25
Soziale Absicherung	Verbessert	22	19	32	22	15	14	30
	Verschlechtert	57	64	37	58	68	71	45
	Kaum verändert	18	16	23	14	16	13	22
Schutz vor Kriminalität und Verbrechen	Verbessert	12	17	19	17	7	13	10
	Verschlechtert	57	58	40	42	65	62	59
	Kaum verändert	28	23	31	34	26	24	29
Bildung und Ausbildung	Verbessert	29	24	45	40	24	26	24
	Verschlechtert	49	59	33	44	56	54	49
	Kaum verändert	17	14	16	13	18	17	17
Schutz vor staatlicher Willkür	Verbessert	61	54	66	67	61	58	59
	Verschlechtert	9	13	1	13	10	9	9
	Kaum verändert	25	27	25	16	26	31	24
Betreuung von Kindern	Verbessert	12	8	28	17	9	8	10
	Verschlechtert	68	75	55	68	76	74	63
	Kaum verändert	15	14	8	12	14	14	21
Gleichberechtigung von Mann und Frau	Verbessert	23	24	50	42	23	13	16
	Verschlechtert	29	31	8	12	24	40	36
	Kaum verändert	45	43	35	42	52	47	45
Das Gesundheitssystem	Verbessert	28	25	42	40	27	25	22
	Verschlechtert	54	59	23	42	59	62	60
	Kaum verändert	14	12	18	13	12	12	17
Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft	Verbessert	36	35	29	43	38	30	35
	Verschlechtert	26	30	26	29	28	31	21
	Kaum verändert	36	33	30	24	32	39	41

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Unsicher im Urteil ist eine relative Mehrheit der Befragten, was einige immaterielle Systemleistungen betrifft. Für das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft (36 %), für das Durchsetzen der Gleichberechtigung von Männern und Frauen (45 %) sowie hinsichtlich der Anerkennung der persönlichen Leistung (36 %) haben sich demzufolge nach der Wende die Verhältnisse kaum verändert (siehe Tab. 31).

Bemerkenswert ist, dass im Fortgang der Zeit die vermeintlich guten Seiten der DDR ausnahmslos verblassen und umgekehrt die der gesamtdeutschen Ordnung und Lebenswelt zugeschriebenen Vorzüge, mit Ausnahme der Wirtschaft und des eigenen Wohlfühlens, allesamt häufiger als noch vor 2 Jahren genannt werden (siehe Abb. 33). Immer wieder gab es in Ostdeutschland Indizien dafür, dass die Mythenbildung einer vorgeblich qualitativ vorbildlichen Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsvorsorge der DDR besonders zählebig ist. Doch unseren Daten zufolge, hat sich der Bonus, welcher dem Staat der DDR gerade bezogen auf diese letztgenannten Bereiche öffentlicher Versorgung bisher oftmals eingeräumt worden ist, in den Augen der Sachsen-Anhalter merklich abgeschwächt.

Die junge Generation bis 24 Jahre sieht die Dinge nach der Wende in den abgefragten Bereichen teilweise stärker verbessert als der Bevölkerungsdurchschnitt (siehe Tab. 31). Verglichen mit der DDR, steht in den Augen der Jüngeren insbesondere der bundesdeutsche Sozialstaat deutlich besser da: Jeder zweite 18- bis 24-Jährige bewertet die heutige Ordnung als sozial gerechter (Gesamtdurchschnitt: 22 %) und auch in punkto Gleichberechtigung als fortschrittlicher (Gesamt: 23 %). Und kaum weniger (-1) als 2007, nämlich 63 %, sehen in der Bundesrepublik auch das bessere politische System. Umgekehrt bewerten junge Sachsen-Anhalter die ansonsten häufig so gesehenen Vorzüge des DDR-Systems, also Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitswesen, erheblich kritischer als das Gros der Bevölkerung. Skeptischer hingegen fällt im Systemvergleich das Urteil Jüngerer aus, wenn nach den persönlichen Aufstiegschancen, der Anerkennung persönlicher Leistungen sowie nach dem eigenen Wohlbefinden in der Gesellschaft gefragt wird (siehe Tab. 31).

Nach wie vor erscheint das Gesamtbild der DDR in der Rückschau janusköpfig (siehe Tab. 32). Für die Mehrheit der Sachsen-Anhalter war die DDR ganz eindeutig (22 %) oder eher (30 %) ein *Unrechtsstaat*. Noch mehr, nämlich 79 % der Befragten, und damit nur unwesentlich weniger als 2007 (-3), klassifizieren den SED-Staat als Diktatur. Für die weitaus meisten (77 %) stellt folglich der Mauerfall ein freudiges Ereignis dar. Zugleich bestätigen fast alle (94 %), in der DDR sei „nicht alles schlecht gewesen“. Schließlich habe man trotz aller Einschränkungen „privat alles in allem ganz gut leben“ können (88 %).<sup>34</sup> Damit korrespondiert die mehrheitliche Einschätzung, die Gründung der DDR habe „auch soziale Motive gehabt“ (62 %). Von daher versteht sich, dass, wer in der DDR leben musste, *nicht* „viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren“ hat (80 %).

---

34 Dieses Meinungsbild entspricht in der Tendenz dem aktuell in Ostdeutschland insgesamt verbreiteten Urteil: Einer TNS Emnid-Umfrage von April 2009 zufolge, hat für 49 % der befragten Ostdeutschen die DDR „mehr gute als schlechte Seiten“ und für weitere 8 % „ganz überwiegend gute Seiten“ gehabt.

**Tab. 32 Beurteilung der DDR nach Alter**  
 (Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)

F. 31 a-i	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
		2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Die DDR war ein Unrechtsstaat.	Zustimmung	52	-	41	49	46	49	62
	Ablehnung	43	-	47	43	46	49	36
Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.	Zustimmung	55	56	55	55	42	58	60
	Ablehnung	42	41	41	45	53	40	38
Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.	Zustimmung	57	-	38	60	53	57	63
	Ablehnung	39	-	56	37	41	40	31
Der 20. Jahrestag des Mauerfalls ist für mich ein freudiges Ereignis.	Zustimmung	77	-	66	72	76	70	87
	Ablehnung	20	-	27	23	22	26	11
Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	Zustimmung	72	78	58	68	76	77	74
	Ablehnung	26	20	41	30	21	22	24
Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.	Zustimmung	88	90	86	84	92	91	86
	Ablehnung	10	8	5	11	7	8	13
Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	Zustimmung	54	59	51	49	52	55	57
	Ablehnung	43	38	41	49	46	44	39
Wenn man in der DDR leben musste, hat man viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren.	Zustimmung	16	17	13	14	8	13	23
	Ablehnung	80	82	74	78	91	85	74
Es war nicht alles schlecht in der DDR.	Zustimmung	94	96	96	93	98	94	92
	Ablehnung	5	4	1	5	1	6	7
Das politische System der DDR war eine Diktatur.	Zustimmung	79	82	63	72	82	82	83
	Ablehnung	18	16	33	23	13	17	15
Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.	Zustimmung	92	93	87	92	94	96	90
	Ablehnung	6	6	10	6	5	3	8
Die Gründung der DDR hatte auch soziale Motive.	Zustimmung	62	67	62	51	56	61	69
	Ablehnung	30	27	24	37	34	33	26

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Gesamtbild hat sich die vorherrschende Auffassung, zumindest im Privaten habe es sich in der DDR aushalten lassen, gegenüber 2007 nur leicht abgeschwächt. Selbst wer vom Unrechtsstaat-Charakter der DDR überzeugt ist, verbindet mit dem Signum Unrecht ein Kennzeichen des damaligen *Staates* bzw. damaliger *Politik*, womit das 'ganze Leben' *im* Staat bzw. *neben* der Politik nicht mit eingeschlossen wird. Dass in der Konsequenz dieser Sichtweise, die zwischen System und Lebenswelt trennt, im Nachhinein das Private auch dort entpolitisiert wird, wo es der Formung durch den allgegenwärtigen politischen Alleinvertretungsanspruch des SED-Regimes sehr wohl unterlag, und dass sich folglich *das System* der DDR weder nach seiner Idee noch in seiner sozialen Wirklichkeit nicht in hässliche diktato-

rische und harmlose private Seiten aufteilen lässt, tut der Beharrungskraft des populären Deutungsmusters, das den DDR-Alltag privatistisch wahrnimmt, nach wie vor nicht Abbruch.

Allerdings signalisiert die wachsende Zahl derer, die nur „eher“ einen guten Kern der DDR sehen mögen, dass sich das klare Beharren auf auch positiven Seiten des vergangenen Systems mit der Zeit lockert. Insbesondere jüngere Sachsen-Anhalter sind in ihrem Urteil vergleichsweise unsicher – wenngleich auch unkritischer gegenüber dem Regime des SED-Staates: 41 % der 18-bis 24-Jährigen stufen diesen als Unrechtsstaat ein, 47 % lehnen diese Sicht ab. Gleichzeitig ist bei dieser Frage die Zahl der Unschlüssigen am höchsten (siehe Tab. 32). Auch bei einer weiteren Frage, die auf den Systemcharakter zielt, äußern sich die jüngeren Jahrgänge relativ am wenigsten ablehnend: 63 % sehen in der DDR eine Diktatur (bei über 35-Jährigen sind dies mehr als 80 %). Die 20. Wiederkehr des Mauerfalls ist für 66 % derselben Altersgruppe – und damit für gut 20 % weniger als bei 60 Jahre und Älteren – ein froh stimmendes Ereignis.

Aus welchen Informationsquellen speist sich das DDR-Bild der Sachsen-Anhalter? – Im Jahr 2007 lautete der Befund, dass die Vorstellung von der DDR bei den über 35-Jährigen ganz eindeutig sowie zumindest partiell auch bei den 25- bis 34-Jährigen eine *selbst erinnerte* ist, während sie den 18- bis 24-Jährigen durch Familie, Schule, Medien oder soziale Verkehrskreise *von außen vermittelt* wird.

**Tab. 33 Prägung des DDR-Bildes nach Alter  
(Nennungen in Prozent)**

F. 27a: Wenn Sie einmal an Ihr DDR-Bild denken: Wodurch ist dieses Bild am stärksten geprägt?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Durch Ihr eigenes Leben	54	54	0	20	65	69	64
Durch Ihre Familie	26	27	51	56	18	16	21
Durch Ihre Schule bzw. Lehrer	8	9	18	10	10	5	6
Durch Unterhaltungen mit Freunden und Bekannten	6	7	10	9	4	5	5
Durch Presse, Radio und Fernsehen	4	2	14	5	2	2	3

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Zwei Jahre später haben sich Rangfolge und Gewicht der Informationsquellen im Gesamtbild nur unwesentlich verändert. Bei (wie vorher) 54 % der Befragten ist das DDR-Bild vorrangig durch eigenes Erleben geprägt, bei 26 % (-1) primär durch die Familie, bei weiteren 8 % durch Schule und Lehrer (-1), bei jedem zehnten (+1) durch Freunde, Bekannte oder Massenmedien. Die zweitstärkste Einflussquelle ist mit großem Abstand die Familie, gefolgt von Schule und Freundeskreis (siehe Tab. 33 und Tab. 34).

**Tab. 34 Zweitstärkste Prägung des DDR-Bildes nach Alter  
(Nennungen in Prozent)**

F. 27b: Wenn Sie einmal an Ihr DDR-Bild denken: Wodurch ist dieses Bild am zweitstärksten geprägt?	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren				
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Durch Ihre Familie	40	37	32	30	40	45	42
Durch Ihre Schule bzw. Lehrer	19	18	19	21	23	22	15
Durch Ihr eigenes Erleben	16	16	10	17	17	13	19
Durch Unterhaltungen mit Freunden und Bekannten	15	18	21	19	15	13	15
Durch Presse, Radio und Fernsehen	8	9	17	12	3	5	7

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

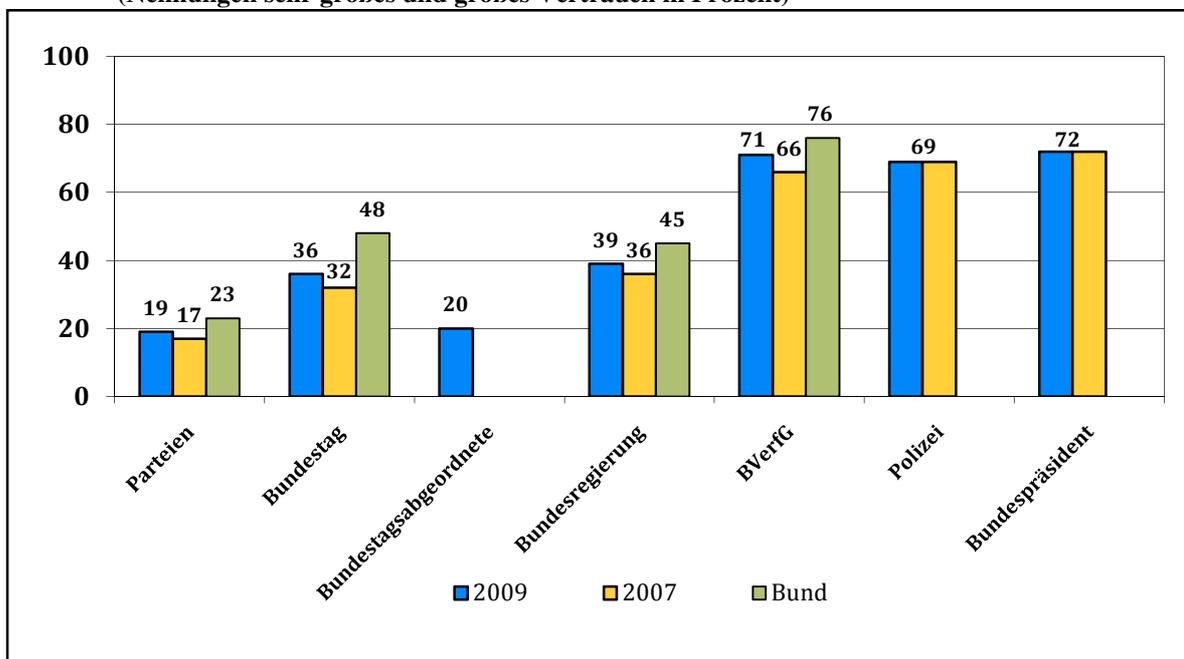
In den jüngeren Altersgruppen ist die Zahl derer, welche die DDR noch aus eigener Erfahrung kennen, naturgemäß zurückgegangen. Während 25- bis 34-Jährige die Wissenslücke vermehrt durch familialen Informationsaustausch (+21) ausgleichen, ist unter den 18-bis 24-Jährigen der prägende Einfluss der Schule (+6) sowie der Medien (+9) gewachsen, der harten bleibende Rückgriff auf Mitteilungen aus der Familie hingegen seltener geworden (-12). Hier wirkt sich offenbar aus, dass das Thema DDR im zwanzigsten Jahr nach der Wende sowohl im Unterricht wie in der Berichterstattung der Medien intensiver behandelt wird. Dennoch bleibt auch 2009 noch für jeden Zweiten der jüngsten Altersgruppe die Familie bezüglich der Kenntnisse über die DDR die wichtigste informationelle Instanz. Zu vermuten ist, dass auf diesem Wege wie schon in den Jahren zuvor die entpolitisierte Sicht des DDR-Alltags an die nachwachsende Generation weitergegeben wird.

## 10 Vertrauen in Institutionen

Für Funktionsfähigkeit und Stabilität des politischen Systems ist das Vertrauen der Bürger in die entsprechenden Institutionen des Systems unumgänglich. „Dauerhafte Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der politischen Ordnung und der sie tragenden Institutionen sind mit der Idee der Demokratie unvereinbar“, so der Politikwissenschaftler Oscar W. Gabriel.<sup>35</sup> Gerade unter dem Aspekt einer zunehmend sinkenden Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen, ist die Untersuchung des Institutionenvertrauens von größter Bedeutung.

Die Daten zum Institutionenvertrauen zeigen auch in diesem Jahr das übliche Bild. Öffentliche Institutionen, die – wie Parteien, Bundestag und Bundesregierung – mit der Vermittlung und Vertretung von gesellschaftlichen Interessen und somit mit dem negativen Beigeschmack von „Parteilichkeit“ in Verbindung gebracht werden können (sogenannte Entscheidungsinstitutionen), erhalten erneut einen sehr geringen Vertrauensbonus. Die für unparteiisch und überparteilich erachteten Institutionen der öffentlichen Ordnung und des Gemeinwohls (Implementationsinstitutionen), erhalten von der Bevölkerung ein wesentlich höheres Vertrauen. Zu letzteren zählen insbesondere Einrichtungen der Justiz und Bürokratie, wie die Polizei, das Bundesverfassungsgericht und der Bundespräsident. Diesen Institutionen vertrauen ca. drei Viertel der Bevölkerung (siehe Abb. 34).

**Abb. 34 Institutionenvertrauen**  
(Nennungen sehr großes und großes Vertrauen in Prozent)



Quelle für Bund-Daten: Infratest dimap (März 2009)

F. 16a-g: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

35 Gabriel, Oscar W.: 1993. Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland. APuZ. B43. S.3.

Vergleicht man die landesweiten Daten mit dem aktuellen Einstellungsmustern im Bund,<sup>36</sup> so werden nur geringe Abweichungen erkennbar. Das allgemeine Vertrauensniveau in die Institutionen fällt auf Bundesebene allerdings etwas höher aus (siehe Abb. 34). Politischen Parteien wird in Sachsen-Anhalt und auch in Deutschland mit deutlichem Abstand am wenigsten Vertrauen entgegengebracht. Ein ähnlich niedriges Vertrauen wird den Abgeordneten des Bundestages (folglich den „Politikern“) ausgesprochen. Ein merklicher Unterschied in den Vertrauenswerten zeigt sich beim Bundestag und bei der Bundesregierung. In diesem Fall äußert ein bundesweit 12 bzw. 6 Prozentpunkte größerer Anteil der Bevölkerung, großes und sehr großes Vertrauen. Bei den Institutionen, für die gemeinhin ein geringeres Vertrauen bekundet wird, scheint es in den letzten 2 Jahren einen leichten Zuwachs an Vertrauen gegeben zu haben (Parteien +2, Bundestag +4, Bundesregierung +3). Das Bundesverfassungsgericht kann sogar einen Vertrauenszuwachs von 10 % verbuchen.

Auf längere Sicht betrachtet fällt die Bilanz allerdings weniger positiv aus. Aus einem Vergleich mit Daten einer im Jahr 2000 durchgeführten Bevölkerungsumfrage in Sachsen-Anhalt ergibt sich, dass gegenüber dem Jahr 2000 alle politischen Institutionen deutlich an Vertrauen eingebüßt haben: die Bundesregierung (-15), der Bundestag (-19) und die Parteien (-21).<sup>37</sup>

Während im Vergleich mit dem Bund, die Institutionen auf Landesebene 2007 bei der Vertrauensfrage noch deutlich besser abschneiden konnten (vgl. SAM 2007, S. 33), hat sich dieser Vertrauensvorsprung mittlerweile weitgehend nivelliert. Das liegt vor allem daran, dass die Institutionen des Landes in den letzten zwei Jahren, im Gegensatz zu denen des Bundes, weiterhin Vertrauen verloren haben (Landtag -2, Behörden -4 und Landesregierung -4). Die Landtagsabgeordneten bilden auf Landesebene, ähnlich den Bundestagsabgeordneten, die Gruppe, denen das geringste Vertrauen entgegengebracht wird (31 %). Den Landräten wird auf der Landesebene am stärksten vertraut, immerhin 45 % der Bevölkerung bezeugen sehr großes und großes Vertrauen (siehe Abb. 35).

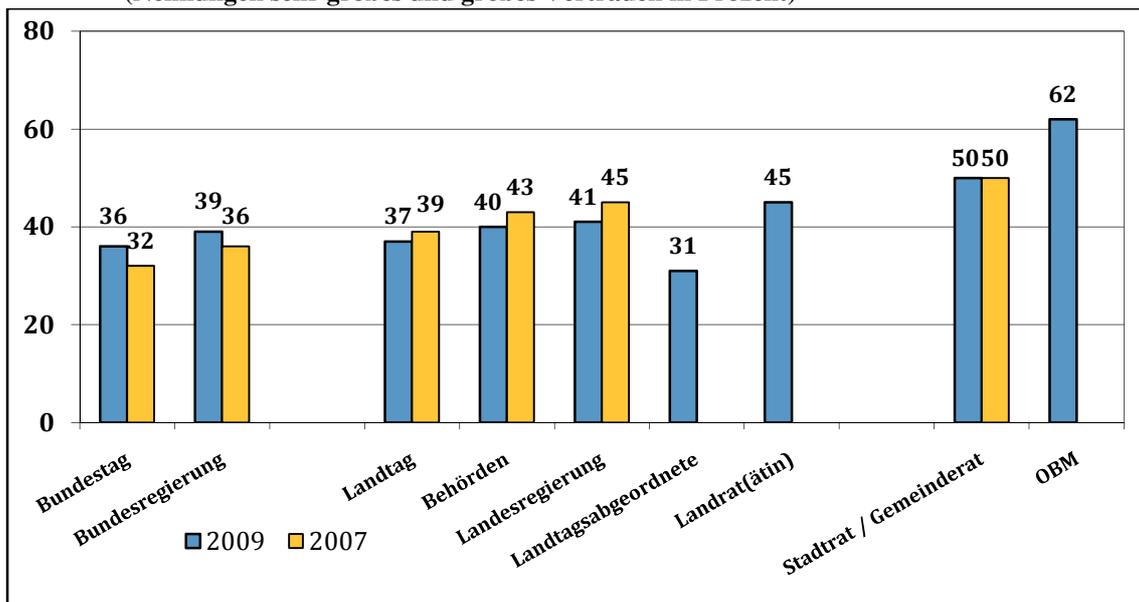
Das größte Vertrauen bringen die Sachsen-Anhalter, aber den Organen auf der Gemeindeebene entgegen. Dem Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister sprechen 62 % der Bevölkerung ihr Vertrauen aus und dem Gemeinde- bzw. Stadtrat 50 %. Die typischen Faktoren der Kommunalpolitik, wie geringere Distanz, Erreichbarkeit und Bekanntheit lokaler Repräsentanten, aber auch neue plebiszitäre Elemente wie die Direktwahl des Bürgermeisters, wirken sich nach wie vor positiv auf das Vertrauen aus. Die Voraussetzungen, die lokale Ebene als „Schule der Demokratie“ zu nutzen, um eine lebendigere Demokratie „von unten“ aufzubauen, sind daran gemessen gegeben.

---

36 Für Bundestagsabgeordnete, die Polizei und den Bundespräsidenten fanden sich keine aktuellen vergleichbaren Werte.

37 Vgl. Boll, B./Holtmann, E.: 2000. Bürger und Parlament im Jahr 2000. Die Einstellungen der Landesbevölkerung zu Demokratie. Landtag und Landesregierung (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung). Magdeburg : 2000. Das Item „Vertrauen in die Polizei“ wurde seinerzeit nicht abgefragt.

**Abb. 35 Institutionenvertrauen in Sachsen-Anhalt  
(Nennungen sehr großes und großes Vertrauen in Prozent)**



F. 16a,b: siehe Abb. 34

F. 17a-f: Und nun speziell zu Sachsen-Anhalt: Haben Sie in ... sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

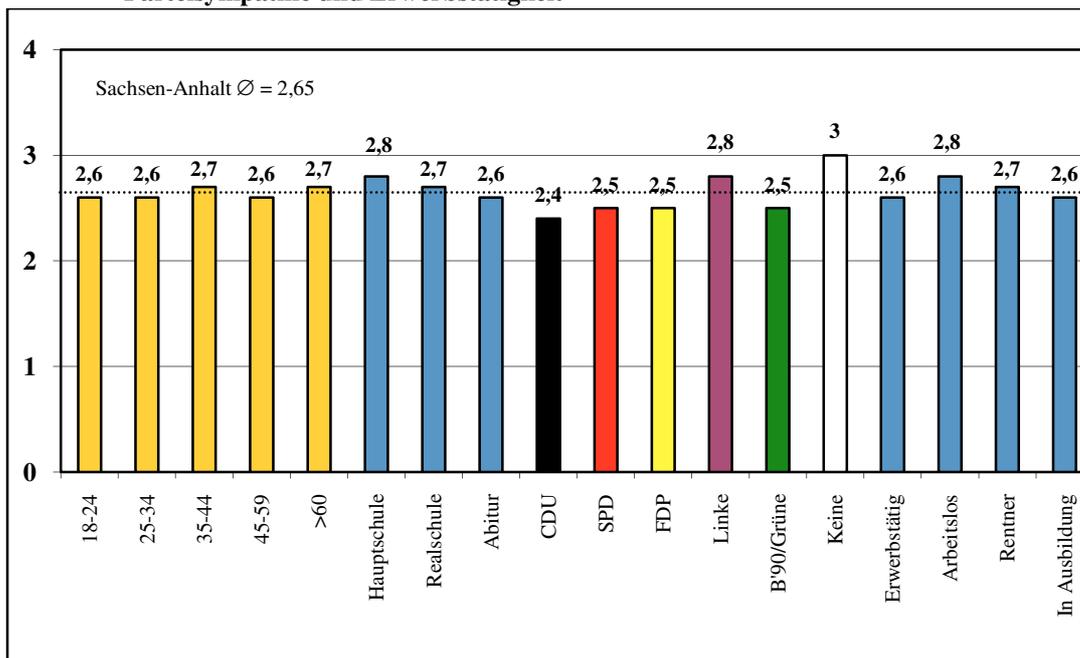
Der weitere Vertrauensverlust auf Landesebene macht sich auch im longitudinalen Vergleich bemerkbar. Zum früheren Erhebungszeitpunkt 2000 fällt der Vertrauensschwund in die politischen Institutionen im Land mittlerweile ähnlich gravierend aus wie auf Bundesebene: -15 Prozentpunkte bei der Landesregierung, etwa -20 Prozentpunkte beim Landtag und -16 Prozentpunkte (unverändert) bei Gemeindevertretungen.<sup>38</sup>

Um das allgemeine Vertrauen in politische Institutionen besser untersuchen zu können und um festzustellen, welche Faktoren zu einem geringeren bzw. zu einem höheren Vertrauen führen, ist es notwendig, einen Vertrauensindex zu bilden, der alle politischen Institutionen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene enthält. Dies ist möglich, da sich die unterschiedlichen Vertrauenseinstellungen gegenüber Politikern, Parteien und Institutionen untereinander stark positiv bzw. negativ beeinflussen. Das heißt, eine Person, die dem Landtag und der Landesregierung kaum vertraut, bringt auch den Institutionen des Bundes weniger Vertrauen entgegen und umgekehrt<sup>39</sup>. Mit Hilfe eines Mittelwertvergleiches kann nun der Einfluss der verschiedenen demographischen Kriterien auf das generelle Institutionenvertrauen untersucht werden (siehe Abb. 36).

38 Vgl. Ebenda. Das Item „Vertrauen in die Polizei“ wurde seinerzeit nicht abgefragt. – Das Item „Vertrauen in die Behörden“ wurde seinerzeit nicht abgefragt. Für „Oberbürgermeister/Landräte“ liegen keine vergleichbaren Daten vor.

39 Zur Bildung eines Vertrauensindex werden alle Vertrauensitems summiert und durch die Anzahl der verwendeten Items geteilt. Die so erhaltene Vertrauensskala hat einen Wertebereich von 1 bis 4, und beinhaltet alle vorgestellten Fragepunkte zum Vertrauen in politische Organe, Akteure und Institutionen. Der niedrigste Wert (1) entspricht einem sehr großen Vertrauen in alle politischen Institutionen und der höchste Wert (4) bedeutet, dass allen politischen Institutionen im Grunde kein Vertrauen entgegen gebracht wird.

**Abb. 36 Mittelwertvergleich der Vertrauenskala (1-4) nach Alter, Bildung, Parteisympathie und Erwerbstätigkeit**



Das Alter zeigt keine signifikanten Einflüsse auf den Vertrauensindex. Alle Altersgruppen streuen mehr oder weniger um den Landesdurchschnitt. Eine höhere Schulbildung wirkt sich in leichtem Maße vertrauensfördernd aus. Ein deutlich geringeres Vertrauen zeigen zudem Anhänger der Linken, sowie diejenigen, die sich durch keine Partei vertreten sehen, und Arbeitslose. Im Gegensatz dazu zeichnen sich die Anhänger anderer Parteien durch leicht überdurchschnittliches Vertrauen aus. Um andere Einflüsse auf das Vertrauen aufzudecken, bieten sich verschiedene Theorien, Erklärungsansätze und Hypothesen an.

#### 1. Politische Gemeinschaft und politisches Regime

Es wird vermutet, dass negative Einstellungen gegenüber dem politischen Regime (der Staatsform) und der politischen Gemeinschaft das Vertrauen gegenüber Politikern, Parteien und Institutionen mindern. Das heißt, je geringer die Identifikation mit dem jeweiligen politischen System, desto geringer ist auch das Vertrauen in deren Institutionen. Operationalisiert wird dieses Konstrukt mit den Fragen zur Demokratieidee (F.13c), Verfassungsloyalität (F.13.a) und der Wahlbeteiligung (siehe auch Kapitel 6.1).

#### 2. Parteisympathie und Parteibindung

Weiterhin wird angenommen, dass Personen, die sich mit einer Partei identifizieren, eine stärkere Bindung an das politische System aufweisen, als Personen, die sich durch keine Partei vertreten sehen.

### 3. Politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl

Personen mit einem hohen politischen Interesse erweitern ihr Wissen über politische Zusammenhänge und bilden eher eine politische Kompetenz aus. Dieses stärker ausgeprägte politische Kompetenzbewusstsein führt mutmaßlich zu einer realistischeren Beurteilung politischer Akteure und Institutionen. Es wird also vermutet, dass Bürger mit höherer politischer Kompetenz und politischem Interesse (F.9) stärker vertrauen als andere. (Zur Messung und genaueren Beschreibung des politischen Kompetenzgefühls siehe Kapitel 4.3.)

### 4. Sozialisationstheoretischer Ansatz

Fortbestehende Bindungen an den Sozialismus erschweren die Ausbildung positiver Orientierungen gegenüber dem demokratischen System. Es wird vermutet, dass fortbestehende Bindungen zu alternativen Staatsformen, wie dem Sozialismus oder zu einer Diktatur, das generelle Vertrauen negativ beeinflussen können. Zur Messung werden die Fragen „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ (F.24c) und „Diktatur als alternative Staatsform“ (F.13b) verwendet.

### 5. Soziale Deprivation

Menschen in ähnlichen sozialen Lagen bilden einen ähnlichen Habitus aus (Schichtmentalität oder Klassenbewusstsein). Dieser kann sich auf die Bewertung der politischen Organe und Institutionen auswirken. Menschen, die ihre Lebenssituation als schlecht bewerten, verbinden dies mit der Leistungsbewertung des politischen Systems. Daraus folgt theoretisch ein niedrigeres Vertrauen in den Staat. Zur Analyse wird die Frage zur derzeitigen persönlichen Lebenssituation (F.4) der Befragten genutzt.

### 6. Rückkopplung und Responsivität (Offenheit) des politischen Systems

In einer repräsentativen Demokratie bildet die Meinung der Bürger die Grundlage des Regierungshandelns. Verliert der Bürger aber das Gefühl, dass seine Interessen durch die Regierung in genügendem Maße vertreten werden, kommt es zum Empfinden einer Responsivitätslücke. Die sich, so ist anzunehmen, stark vertrauensmindernd auswirkt. (Die Konstruktion von Responsivität im verwendeten Erhebungsinstrument wird in Kapitel 5.1 genau beschrieben.)

### 7. Wirtschaftliche Performanz

Auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage kann als Problemlösungskompetenz politischer Objekte und Subjekte gewertet werden und wirkt sich dadurch vermutlich ebenfalls vertrauensgenerierend aus. Es wird vermutet: Je besser die eigene oder allgemeine wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird, desto höher das politische Vertrauen. Die Umsetzung im Fragebogen erfolgt durch die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt (F.2a). Das Gefühl, benachteiligten Zugang zu gesellschaftlichen Gütern zu haben (F.8), und das Empfinden einer vorherrschenden Ungerechtigkeit in Deutschland (F.7) kann ebenfalls zu Misstrauen in die Politik führen.

## 8. Performanz des politischen Systems

Hier soll untersucht werden, inwieweit die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (F.12) das Vertrauen in politische Institutionen beeinflusst. Es ist anzunehmen, dass Menschen, die sich mit der Funktionsweise des politischen Systems unzufrieden zeigen, auch stark dazu neigen, seinen Institutionen ihr Vertrauen zu entziehen.

Die Ergebnisse der Untersuchten Hypothesen sind in Tab. 35 zusammengefasst. Ausnahmslos alle Annahmen erweisen sich als signifikant. Am stärksten (+ + + + +) wirken sich die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Responsivitätsgefühl auf das allgemeine Institutionenvertrauen aus. Das heißt, gefolgt von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (+ + + + bzw. - - - -), der Verfassungsloyalität und der empfundenen Ungerechtigkeit im Land. Ein in Maßen starken Einfluss (+ + + bzw. - - -) zeigen die Einschätzung der eigenen Lebenssituation, die empfundene Benachteiligung bei der Verteilung von Gütern und die Anerkennung der Demokratie als bester Staatsidee.

**Tab. 35 Einfluss auf politisches Vertrauen**

Indikator	Einfluss auf Vertrauensindex
Politisches Interesse	+ +
Politisches Responsivitätsgefühl (external Efficacy)	+ + + + +
Parteisympathie Ja vs. Keine	+ +
Politisches Kompetenzgefühl (internal Efficacy)	+ +
Wirtschaftliche Lage	+ + + +
Eigene Lebenssituation	+ + +
Wähler vs. Nichtwähler	+
Verfassungsloyalität	+ + + +
Bindungen an Sozialismus	- -
Diktatur als Alternative	-
Empfundene Benachteiligung	- - -
Empfundene Ungerechtigkeit	- - - -
Demokratie als beste Staatsform	+ + +
Demokratiezufriedenheit	+ + + + +

Einen geringeren aber dennoch signifikanten Einfluss (+ +, + bzw. -, - -) zeigen politisches Interesse, Parteisympathie, politisches Kompetenzgefühl, Wahlbeteiligung, Bindungen an Sozialismus und das Hinnehmen einer Diktatur in der Not (siehe Tab. 35). Das Plus- bzw. Minuszeichen gibt an, ob es sich um einen positiven oder negativen Zusammenhang handelt, und die Anzahl verdeutlicht die entsprechende Stärke. Ein größeres politisches Interesse geht also mit einem höheren Vertrauen einher (positiver Zusammenhang), während stärkere Bindungen an den Sozialismus sich negativ bemerkbar machen (negativer Zusammenhang). Für das Jahr 2007 zeigten sich die gleichen Zusammenhänge.

## 11 Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen

Das Problem der Fremdenfeindlichkeit wird, wie schon im Sachsen-Anhalt-Monitor 2007, anhand 4 verschiedener Konstrukte erfasst. Alle diese Konstrukte messen Einstellungen der Befragten in Sachsen-Anhalt zu verschiedener Themen, die gemeinhin mit Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus in Verbindung gebracht werden.

1. Autoritäre Grundeinstellungen
2. Ausländerfeindliche Einstellungen
3. Antisemitische Einstellungen
4. Einstellungen zu rechtsextremen Parteien wie DVU und NPD

Dabei ist es nicht möglich, durch die Erhebung der Einstellungen auf ein bestimmtes Verhalten zu schließen bzw. vorherzusagen, ab wann rechtsextremistische Einstellungen in der Bevölkerung in ein entsprechendes Verhalten umschlagen könnten. Diese Kluft zwischen Einstellungen und tatsächlichem Verhalten ist ein vielkonstatiertes Thema in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Wohl aber ist es möglich, zu beobachten, in wieweit solche Einstellungen in der Bevölkerung verankert sind, und ob sich beispielsweise Vorurteile im Laufe der Zeit verfestigen und somit rechtsextremistischen Tendenzen zunehmend Raum geben.

### 11.1 Autoritäre Einstellungen

Ein Großteil der Forschungen zum Autoritarismus und den damit verbundenen rechtsextremistischen Denk- und Einstellungsmustern, ist auf Untersuchungen von Theodor W. Adorno in den 1950er Jahren zurückzuführen. Mit Hilfe von zahlreichen Gruppendiskussionen und verschiedenen anderen Methoden, untersuchte er kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, welche psychologischen Orientierungen in Deutschland zu faschistischen und antisemitischen Einstellungsmustern geführt haben könnten.<sup>40</sup> Ein Schwerpunkt lag auf der Analyse der autoritären Unterwürfigkeit, die – wie sich zeigte – gepaart mit politischem Desinteresse, fehlendem Selbstbewusstsein und Bereitschaft zur Unterordnung, unter anderem dazu führen konnte, sich einer Diktatur frag- und kritiklos zu beugen. Ein weiteres Ergebnis der Studie „The Authoritarian Personality“ zeigte eine hohe Vorurteilsbereitschaft bei autoritär eingestellten Personen.

Die im Sachsen-Anhalt-Monitor verwendeten Fragen zur autoritären Unterwürfigkeit, gehen auf eine an Adorno angelehnte Kurzsкала von Lederer zurück<sup>41</sup>, die auch im ALLBUS Verwendung findet. In den folgenden Tabellen sind die Werte für 2009 abgebildet. Um die extremeren Einstellungen der Befragten besser einschätzen zu können, werden in diesem und in den folgenden Kapiteln, anders als bisher, nur die Anteile der Personen angegeben, die voll und ganz zugestimmt bzw. völlig abgelehnt haben. Wie schon 2007 sind nicht ganz ein

---

40 Adorno, Theodor W. u.a.: 1950. *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.

41 Lederer, G.: 1981. *Jugend und Autorität*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Drittel (28 %) der Sachsen-Anhalter der Ansicht, es wäre für ein Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gelernt hat, zu gehorchen. Wie bei den anderen Fragepunkten auch, hat der Anteil der Voll und ganz-Zustimmenden leicht abgenommen (-2, siehe Tab. 36). Eher konventionelle Werte, wie Disziplin und Gehorsam, scheinen also weiterhin, wenn auch leicht abnehmend, in der Gesellschaft fest verankert zu sein. Vor allem dann, wenn man berücksichtigt, dass der Anteil derjenigen, die dieser Frage allgemein zustimmend gegenüberstehen, schon bei einer deutlichen Mehrheit von 56 % liegt.

Wird aber gefragt, ob es einem Kind im späteren Leben nützlich sein kann, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen, zeigt sich nur noch ein Anteil von 3 % (-1) dieser Ansicht. Das bedeutet: Strikter Gehorsam ohne die Möglichkeit einer selbstständigen Meinungsbildung wird von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eher bzw. völlig abgelehnt (77 %). Fast jeder Zehnte (9 %) zieht es wiederum vor, das Denken sogenannten führenden Köpfen zu überlassen (siehe Tab. 36).

**Tab. 36 Autoritäre Einstellungen nach Alter und Bildung**  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)

F. 32 g, h, k	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Im allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen	3	4	1	2	1	2	6	4 (-6)	3	1
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	9	11	10 (+5)	8	2 (-5)	3	16	17 (-8)	8	5
Um auf das Leben vorbereitet zu sein, ist es für ein Kind wichtig, gehorchen zu lernen.	28	30	12	21	18	26	41 (-7)	44 (-5)	28	19

Der 2007 noch allzu deutliche „positive“ Alterseinfluss auf alle Items, zeigt sich in diesem Maße 2009 nur noch für die dritte Frage. Dennoch bilden die über 60-Jährigen immer noch die Gruppe, die am ehesten dazu tendiert, sich Autoritäten unterzuordnen, und Werte, wie Gehorsam und Disziplin, eher befürwortet. Es ist allerdings erstaunlich, dass gerade bei den Jüngeren, die bisher am wenigsten zu autoritären Einstellungen neigten, eine deutlich höhere Bereitschaft vorhanden ist, sich Autoritäten zu beugen<sup>42</sup> (+5, siehe Tab. 36). Das erscheint auch unter dem Aspekt einer allgemeinen Abkehr von autoritären Einstellungen besonders.

Auch in diesem Jahr zeigt sich der Einfluss der Schulbildung noch deutlicher als der des Alters. Die Gruppe der Haupt- und Volksschulabsolventen ähnelt in starkem Maße der der über 60-Jährigen. Sie gehört aber ebenfalls zu den Gruppen, die sich am stärksten von der Zustimmung zu autoritären Einstellungen abgewendet haben. Lediglich 17 % von ehemals einem Viertel der Befragten würde das Denken lieber führenden Köpfen überlassen. Nur noch ein Anteil von 4 % ist der Überzeugung, es wäre nützlich, wenn Kindern die Meinung der Eltern aufgezwungen wird. 2007 war noch jeder Zehnte mit niedrigem Schulabschluss dieser Ansicht (siehe Tab. 36).

42 In dieser und in den folgenden Tabellen sind in Klammern immer die Veränderungen zu 2007 angegeben, insofern sie mindestens 5 % betragen.

**Tab. 37 Autoritäre Einstellungen nach Parteisympathie und Erwerbstätigkeit, (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

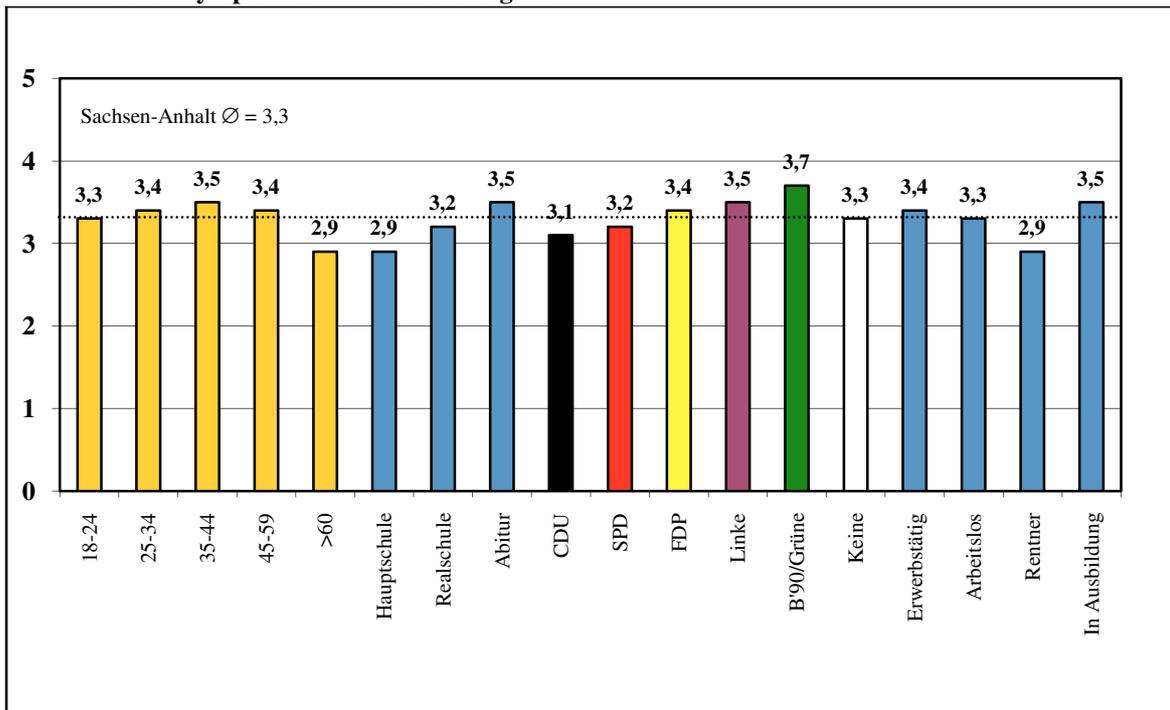
F. 32 g, h, k	Sachsen-Anhalt (Ø)		Parteisympathie						Erwerbsstatus	
	2009	2007	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine	Erwerbstätig	Arbeitslos
Im Allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen	3	4	3	2	-	3	-	4	1	5
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	9	11	10	16	3 (-16)	5	- (-9)	6	4	9
Um auf das Leben vorbereitet zu sein, ist es für ein Kind wichtig, gehorchen zu lernen.	28	30	30	24	18 (-10)	19 (-10)	15	39	23	24

Die Untersuchung der Parteisympathie ergibt, dass Anhänger der Union aber auch der SPD, also beider Volksparteien, einen etwas stärkeren Hang zu typischen autoritären Einstellungen aufweisen als die Anhänger von anderen Parteien. Eine etwas größere Ablehnung gegenüber Autoritäten zeigt sich bei den Anhängern der Linkspartei und denen der FDP. Die wohl augenfälligste Ablehnung wird jedoch bei den Anhängern der Bündnisgrünen deutlich: Hier ist zum Beispiel niemand der Ansicht, es könnte im späteren Leben nützlich sein, sich gezwungenermaßen den Vorstellungen seiner Eltern angepasst zu haben. Und ebenfalls niemand ist der Meinung, dass man für führende Köpfe dankbar sein sollte. Der Drang zu individuellem Denken und eigenverantwortlichem Handeln scheint hier wesentlich verbreiteter (siehe Tab. 37). Die FDP-Anhängerschaft, welche vor 2 Jahren eher noch durch pro-autoritäre Einstellungen überzeugte, zeigt 2009 eine deutliche Abkehr von diesen Werten und lässt sich nun eher mit den Anhängern der Linken und der Grünen vergleichen. Die Anteile derer, die autoritäre Einstellungen äußern, sinkt teilweise zweistellig (siehe Tab. 37). Bei Parteisympathisanten der Linken und der Bündnisgrünen kann von einer andauernden und sich fortsetzenden Abkehr von konventionellen Werten ausgegangen werden.

Erwerbstätige und Arbeitslose zeigen leicht unterdurchschnittlich bzw. durchschnittlich unterwürfige Tendenzen. Eine vergleichende Untersuchung unter den Arbeitslosen lässt kaum eindeutige Interpretationen zu. Allerdings fallen, wie auch 2007, leicht kritischere Einstellungen gegenüber Autoritäten unter den Langzeitarbeitslosen auf. Hier kann möglicherweise ein andauernder Unmut und sinkendes Vertrauen aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Lage gegenüber politischen Autoritätspersonen zum Ausdruck kommen (vgl. auch Kapitel 10). Im Zeitverlauf zeigen sich beim Erwerbsstatus in den letzten 2 Jahren keine bemerkenswerten Veränderungen.

Wie schon für die unterschiedlichen Vertrauensfragen, werden durch die Berechnung des Mittelwertes alle bisher vorgestellten Items zu autoritären Einstellungen in einer Autoritarismusskala mit einem Wertebereich von 1 bis 5 zusammengefasst. Der niedrigste Wert (1) ist verbunden mit einer sehr starken autoritären Unterwürfigkeit, gepaart mit starken konventionellen Einstellungen, 5 bedeutet eine totale Ablehnung von Autorität, verbunden mit einem stark ausgeprägten Individualismus. Der Mittelwert für Sachsen-Anhalt liegt fast unverändert bei rund 3,3. Die in den Tabellen festgestellte leichte Abkehr vom Autoritarismus macht sich in einer leichten Annäherung an den antiautoritären Pol (+0,1) bemerkbar.

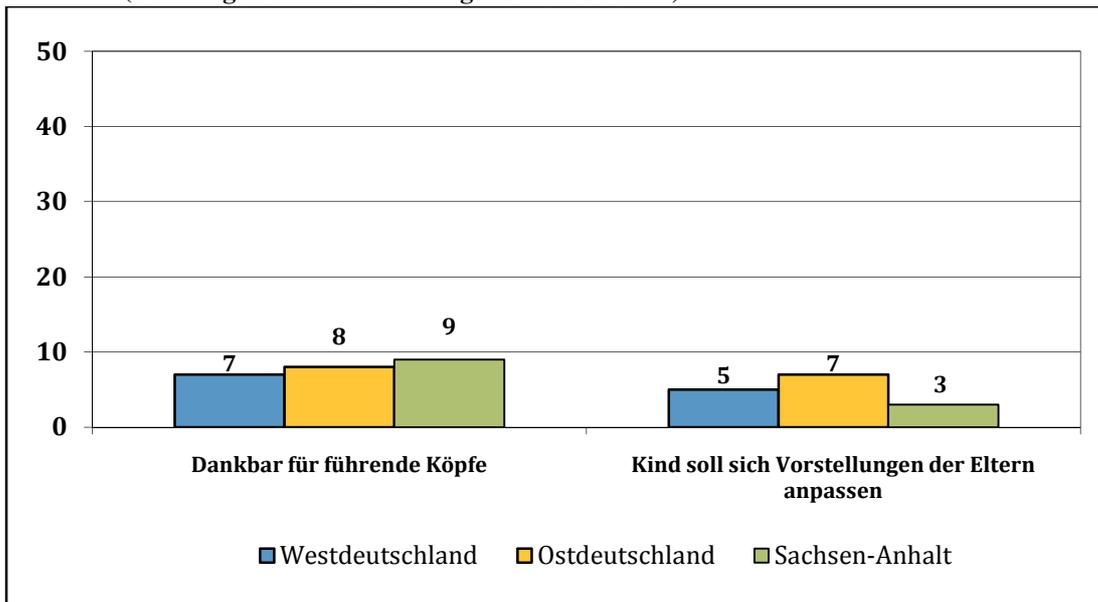
**Abb. 37 Mittelwertvergleich der Skala Autoritarismus (1-5) nach Alter, Bildung, Parteisympathie und Erwerbstätigkeit**



Anhand eines Mittelwertvergleichs können nun die Einflüsse der einzelnen Variablen auf allgemeine autoritäre Einstellungen veranschaulicht werden. Vor allem Ältere (über 60-Jährige, Rentner) und Personen mit Hauptschulabschluss neigen überdurchschnittlich stark dazu, sich Führungspersönlichkeiten unterzuordnen. Ähnlich, aber weniger deutlich, verhält es sich mit Anhängern der großen Volksparteien wie CDU und SPD. Abiturienten, Anhänger der Grünen und der Linken sowie Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden, bekunden dagegen kaum eine Neigung, sich Autoritäten zu beugen (siehe Abb. 37). Leider liegen in der aktuellen allgemeinen Bevölkerungsumfrage des Bundes (ALLBUS) von 2008 keine Vergleichsdaten zum Autoritarismus vor. Deshalb wird auf Daten von 2006 zurückgegriffen (siehe Abb. 38).

Im Deutschlandvergleich sieht man, dass sich die westdeutsche Bevölkerung in den zwei vergleichbaren Fragepunkten in leicht geringerem Maße autoritär unterwürfig zeigt als die ostdeutsche. Sachsen-Anhalter sind im Gegensatz zu den West- und Ostdeutschen immer noch häufiger der Meinung, dass man das Denken führenden Köpfen überlassen sollte, treten aber deutlich seltener für angepasste Kinder ein. Hier weisen sie deutschlandweit die niedrigste Zustimmung aus (siehe Abb. 38).

**Abb. 38 Autoritäre Einstellungen im Deutschlandvergleich  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**



Quelle für Bund-Daten: ALLBUS 2006

## 11.2 Einstellungen zu Ausländern

Die Einstellungen zu Ausländern werden wie 2007 über eine Fragebatterie mit 5 Items gemessen. Fast alle Fragen wurden so formuliert, dass zustimmende Antworten mit ausländerfeindlichen Einstellungen assoziiert werden können. Alle Fragen zur Messung der Ausländerfeindlichkeit sind der allgemeinen Bevölkerungsuntersuchung in Deutschland entnommen (ALLBUS). Diese wurden ursprünglich dazu verwendet, die Integration von Gastarbeitern zu untersuchen. Später wurde das Wort Gastarbeiter durch Ausländer ersetzt. Seit 2008 wird teilweise auch der Terminus Einwanderer verwendet.

Die geringste Zustimmung findet die Ansicht, dass hier lebende Ausländer nur unter Ihresgleichen heiraten sollten. Lediglich 9 % der Befragten stimmen dem voll und ganz zu. Etwas größere Anteile erzielt die Ansicht, man sollte Ausländern in Deutschland jede politische Betätigung untersagen (10 %), und die Forderung, in Deutschland lebende Ausländer sollten bei knapper Arbeit wieder in ihre Heimat zurück geschickt werden (12 %). Ein wesentlich größerer Anteil der Befragten ist jedoch der Meinung, dass Ausländer „ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen“ sollten. Immerhin 40 % stimmen dieser Forderung voll und ganz und weitere 27 % in Maßen zu (siehe Tab. 38).

Dies erscheint schlüssig, wenn man bedenkt, dass fast jeder Fünfte in Sachsen-Anhalt der Meinung ist, Deutschland wäre durch die hier lebenden Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. Eine Anpassungsforderung an Ausländer würde also der Angst vor Überfremdung entsprechen. Andererseits bekundeten fast 90 %, dass unsere Demokratie sich nur dann als überlebensfähig erweist, wenn wir andere Meinungen und Lebensweisen akzeptieren (siehe Kapitel 7, Tab. 13).

**Tab. 38 Einstellungen zu Ausländern nach Alter und Bildung,  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 32 a, c, e, i, j	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt- schule	Real- schule	Abitur
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken	12	13	17 (+10)	18 (+10)	8	10	12	24	14	4
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen	40	45	19	28	30 (-12)	38 (-5)	57	61	44	26
Die Bundesrepublik ist durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	19	23	22 (+5)	22	13 (-12)	16 (-8)	24	32	23 (-5)	8
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	9	10	5	9 (+7)	7	5 (-5)	13	19	9	3
Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen	10	8	5	14 (+10)	8	8	11	19 (+8)	11	3

Hinzu kommt die Tatsache, dass der Ausländeranteil in Ostdeutschland mit etwa 2 % im Gegensatz zu dem westdeutschen mit ca. 10 % verschwindend gering ist<sup>43</sup>. Da die sogenannte Kontakthypothese jedoch unterstellt, dass die Angst vor Fremden da höher ist, wo weniger Kontaktmöglichkeiten (bspw. zu Ausländern) bestehen, erscheinen die Ergebnisse durchaus nachvollziehbar. Auch in diesem Jahr kann festgestellt werden, dass eine politische und private Ausgrenzung von Ausländern wie sie in den letzten beiden Items gefordert wird, auf wenig Zustimmung stößt. Ebenso lehnt es die Mehrheit des Landes ab (56 %), Ausländer bei knapper Arbeit in ihre Heimat zurückzuschicken. Die in Deutschland lebenden Ausländer werden also toleriert, aber scheinbar nicht ausnahmslos akzeptiert. Dies würde sowohl die Forderung nach Integration als auch die gesteigerte Angst vor Überfremdung begründbar machen (siehe Tab. 38).

In den Zustimmungen zu den verschiedenen Aussagen zeigt sich in den letzten 2 Jahren zumindest landesweit nur eine geringfügige Veränderung. Insgesamt ist eine leichte Abkehr von ausländerfeindlichen Einstellungen zu verzeichnen. Die einzige Ausnahme bildet die Forderung, den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung zu untersagen (+2). Die Gesamtbilanz zeigt aber, dass der Anteil der Personen mit starken ausländerfeindlichen Einstellungen insgesamt um 9 % abgenommen hat (siehe Tab. 38).

Der Einfluss der verschiedenen Altersgruppen hat sich in den letzten 2 Jahren allerdings enorm verändert. Ein linearer Zusammenhang wie 2007, dass mit zunehmendem Alter ausländerfeindliche Einstellungen zunehmen, ist nicht mehr klar auszumachen (siehe Tab. 38). Am gravierendsten sind die Veränderungen in den beiden jüngsten Alterskohorten. Hier hat sich der Alterseinfluss teilweise sogar umgekehrt. Bei nahezu allen Items nehmen die ausländerfeindlichen Einstellungen in den beiden Altersgruppen stark zu, während sie in den restlichen Alterskohorten eher abnehmen (siehe Tab. 38). Der Bildungseinfluss unterliegt keinen derartigen Schwankungen und zeigt sich weiterhin eindeutig. Besonders bei den stark ausgrenzenden Forderungen, Ausländer bei Arbeitsplatzknappheit in die Heimat zurückzuschicken, und dem Ansinnen, sie sollen ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten aus-

43 Quelle: Statistisches Jahrbuch für Deutschland 2008.

wählen, zeigen Befragte mit niedrigerem Schulabschluss eine stark überdurchschnittliche Zustimmung, die teilweise das Sechsfache der Abiturienten erreicht (siehe Tab. 38). Betrachtet man die Zustimmung bzw. Ablehnung in allen Items erweisen sich die Haupt- und Volksschulabsolventen infolgedessen eindeutig als ausländerfeindlichste Gruppe.

**Tab. 39 Einstellungen zu Ausländern nach Parteisympathie und Erwerbstätigkeit, (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 32 a, c, d, e, i, j	Sachsen-Anhalt (Ø)		Parteisympathie						Erwerbsstatus	
	2009	2007	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine	Erwerbstätig	Arbeitslos
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken	12	13	9 (-5)	13	6	7	3	25 (+7)	9	24
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen	40	45	43 (-8)	38	19 (-19)	37 (-7)	26 (+7)	54	34	36
Die Bundesrepublik ist durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	19	23	15	20	11	14	15	36	16	28
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	9	10	9	6	5 (-9)	4	4	15 (+5)	5	14
Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen	10	8	7	10	5	5	4	19 (+6)	7	18

Bezüglich der Parteisympathie lassen sich keine großen Unterschiede feststellen. Es fällt lediglich auf, dass CDU- und auch SPD-Anhänger einigen Fragen stärker zustimmen als beispielsweise Anhänger der Grünen, Linken und FDP. Diejenigen, die sich mit keiner Partei identifizieren können, zeigen bei weitem die ausländerfeindlichsten Einstellungen und weisen damit Parallelen zur Gruppe der Personen mit der niedrigsten Schulbildung auf (siehe Tab. 38 und Tab. 39). Der Anteil der Bevölkerung, der mit den Grünen oder der FDP sympathisiert, zeigt mit Abstand die deutlichste Abneigung gegenüber ausländerfeindlichen Items. In den letzten 2 Jahren scheinen die Anhänger der FDP den stärksten Einstellungswandel vollzogen zu haben, sie kehren sich teilweise zweistellig von fremdenfeindlichen Auffassungen ab (siehe Tab. 39). Auch unter den Anhängern anderer Parteien nimmt der Anteil der Zustimmung zu rechten Aussagen eher ab, nicht jedoch bei Anhängern keiner Partei. Hier verstärken sich die ohnehin schon überdurchschnittlichen ausländerfeindlichen Tendenzen. Es sollte erwähnt werden, dass DVU- und NPD-Anhänger einer anderen Gruppe angehören, die hier aufgrund ihrer zu geringen Fallzahl nicht aufgeführt wird. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass diejenigen ohne Parteiidentifikation, also potentielle Nichtwähler, ein offenes Ohr für rechtstremistische Ansichten haben.

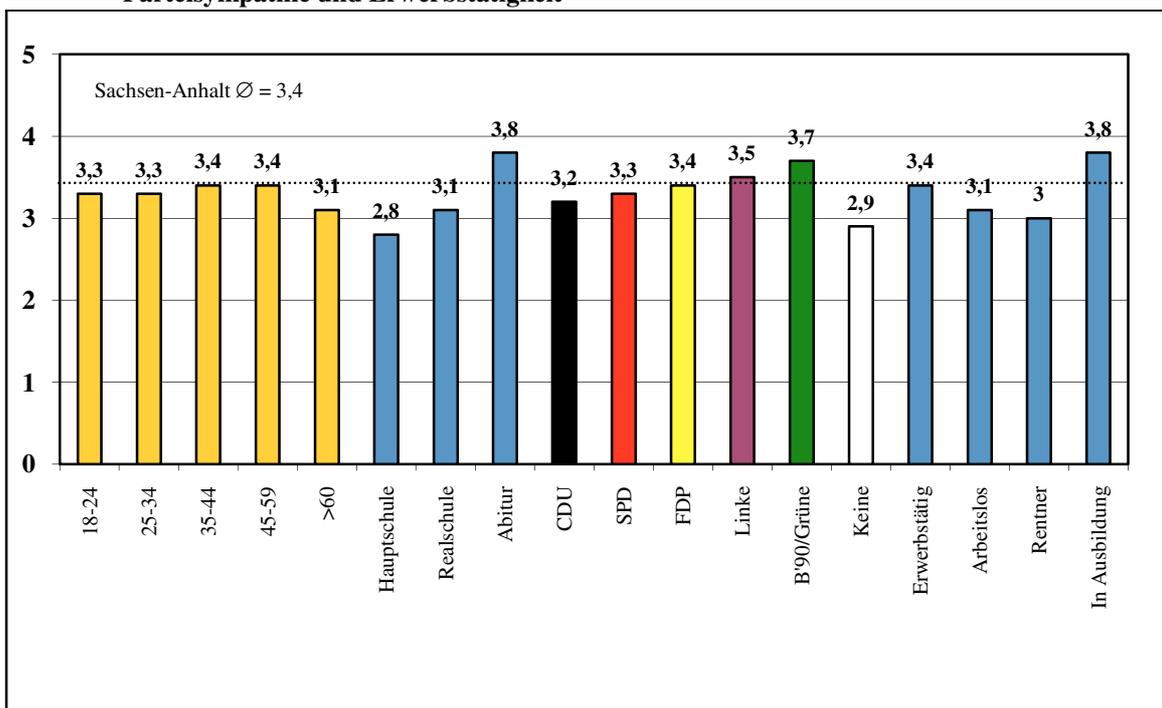
Arbeitslose bekunden, wie Nichtwähler und Hauptschulabsolventen, überdurchschnittlich ausländerfeindliche Einstellungen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um Kurz- oder Langzeitarbeitslose handelt. Erwerbstätige äußern sich in allen Items etwas weniger stark ausländerfeindlich als der Durchschnitt.

Wie sich Alter, Bildung, Parteisympathie und Tätigkeit auf das gesamte Konstrukt der Ausländerfeindlichkeit ausüben, soll im Folgenden untersucht werden. Wie schon zuvor, lassen sich alle bisher vorgestellten Items in einer Ausländerfeindlichkeitsskala zusammenfassen. Die Skala hat eine Spannweite von 1 bis 5. Der Wert 1 steht für eine stark ausgepräg-

te Ausländerfeindlichkeit und der Wert 5 entspricht, als Gegenpol, einer ausgenommen ausländerfreundlichen Einstellung. Der Mittelwert der Skala für Sachsen-Anhalt liegt bei 3,4 und zeigt sich unverändert im Vergleich zu 2007 (siehe Abb. 39).

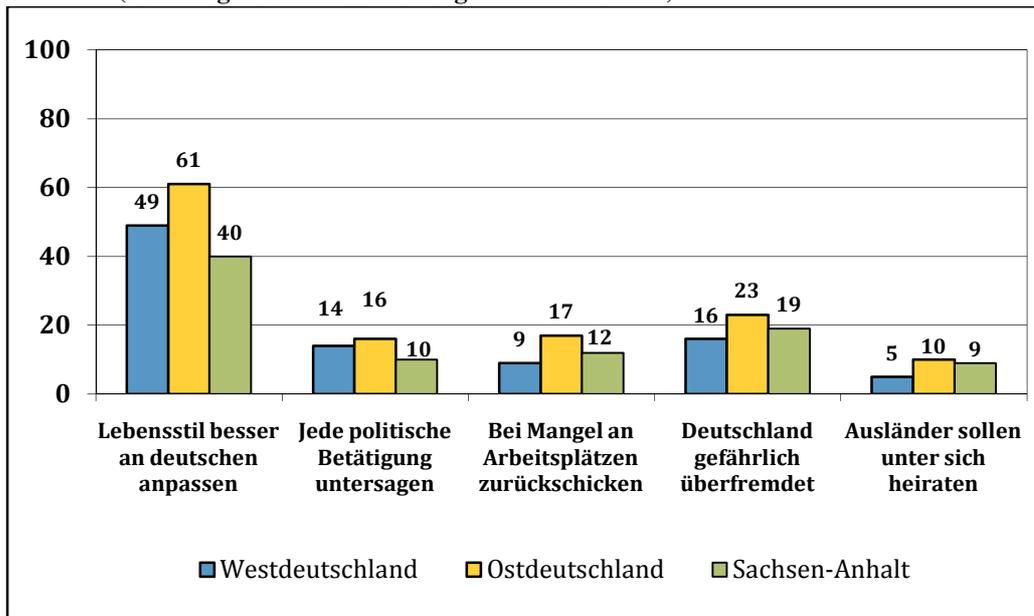
Ein Vergleich des Mittelwertes bestätigt die bisherigen Ergebnisse. Als besonders ausländerfreundlich erweisen sich, wie schon vor 2 Jahren, die Abiturienten und die Anhänger der Grünen. Im Vergleich dazu sind Arbeitslose, Anhänger keiner Partei, Hauptschulabgänger und ältere Befragte (über 60-Jährige, Rentner) am ausländerfeindlichsten eingestellt. Ein Zusammenhang von zunehmendem Alter und Ausländerfeindlichkeit lässt sich anhand der Grafik nicht mehr feststellen. Jüngere (18- bis 34-Jährigen) zeigen sich ebenfalls leicht ausländerfeindlicher als die Mehrheit der Sachsen-Anhalter. Das Alter scheint somit keinen eindeutigen Einfluss mehr auf die Ausländerfeindlichkeit auszuüben. Dies zeigt sich auch, wenn die Gruppe der Auszubildenden untersucht wird. Sie repräsentieren ebenfalls mehrheitlich die jüngere Generation, bezeugen aber überwiegend freundliche Haltungen zu Einwanderern (siehe Abb. 39).

**Abb. 39 Mittelwertvergleich der Skala Ausländerfeindlichkeit (1-5) nach Alter, Bildung, Parteisympathie und Erwerbstätigkeit**



Die folgende Abbildung zeigt, wie die Zustimmung zu den Items deutschlandweit verteilt ist. Alle 5 Items zeigen eine nahezu identische Verteilung. Die Befragten in Westdeutschland stimmen den Forderungen aller Items weniger häufig zu als Ostdeutsche. Unterschiede zu den Befragten in Sachsen-Anhalt sind weniger offensichtlich (siehe Abb. 40).

**Abb. 40 Einstellungen gegenüber Ausländern im Deutschlandvergleich  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**



Quelle für Bund-Daten: ALLBUS 2006, 2008

In Sachsen-Anhalt ist zum Beispiel ein kleinerer Anteil als in West- und Ostdeutschland der Ansicht, Ausländern sollte jede politische Betätigung untersagt werden (10 %). Zudem vertreten ebenfalls weniger den Standpunkt, Ausländer müssten sich besser anpassen (40 %). Grundsätzlich lässt sich sagen, dass Westdeutsche und Sachsen-Anhalter im Schnitt etwas weniger fremdenfeindlich eingestellt sind als Ostdeutsche insgesamt.

### 11.3 Antisemitische Einstellungen

Die Messung antisemitischer Einstellungen erfolgt über 3 Items. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten wurden diese ebenfalls aus dem ALLBUS entnommen (siehe Tab. 40). Der Aussage: Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss, stimmen am wenigsten Befragte voll und ganz zu. Nur ein kleiner Anteil von 4 % ist dieser Ansicht. Etwa dreimal so viele (13 %) glauben, Juden würden versuchen, aus den Schrecken ihrer Vergangenheit heute einen Vorteil zu ziehen. Eine überwiegende Mehrheit von fast zwei Dritteln (63 %) ist allerdings beschämt darüber, dass Deutsche so viele Verbrechen an Juden begangen haben. Die Einflüsse von Bildung können, in schwächerer Form, auch für die Antisemitismus-Items nachgewiesen werden. Wie man in der nachfolgenden Tabelle sehen kann, nimmt die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen mit abnehmender Bildung zu (siehe Tab. 40). Fast ein Zehntel (9 %) der Hauptschulabsolventen glaubt, Juden hätten zu viel Einfluss. Damit ist ihr Anteil viermal höher als der für Abiturienten (2 %) und liegt ebenfalls über dem der Realschulabsolventen (3 %). Auch beim dritten Item zeigen sich Bildungsunterschiede. Allerdings äußern sich in diesem Punkt sowohl die Haupt- als auch die Realschulabsolventen antisemitischer. Scham über den Holocaust wird in allen Bildungsgruppen nahezu gleich geäußert.

Ältere Befragte schämen sich wesentlich stärker für das, was den Juden während des Nationalsozialismus angetan wurde, als Jüngere. Mutmaßlich fühlen sich die nachfolgenden

Generationen immer weniger für die Verbrechen des Dritten Reichs verantwortlich. Dafür spricht auch, dass die Scham über deutsche Schandtaten in den letzten zwei Jahren allgemein und in besonderem Maße bei den jüngeren Generationen abgenommen hat. Und das obwohl die anderen antisemitischen Einstellungen an Stimmen verloren haben. Das Alter zeigt im Gegensatz zur letzten Erhebung 2007 einen umgekehrten Einfluss. Das heißt, Jüngere äußern sich eher zustimmend zu antisemitischen Aussagen als Ältere. Dies ist allerdings eher darauf zurückzuführen, dass antisemitische Einstellungen unter den 35- bis über 60-Jährigen in den letzten 2 Jahren an Boden verloren haben (siehe Tab. 40).

**Tab. 40 Antisemitische Einstellungen nach Alter und Bildung, (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 32 b, f, l	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	63	68	39 (-9)	47 (-10)	53 (-7)	67	79	64 (-8)	60 (-5)	68
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	4	6	6	8 (+6)	2	2	4 (-7)	9 (-5)	3	2
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	13	15	12	17	17	11 (-5)	10 (-6)	15	17	6 (-6)

Vergleicht man die Aussagen zu den Antisemitismus-Items an Hand der Tätigkeit und den Parteisympathien der Befragten, finden sich nur geringe Unterschiede. Auffällig ist allerdings, dass die Anhänger der Bündnisgrünen kaum bis gar keine antisemitischen Einstellungen bekunden. Lediglich 2 % glauben, dass Juden aus ihrer Vergangenheit einen Nutzen ziehen wollen, und kein einziger hält den Einfluss der Juden für zu groß. Ebenso zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen. Der eigene ökonomische Status spielt bei antisemitischen Einstellungen folglich keine Rolle (siehe Tab. 41).

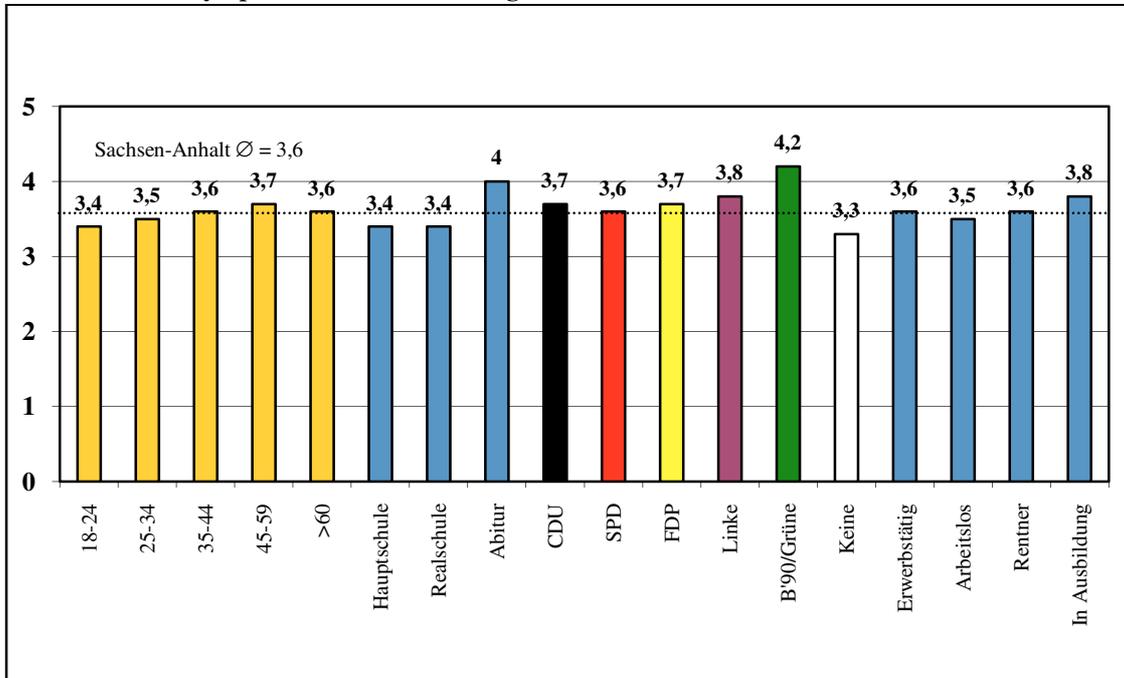
**Tab. 41 Antisemitische Einstellungen nach Parteisympathie und Erwerbstätigkeit, (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 32 b, f, l	Sachsen-Anhalt (Ø)		Parteisympathie						Erwerbsstatus	
	2009	2007	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine	Erwerbs-tätig	Arbeits-los
Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	63	68	64	75	52	69	76	54	56	61
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	4	6	2	7	2 (-9)	4	-	6	2	9
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	13	15	9	12 (-7)	10	11	2	20	15	15

Ein Mittelwertvergleich der Antisemitismusskala zeigt, dass antisemitische Einstellungen eher bei jüngeren Personen (bis 34 Jahre) mit Haupt- oder Realschulabschluss anzutreffen sind. Auch diejenigen, die sich in Sachsen-Anhalt mit keiner Partei identifizieren, zeigen

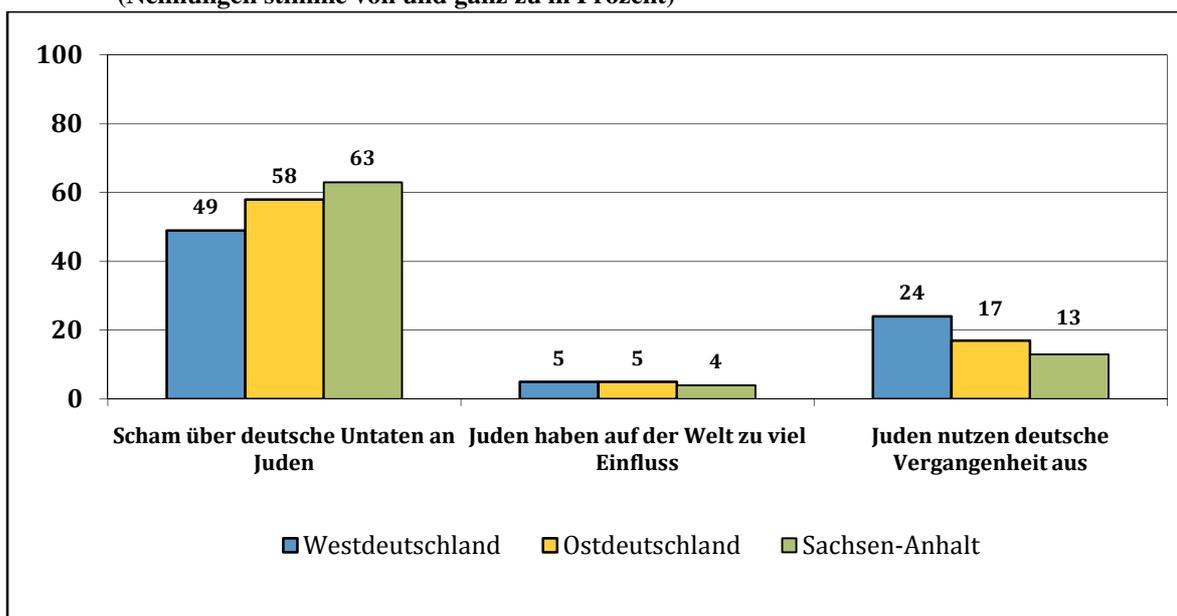
stärker jüdenfeindliche Einstellungen. Kaum Vorurteile gegenüber den Andersgläubigen zeigen wie gehabt Abiturienten, Grünen-Anhänger und diejenigen, die sich noch in Ausbildung befinden (siehe Abb. 41).

**Abb. 41 Mittelwertvergleich der Skala Antisemitismus (1-5) nach Alter, Bildung, Parteisympathie und Erwerbstätigkeit**



Im Deutschlandvergleich zeigen sich vor allem Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. Antisemitische Einstellungen sind in den alten Bundesländern bei weitem stärker vertreten als in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt. Die Anteile für Sachsen-Anhalt liegen zudem bei allen Items auch unter denen Ostdeutschlands. Die Aussage, dass Juden über zu viel Einfluss verfügen, wird allerdings deutschlandweit beinahe völlig abgelehnt. Fast jeder vierte Bürger (24 %) der alten Bundesländer ist der Meinung, dass Juden die Deutschen für ihre Schandtaten während des Nationalsozialismus zahlen lassen wollen. Damit liegen sie gut 10 % über den Sachsen-Anhaltern (siehe Abb. 42).

**Abb. 42 Antisemitische Einstellungen im Deutschlandvergleich  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**



Quelle für Bund-Daten: ALLBUS 2006, 2008

## 11.4 Rechtsextremistische Parteien

Im Jahr 2007 konnten sich nur 0,5 % der Sachsen-Anhalter mit rechtsextremen Parteien, wie DVU und NPD, identifizieren. 2009 kann der Anteil dieser Gruppe mit 1,4 % immer noch als gering bezeichnet werden. Bei 1.000 Befragten in Sachsen-Anhalt entspricht dies nur 14 Personen. Auf Grund dieser geringen Fallzahl können wir keine allgemein gültigen Aussagen über die Eigenschaften dieser Gruppe, wie beispielsweise über die Anhänger der SPD oder Grünen, treffen. Ergänzend wurde erneut der Frage nachgegangen, ob den diesen Parteien nachgesagte „populären“ Eigenschaften bei der Bevölkerung auf offene Ohren stoßen.

**Tab. 42 Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Alter und Bildung,  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 32 b, f, l	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2009	2007	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
NPD und DVU sprechen Themen an, die von anderen Parteien vernachlässigt werden.	9	11	7	15 (+5)	8 (-8)	8	8	10 (-9)	11	6
Parteien wie NPD und DVU kümmern sich in unserer Gegend um die Probleme der Menschen.	2	2	4 (+4)	5 (+4)	- (-4)	1	2	3 (-4)	1	0

Dass Parteien wie NPD und DVU Themen ansprechen, die von anderen Fraktionen gemieden oder vernachlässigt werden, stimmt 2009 in etwa jeder Zehnte (9 %, -2) voll und ganz zu. Die Aussage, rechtsextreme Vereinigungen kümmern sich vor Ort um die Probleme der Menschen, wird in den letzten beiden Jahren sogar nur von 2 % voll und ganz bejaht. Der bei Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus festgestellte Bildungseinfluss kann bei diesen Items kaum nachgewiesen werden. Die in den anderen Kapiteln auffälligen

Hauptschulabsolventen zeigen zudem eine wesentlich niedrigere Zustimmung als noch 2007 (siehe Tab. 42). Doch auch hier liegen die Anteile für Abiturienten unter denen im Land. In den unterschiedlichen Altersgruppen fällt erneut auf, dass der Anteil derer, die derlei Aussagen voll und ganz zustimmen, unter den 18- bis 34-Jährigen zugenommen hat. Daraus erwächst jedoch nicht automatisch eine Wahlbereitschaft für DVU und NPD (siehe Kapitel 7, Fußnote 24). Ansonsten zeigt sich unter den Variablen eine eher geringe Variation um den Landesdurchschnitt.

**Tab. 43 Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Parteisympathie und Erwerbstätigkeit, (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

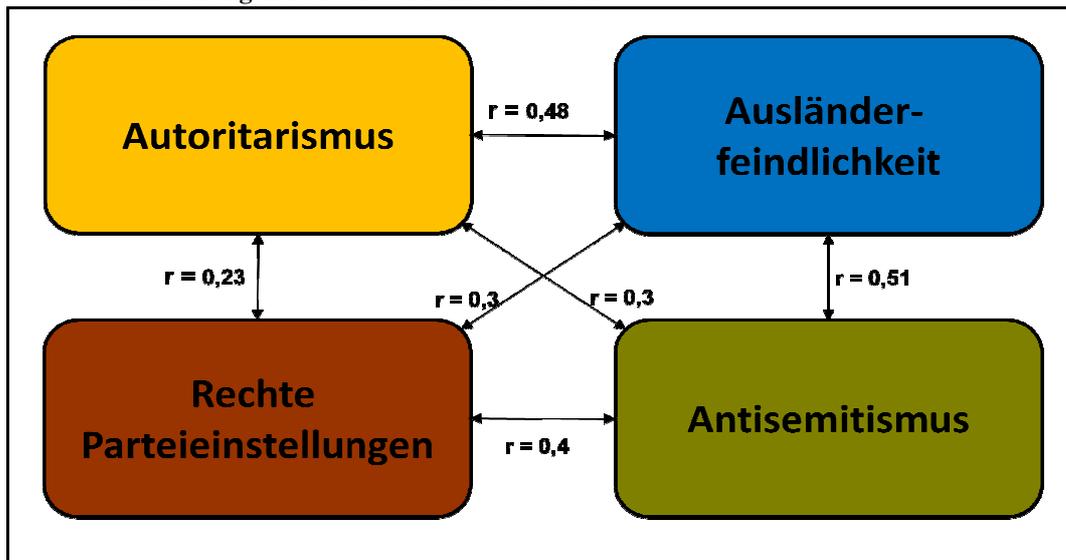
F. 32 b, f, l	Sachsen-Anhalt (Ø)		Parteisympathie						Erwerbsstatus	
	2009	2007	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine	Erwerbstätig	Arbeitslos
NPD und DVU sprechen Themen an, die von anderen Parteien vernachlässigt werden.	9	11	5	8	7 (-9)	6	8	13	9	12
Parteien wie NPD und DVU kümmern sich in unserer Gegend um die Probleme der Menschen.	2	2	1	1	-	2	-	2	1	8

Unter den Parteianhängern zeigt sich, dass die Sympathisanten von CDU, SPD, Linke, FDP und der Bündnisgrünen bei der Beantwortung dieser Fragen ungefähr im landesweiten Durchschnitt liegen. Sachsen-Anhalter ohne Parteisympathie grenzen sich hingegen am wenigsten von den „positiven“ Zuschreibungen für rechtsextreme Parteien ab (siehe Tab. 43). Arbeitslose tendieren ebenfalls leicht dazu, den vorgestellten Aussagen zuzustimmen. Immerhin stimmt im Schnitt jeder Zehnte den beiden Items zu.

Abschließend wurde analysiert, inwieweit die in Abschnitten 11.1 bis 11.4, untersuchten Konstrukte miteinander zusammenhängen. Die Zusammenhangsmaße<sup>44</sup> sind in Abbildung 43 dargestellt. Eine starke ausländerfeindliche Einstellung geht mit Antisemitismus, Autoritarismus und einer höheren Akzeptanz rechtsextremer Parteien einher und umgekehrt. Aufgrund dieser gegenseitigen Bedingtheit können alle Konstrukte unter der Überschrift „Fremdenfeindliche Einstellungen“ zusammengefasst werden. Als stärkster Faktor zur Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen hat sich der Schulabschluss erwiesen. Addiert man alle Skalenmittelwerte, erhält man für Haupt- und Volksschulabsolventen den niedrigsten Wert und für Abiturienten den höchsten Wert. Da alle Skalen gleich gepolt sind, kann somit festgehalten werden, dass eine geringere Bildung in starkem Maße zu fremdenfeindlichen Einstellungen führt und unter Umständen in dem daraus resultierendem Verhalten enden kann.

44 Die hier dargestellte Korrelationskoeffizient Pearsons r kann Werte von -1 bis +1 annehmen, wobei der Wert 1 einem perfekten positiven und der Wert -1 einem perfekt negativen Zusammenhang entspricht würde. In den Sozialwissenschaften können Korrelationen ab einem Wert von 0,2 als stark bezeichnet werden.

Abb. 43 Zusammenhang von Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Einstellungen zu rechtsextremen Parteien



## 12 Fragebogen

**Frage 1.** Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

- a) Ihrer Region
- b) Sachsen-Anhalt
- c) Ostdeutschland
- d) Gesamtdeutschland
- e) Europa

Sehr stark verbunden  
Stark verbunden  
Etwas verbunden  
Nicht verbunden

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 2.** Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in ...? Ist sie Ihrer Meinung nach ...

- a) Sachsen-Anhalt
- b) Gesamtdeutschland

sehr gut  
gut  
weniger gut  
oder schlecht?

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 3.** Und wie sieht es mit der zukünftigen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr in ... aus.

- a) Sachsen-Anhalt
- b) Gesamtdeutschland

sehr gut  
gut  
weniger gut  
oder schlecht?

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 4.** Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie alles in allem ...

Sehr zufrieden  
Zufrieden  
Weniger zufrieden  
Oder gar nicht zufrieden?

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 5.** Und wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

Eher optimistisch  
Eher pessimistisch

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 6. Und wie ist das mit Sachsen-Anhalt: Sehen Sie der Zukunft Sachsens eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?**

Eher optimistisch  
Eher pessimistisch

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 7. Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?**

Eher gerecht  
Eher ungerecht

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 8. Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?**

Erhalte mehr als gerechten Anteil  
Erhalte gerechten Anteil  
Erhalte etwas weniger  
Erhalte sehr viel weniger

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 9. Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, wenig oder überhaupt nicht?**

sehr stark  
stark  
wenig  
überhaupt nicht

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 10. Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?**

Täglich  
Mehrmals in der Woche  
Mehrmals im Monat  
Seltener  
Nie

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 11. Was ist Ihre Hauptinformationsquelle, wenn Sie sich über das politische Geschehen informieren möchten: Radio, Fernsehen, Tageszeitung oder Internet?**

Radio  
Fernsehen  
Tageszeitung  
Internet

\*\*sonstige Medien  
\*\*informiere mich nicht über Politik  
\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 12. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert alles in allem...**

Sehr zufrieden  
Ziemlich zufrieden  
Ziemlich unzufrieden  
Sehr unzufrieden

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 13. Ich lese Ihnen jetzt noch einmal einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen. Was sagen Sie zu:**

- a) Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.
- b) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
- c) Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.
- d) Nur wenn wir andere Meinungen und Lebensweisen respektieren, ist unsere Demokratie überlebensfähig.

Stimme voll und ganz zu  
Stimme eher zu  
Lehne eher ab  
Lehne völlig ab

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 14. Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?**

Freiheit  
Gleichheit

\*\*Spontan: Beides gleichermaßen  
\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 15. Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?**

Freiheit  
Sicherheit

\*\*Spontan: Beides gleichermaßen  
\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 16. Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?**

- a) Die Bundesregierung
- b) Der deutsche Bundestag
- c) Die Bundestagsabgeordneten
- d) Die politischen Parteien
- e) Die Polizei
- f) Das Bundesverfassungsgericht
- g) Der Bundespräsident

sehr großes Vertrauen  
großes Vertrauen  
wenig Vertrauen  
gar kein Vertrauen

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 17. Und nun speziell zu Sachsen-Anhalt: Haben Sie in ... sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?**

- a) die Behörden in Sachsen-Anhalt
- b) die Landesregierung von Sachsen-Anhalt
- c) den Landtag von Sachsen-Anhalt
- d) den Landtagsabgeordneten
- e) Ihre/n Oberbürgermeister/in (in Halle, MD, Dessau)/Ihre/n Landrat/rätin (in Landkreisen)/Bürgermeister
- f) Ihren Stadtrat/Ihren Gemeinderat

sehr großes Vertrauen  
großes Vertrauen  
wenig Vertrauen  
gar kein Vertrauen

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 18. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?**

Wie ist das mit:

- a) Sich an einen Politiker wenden
- b) In einer politischen Partei mitarbeiten
- c) In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- d) An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- e) An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- f) Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist

Habe ich schon getan  
Würde ich tun  
Würde ich nicht tun

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 19. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.**

Wie ist das mit

- a) Politiker kümmert, was einfache Leute denken.
- b) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
- c) Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- d) Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- e) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- f) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

Stimme voll und ganz zu  
Stimme eher zu  
Lehne eher ab  
Lehne völlig ab

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 20.** Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht die Arbeitslosigkeit für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie uns das anhand einer Skala von 1 bis 5. 5 steht dabei für ein riesengroßes Problem; 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Und wie ist das mit ...

- a) Arbeitslosigkeit
- b) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
- c) der Qualität der Schulen?
- d) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
- e) gerechten Löhnen?
- f) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
- g) der Überalterung und dem Kindermangel?
- h) Banken- und Finanzkrise

5 riesengroßes Problem bis 1 gar kein Problem

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 21.** Und was meinen Sie: Ist die Politik in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 1 bis 5. 5 bedeutet, dass der Staat umfassend dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. 1 bedeutet, dass der Staat überhaupt nicht dazu in der Lage ist.

Und wie ist das mit ...?

[Themen aus Problemwahrnehmung]

- a) der Arbeitslosigkeit
- b) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
- c) der Qualität der Schulen?
- d) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
- e) gerechten Löhnen?
- f) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
- g) der Überalterung und dem Kindermangel?
- h) Banken- und Finanzkrise

5 umfassend dazu in der Lage bis 1 überhaupt nicht in der Lage

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 22. Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen dann folgende Dinge.**

- a) Gesetz und Ordnung respektieren.
- b) Einen hohen Lebensstandard haben.
- c) Macht und Einfluss haben.
- d) Seine eigene Phantasie und Kreativität entwickeln.
- e) Nach Sicherheit streben.
- f) Sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen.
- g) Sich und seine Bedürfnisse gegen andere durchsetzen.
- h) Fleißig und ehrgeizig sein.
- i) Auch solche Meinungen tolerieren, denen man eigentlich nicht zustimmen kann.
- j) Sich politisch engagieren.
- k) Die guten Dinge des Lebens in vollen Zügen genießen.
- l) Eigenverantwortlich leben und handeln.
- m) Das tun, was die anderen auch tun.
- n) Am Althergebrachten festhalten.
- o) Ein gutes Familienleben führen.
- p) Stolz sein auf die deutsche Geschichte.
- q) Einen Partner haben, dem man vertrauen kann.
- r) Gute Freunde haben, die einen anerkennen und akzeptieren.
- s) Viele Kontakte zu anderen Menschen haben.
- t) Gesundheitsbewusst leben.
- u) Sich bei seinen Entscheidungen auch nach seinen Gefühlen richten.
- v) Von anderen Menschen unabhängig sein.
- w) Sich unter allen Umständen umweltbewusst verhalten.
- x) An Gott glauben.

außerordentlich wichtig  
wichtig  
teils/teils  
weniger wichtig oder  
überhaupt nicht wichtig?

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 23. Wie wichtig sind für Sie persönlich die Entscheidungen, die im ... getroffen werden? Sind die für Sie persönlich...**

- a) Bundestag
- b) Landtag
- c) Gemeinderat/Stadtrat
- d) Europaparlament

sehr wichtig  
wichtig  
weniger wichtig oder  
überhaupt nicht wichtig?

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 24. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.**

Wie ist das mit:

- a) In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.
- b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- c) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.
- d) Alles in allem hat sich unser Wohlfahrtsstaat bewährt.
- e) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen
- f) Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- g) Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- h) Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chancen haben, an die Regierung zu kommen.
- i) Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.
- j) Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.
- k) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- l) Die Aufgabe der politischen Opposition ist es, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Entscheidungen mitzutragen.
- m) Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne voll und ganz ab

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 25. Welches historische Ereignis verbinden Sie mit dem 3. Oktober 1990?**

Interviewer: Antwortvorgaben werden nicht vorgelesen!

Deutsche Einheit/Einigung/Wiedervereinigung

Andere Nennung

\*\*weiß nicht

\*\*keine Angabe

**Frage 26. Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt, die Sie mit dem neuen System nach 1990 verbunden hatten? Haben sich Ihre Hoffnungen im Großen und Ganzen erfüllt, nicht überall aber in wichtigen Teilen erfüllt, in nur geringem Maße erfüllt oder gar nicht erfüllt?**

Im Großen und Ganzen erfüllt

Nicht überall, aber in wichtigen Teilen erfüllt

In nur geringem Maße erfüllt

Gar nicht erfüllt

\*\*spontan: Hatte keine Hoffnungen

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 27. Wenn Sie einmal an Ihr Bild von der DDR denken: Wodurch ist dieses Bild am stärksten geprägt?**

durch Ihr eigenes Erleben

durch Ihre Familie

durch Unterhaltungen mit Ihren Freunden und Bekannten

durch Presse, Radio und Fernsehen

durch Ihre Schule bzw. Ihre Lehrer

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 28. Und wodurch ist Ihr DDR-Bild am zweitstärksten geprägt?**

[Ohne Item aus vorhergehender Frage]

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 29. Und nun eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?**

Vorteile überwiegen

Nachteile überwiegen

\*\*Spontan: Weder noch, hält sich die Waage

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 30. Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?**

Vorteile überwiegen

Nachteile überwiegen

\*\*Spontan: Weder noch, hält sich die Waage

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 31. [wenn ZP unter 30 Jahren]**

**Auch wenn Sie die DDR-Zeit nicht mehr bzw. nur kurz erlebt haben, haben Sie ja sicher durch Erzählungen oder aus den Medien über die Situation in der DDR erfahren. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation nach der Vereinigung verbessert hat, verschlechtert hat oder kaum verändert hat?**

[wenn ZP 30 Jahre und älter]

**Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation nach der Vereinigung verbessert hat, verschlechtert hat oder kaum verändert hat?**

- a) Wirtschaft
- b) Persönliche Freiheit
- c) Umgang der Menschen miteinander
- d) Lebensstandard
- e) Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen
- f) Anerkennung der persönlichen Leistung
- g) Politisches System
- h) Möglichkeiten des Einzelnen auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen
- i) Soziale Gerechtigkeit
- j) Soziale Absicherung
- k) Schutz vor Kriminalität und Verbrechen
- l) Bildung und Ausbildung
- m) Schutz vor staatlicher Willkür
- n) Betreuung von Kindern
- o) Gleichberechtigung von Mann und Frau
- p) Das Gesundheitssystem
- q) Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft

verbessert

verschlechtert

kaum verändert

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

**Frage 32. Jetzt kommen einige Sätze, die Sie bestimmt schon irgendwann einmal gehört haben. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie ihm voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen.**

- a) Wie ist das mit:
- b) Die DDR war ein Unrechtsstaat.
- c) Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.
- d) Wenn man in der DDR leben musste, hat man viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren.
- e) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- f) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.
- g) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.
- h) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.
- i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.
- j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.
- k) Die Gründung der DDR hatte auch soziale Motive.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe**

**Frage 33. Ich lese Ihnen jetzt noch einmal einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie teils zustimmen teils ablehnen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.**

Was sagen Sie zu:

- a) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- b) Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.
- c) Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.
- d) Jeder sollte in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegenreten.
- e) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.
- f) Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.
- g) Im Allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen.
- h) Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.
- i) Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.
- j) Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.
- k) Um auf das Leben vorbereitet zu sein, ist es für ein Kind wichtig, gehorchen zu lernen.
- l) Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Teils/teils

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe**

**Frage 34. Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen zu den Parteien NPD und DVU. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.**

Was sagen Sie zu:

- a) NPD und DVU sprechen Themen an, die von anderen Parteien vernachlässigt werden.
- b) Parteien wie NPD und DVU kümmern sich in unserer Gegend um die Probleme der Menschen.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

\*\*weiß nicht/\*\*keine Angabe

## **13 Autoren**

### **Prof. Dr. Everhard Holtmann**

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Lehrbereich Systemanalyse und Vergleichende Politik

### **Dipl.- Soz. Tobias Jaeck**

Institut für Soziologie  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Sonderforschungsbereich 580

### **Dr. Kerstin Völkl**

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Lehrbereich Methoden